

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 3.00 Mk. monatlich 1.10 Mk. vierteljährlich 2.80 Mk. halbjährlich 5.50 Mk. jährlich 10.00 Mk. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Jugoslawien, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgeheilten Kolonnen je Zeile oder deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Berichte und Berichtigungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (letzte gedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenanzeigen und Schließ-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 16 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Ersteilung täglich außer Montagen.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 21. Juni 1907.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Der Kampf der Kamarillen.

In den Regionen, in denen in Preußen-Deutschland Minister gestürzt und fabriziert werden — denn deutsche Minister sind schon längst Fabrikware geworden: billig und schlecht — herrscht wieder reges Leben. Es ist falsch, in Deutschland von einer Kamarilla zu sprechen. Es gibt mehrere und um die neuen Minister, die gemacht werden sollen, ist ein heftiger Kampf entbrannt, in dem mindestens drei Parteien um den Sieg ringen. Der ist natürlich nur zu haben, wenn man den Träger des „persönlichen Regiments“ für sich gewinnt. Denn von ihm hängen ja formell die Ernennungen ab, die in Wirklichkeit von der allmächtigen Bureaucratie selbst in stetem gegenseitigen Kampf ihrer Spitzen vollzogen werden. Das Parlament aber ist vollständig ausgeschaltet. Die bürgerlichen Parteien haben aus Angst, das parlamentarische Regime auch dem Proletariat einige Bewegungsfreiheit gewähren könnte, selbst an dieser Ausschaltung mitgearbeitet. Diese tritt offensichtlich darin in Erscheinung, daß Ministerernennungen geschehen, wenn die Parlamente vertagt sind oder richtiger, die Parlamente werden vertagt, um die kämpfenden Cliquen von jeder Möglichkeit einer Einmischung einer „Nebenregierung“ der Parlamente zu befreien. Gegenüber dem Parlament sind diese Cliquen einig. Ihre eigene Macht ist ja nichts anderes als die Allmacht der Bureaucratie, die ihren äußeren Ausdruck in der Unumschränktheit des „persönlichen Regiments“ findet.

Der Kampf entbrannte, als in einem Teil der Bureaucratie die Besorgnis auftauchte, daß die Bülow-Clique die Bureaucratie-Allmacht nicht genügend zu wahren schien. Der diplomatisch-korrumplierenden Methode Bülows sollte die scharfmacherisch-brutale der Eulenburg-Clique entgegengeführt werden. Die Widerstandsregungen des Reichstages gegen die phantastische Weltpolitik, die dem „persönlichen Regiment“ Herzenssache ist, gaben die Grundlage für die Angriffe gegen Bülow. Dieser konnte seine Stellung nur retten durch die Komödie der Reichstagsauflösung und der Dotten-tottenwahlen. Dies gelang dank der Dummheit der Liberalen, die gegen ein leeres Versprechen, das Bülow bei Strafe seines sofortigen Unteranges gar nicht halten kann, die Wahl für den Absolutismus und gegen die Parlamentsrechte entschieden. Aber Bülow wird seines momentanen Sieges nicht froh; er hat neben der Eulenburg-Clique einen gefährlicheren Gegner an einer dritten Clique, die wir die Minister-Clique nennen wollen. Sie ist Gegnerin der Eulenburg-Clique, deren höfisch-militärische Einflüsse sie fortwährend bedrohen. Sie fürchtet die romantischen Einflüsse, die zu einer Katastrophe nach innen oder außen führen könnten.

Sie sieht die Ueberflüssigkeit der gewalttätigen Methode bei dem Verfall der bürgerlichen Parteien in Deutschland ein. Ihre Allmacht ist genügend gesichert durch ein Kartell der reaktionären Parteien, der Konservativen, Nationalliberalen und vor allem des Zentrums. Sie ist konsequent und wünscht für das Reich dieselbe Politik wie in Preußen. Sie haßt aber Bülow und seine diplomatischen Rhapsoden, mit denen er die liberalen Parteien und was ihm wichtiger ist — die liberale Presse — eingeseift hat. Seine Methode widerspricht nach ihrer Ansicht der borniert-preussischen, junckerlichen Tradition, die auch nur das bloße Heucheln liberaler Anwendungen verschmäht und in der Tat bei der Bedeutungslosigkeit der Liberalen diese Heuchelei auch nicht nötig hat. Als Angriffspunkt dient dieser Clique vor allem Bülows fortwährende Mißerfolge in der äußeren Politik. Seine Entfernung ist seit langem ein dringender Wunsch dieser Kreise. Sie wird aber für diese geradezu zur Notwendigkeit seit der neuesten Phase der Bülow'schen Politik. Um sich zu retten, hat Bülow dem Zentrum die Freundschaft plötzlich gebrochen. Er hat damit gegen das Interesse der preussischen Bureaucratie gehandelt, die sich auf diese Partei stützt und stützen muß als die einzige Volkspartei außer der Sozialdemokratie. Wegen seines persönlichen Interesses an der Behauptung der durch die Eulenburg-Clique bedrohten Stellung hat Bülow eine Politik getrieben, die die Interessen der Herrschenden durch die Brüskierung des Zentrums verletzt hat, und seitdem herrscht der erbitterte Kampf zwischen ihm und der Minister-Clique unter Rheinabens Banner. Das nächste Kampfobjekt ist die Verlegung des preussischen Kultusministeriums.

Es ist diese Minister-Clique, von der Herr Harden seine Informationen hat. Man darf nicht übersehen, daß Harden den Kampf geführt hat nicht nur gegen Eulenburg sondern auch gegen Bülow. Der Kampf mußte aber aus guten Gründen nach zwei Seiten geführt werden. Denn wäre Bülow allein beseitigt worden, so lag die Gefahr vor, daß nicht die Absichten der Minister-Clique, sondern die der Eulenburg-Clique verwirklicht werden könnten. Die eigentlichen Bureaucraten wären so in Abhängigkeit gekommen von einer höfisch-militärischen Clique, hätten also nur die Herrschaft der einen gegen die der anderen Clique vertauscht, statt die Alleinherrschaft zu erlangen. Der Angriff auf Eulenburg diente also für sie nur als Rückendeckung. Da aber Eulenburg keine verantwortliche politische Stellung bekleidete, da er ja eine solche aus bekannten Gründen verschmäht hatte, so mußte die politische Frage auf das persönliche Gebiet gespielt

werden. Nur so konnte Eulenburg gefaßt werden. Die politische Frage wurde von Harden, dem Spezialisten für das Grenzgebiet von Hofpolitik und Sexualität, zu einer sexuellen gemacht. Der Clique blieb nur übrig, diese Frage als eine persönliche dem persönlichen Regiment vorzulegen.

Dazu bediente sie sich der Vermittlung des Kronprinzen, der bekanntlich die Frage: „Wie sag ich's meinem Vater?“ erfolgreich gelöst hat. Es ist interessant zu verfolgen, wie der deutsche Kronprinz seinen Eintritt in die Politik vollzieht. Das erste Mal lenkte Vebel in einer seiner Reden die Aufmerksamkeit auf den „jungen Mann“. Es war der Haß gegen die Sozialdemokratie, die den Kronprinzen damals zu einem ersten Versuch in der Politik verführte. Die Rede Vebels bewirkte bisher eine gewisse Zurückhaltung. Jetzt finden wir ihn wieder bei einer politischen Aktion. Neben der Feindschaft gegen den Sozialismus ist es also die eigentümliche Art, wie man in Deutschland Minister stürzt und macht, die den Kronprinzen ein näheres Interesse an der Politik nehmen läßt.

Der Streich gegen Eulenburg war kaum geglückt, als die beiden anderen Cliquen um die Ausnützung des Sieges zu kämpfen begannen. Bülow, der jahrelang vergeblich gekämpft hatte, wollte der Öffentlichkeit einreden, Eulenburgs Sturz sei sein Verdienst. Deswegen erinnerte er in der „Nord. Allg. Zeitung“ an seine Reichstagsrede gegen die Kamarilla. Aber gerade daraus suchte die Gegenclique Vorteil zu ziehen durch die bekannte Gegenerklärung im „Lokal-Anzeiger“, wonach das Zugeständnis der Existenz einer Kamarilla den Kaiser beleidigen hiesse. Das war eine geschickte Spekulation auf das bekannte Selbstgefühl des Kaisers. Um diese zu vollenden, mußte man aber suchen, den Skandal in der Öffentlichkeit möglichst zu vertuschen und so zu zeigen, daß man das Ansehen des persönlichen Regiments im Gegensatz zur Indistretion und Ruhmredigkeit Bülows zu wahren wisse. Daher schwieg Scherl, dessen Blätter dieser Clique und nicht Bülow zur Verfügung stehen (nebenbei ein Zeichen, daß Scherl von der Stellung Bülows nicht mehr viel hält) und deshalb schwieg vor allem auch Harden in seinem Blatt und vor Gericht.

Seitdem ist der Kampf der beiden Cliquen immer heftiger geworden. Im Gegensatz zu früher handelt es sich aber jetzt um weniger romantische Pläne, nämlich um die endgültige Beseitigung der Blockpolitik und damit auch Bülows — um die Wiederherstellung der Majoritätsverhältnisse, wie sie vor der Auflösung bestanden.

Ob Bülow in diesem Kampfe siegen wird, ist zweifelhaft. Einmal ist durch sein Auftreten im Eulenburg-Skandal seine Stellung erschüttert. Der Kaiser wird ihm die ostentative Bloßstellung durch jene Kamarillanotiz nicht verzeihen. Dann aber widerspricht die Blockpolitik sowohl den höfischen Gewohnheiten, als auch den Interessen der Bureaucratie. Zunächst würde die Blockpolitik die Erfüllung gewisser Einschränkungen bürokratischer Willkür bedingen. Deswegen aber hat die Bureaucratie nicht die Wahrscheinlichkeit gewonnen, um sich Einschränkungen auferlegen oder gar neue Männer aufdrängen zu lassen. Gerade diese Personalkonzessionen wären aber um so nötiger, je geringer die sachlichen Konzessionen sein können. Es widerspricht jedoch allen Traditionen des persönlichen Regiments, sich bei der Auswahl der Minister von Rücksichten auf Parteiwünsche und gar liberale Parteiwünsche leiten zu lassen. Zudem ist eine Politik, die das Zentrum wirklich dauernd in die Opposition drängen würde, zu gefährlich, um mehr als eine vorübergehende Episode bleiben zu können. In der Tat ist die Blockpolitik am Verenden. Gegen das Bestreben Bülows, das Kultusministerium mit einem Menschen zu besetzen, der so unbedeutend ist, daß er unter allen Parteien steht und daher von den Liberalen als ein „beinahe gemäßigter Liberaler“ in Anspruch genommen werden kann, wird ein heftiger Kampf geführt. „Nord. Allg. Ztg.“ und „Lokal-Anzeiger“ stehen einander schroff gegenüber, das Kanzlerorgan und das Organ der Ministerclique bringen entgegengesetzte Nachrichten, alle bestimmt, das „persönliche Regiment“ zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Der Kanzler verschiebt seinen Sommerurlaub von einem Tag zum andern, damit die feindlichen Kollegen nicht leichtes Spiel haben. Die Reisen an das Hoflager beginnen wieder, und Bülow, der so propzig dem Reichstag gegenüberzutreten weiß, wirbt beböt um die Gunst des „persönlichen Regiments“. Die Einheit der Regierung ist beim Teufel und vor aller Welt halgen sich die Leute, die heute die deutsche Politik allmächtig bestimmen, um ihren Anteil an der Deute, ein Schauspiel der Bureaucratienherrschaft, aus dem das deutsche Volk wirklich etwas lernen kann.

Die nächsten Leidtragenden werden die deutschen Liberalen sein. Der deutsche Liberalismus ist wirklich einzig. Seine Charakterlosigkeit ist nicht das Schlimmste. Sie ist ihm mit dem Liberalismus anderer Länder gemeinsam. Aber einzig ist seine politische Einfalt. So plump genarrt ist noch keine Partei worden. Die deutschen Liberalen haben nie verstanden zu kämpfen. Aber jetzt verstehen sie nicht einmal mehr zu schwärmen. Sie haben nie sachliche Politik zu treiben gewußt. Sie haben nie das wirkliche Kampfobjekt gekannt, auch nicht in ihrer besten Zeit, in der Zeit des Militärkonsults. Damals hatten sie wenig-

stens noch eine Doktrin; seitdem sind sie zu reinen Personalpolitikern geworden, die die Barbarossa-Legende glauben: Einst wird kommen der liberale Kaiser oder Prinz und wird den Liberalismus erlösen. Zuletzt hat, nachdem die Wisnard-Zeit das dumme Märchen grausam zerstört hatte, Raumann die Legende erneuert und die Mär von der „Demokratie und dem Kaiserthum“ verkündet. Nachdem er, von den Arbeitern abgewiesen, die eigene Partei zerstört hatte, ging er zu den Liberalen und sand da neuerdings Gläubige. Und nachdem der Kaiser nicht liberal werden wollte, begnügten sich die Liberalen mit dem Minister. Sie sahen nicht, so unglaublich es klingt, daß ein Minister in Deutschland nichts als ein zufälliger, vorübergehender, stets ererbbarer Exponent der Bureaucratienallmacht ist: ein fungibles Gut gleichsam, zu dem jeder preussische Bureaucrat gleich tauglich ist, weil er unter dem persönlichen Regiment ja eine Individualität gar nicht haben darf. Sie sahen nicht, daß jede weitere Anwendung nichts weiter bedeuten kann, als den früher oder später eintretenden Sturz des Ministers. Sie sahen nicht, daß, da persönliches Regiment nur der notwendige Ausdruck der Bureaucratienallmacht ist, Bureaucratie und Demokratie unvereinbare Gegensätze sind, um so unvereinbarer, je entwickelter die kapitalistische Gesellschaft. Sie sahen nicht, daß Demokratie nur möglich ist, wenn die Bureaucratie gestürzt wird, daß die Selbstverwaltung erst erkämpft werden muß, bevor die Demokratie herrschen kann. So wurden sie zu dem betrogenen Werkzeug einer Bureaucratienclique.

## Erzbergers Verurteilung.

Vor dem Schöffengericht des Amtsgerichts Berlin-Mitte stand gestern Termin zur Verhandlung in der bekannten Privatklagesache des Gouverneurs a. D. v. Wennigsen gegen den Reichstagsabgeordneten Erzberger an. Es handelt sich, wie wir bereits in gestriger Nummer berichteten, um eine vom Abgeordneten Erzberger während des letzten Reichstagswahlkampfes herausgegebene Broschüre unter dem Titel: „Warum ist der Reichstag aufgelöst worden?“ Diese Broschüre enthält nach Ansicht des Klägers den Vorwurf, daß er seine amtliche Stellung dazu mißbraucht habe, sich zu bereichern. Vom Abgeordneten Erzberger ist Widerklage erhoben worden auf Grund mehrerer in der „Nöln. Ztg.“ erschienener Artikel, die vom Privatkläger herrühren sollen und persönliche Angriffe gegen Erzberger enthalten.

Angell. Erzberger gab zu, die Broschüre herausgegeben zu haben. Die Tatsachen, die er darin erwähnt habe, seien auf Grund amtlichen Materials von ihm vorgebracht worden. Er sei in der Lage, den vollen Wahrheitsbeweis anzutreten. In der Landkommission des Reichstags sei eine amtliche Denkschrift vorgelegt worden, in der alle die Angaben, die er über die Gesellschaft gemacht, enthalten seien. Die betreffenden Tatsachen seien auch vom Gouverneur Leutwein und vom Herrn v. Vindequitt bestätigt worden. Auf eine Frage des Vorsitzenden erklärte der Angeklagte, daß er nicht behauptet habe und nicht behaupten wolle, daß Herr v. Wennigsen selbst um eine Konzession sich beworben habe oder Mitglied des Kolonialrats war. Er habe erst durch eine Bemerkung des Herrn Professor v. Vornhaupt in der Landkommission erfahren, daß Herr v. Wennigsen der Kolonialgesellschaft für Südwestafrika angehört.

Herr v. Wennigsen erklärte hierzu, daß er dem Vorstande der Kolonialgesellschaft angehört habe, aber ausgeschieden sei, weil er den Standpunkt vertreten habe, daß die Kolonialgesellschaft neben ihren eigenen Interessen auch die Interessen der Kolonie wahrzunehmen habe, und weil diesem Standpunkte nicht entsprochen wurde.

Abg. Erzberger wies darauf hin, daß auch bei Geschäften, an denen die Kolonialgesellschaft beteiligt gewesen, die Dinge sich ebenso abgespielt haben, wie er es in dem ersten Teile des inkriminierten Passus geschildert habe.

Herr v. Wennigsen betonte seinerseits, daß es eine irrtümliche Auffassung sei, wenn er als Mitglied des Kolonialrates bezeichnet worden sei. Er sei niemals Mitglied des Kolonialrates gewesen.

Auf weitere Fragen des Vorsitzenden erklärte Angeklagter Erzberger, er habe nie gesagt, daß v. W. sich um Konzessionen beworben oder sie erhalten habe. Er habe sofort, als er gehört, daß sich v. Wennigsen beleidigt fühle, in einer in etwa 60 Wörtern erschienenen öffentlichen Erklärung betont, daß er gar nicht habe behaupten wollen, was v. Wennigsen aus der Broschüre herauslese, und daß er die Ehre des Herrn v. Wennigsen gar nicht habe angegriffen wollen. Er habe in dem ersten Teile des Artikels eine allgemeine Schilderung der Landgesellschaft und ihrer Tätigkeit gegeben, und der zweite Absatz sollte in keiner Weise andeuten, daß die in dem ersten Teil enthaltenen einzelnen Daten auf die dort von ihm namhaft gemachten Personen anzuwenden seien.

Der Vorsitzende regte den Abschluß eines Vergleiches an, doch wird von dem Herrn v. Wennigsen dieses Ansinnen entschieden abgelehnt.

Abg. Erzberger erklärt nochmals, er habe nicht beleidigen wollen und nur referiert. Was die Widerklage betreffe, so finde er die Beleidigungen in dem Inhalt zweier Artikel des Privatklägers in der „Nölnischen Zeitung“. Es heiße darin unter anderem: Abgeordneter Erzberger sei ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft; ferner: an Herrn Erzberger sei die fabelhafte Kühnheit zu bewundern, mit der dieser Benjamin der ultramontanen Fraktion alte Politiker auch der eigenen Partei abfange; die Partei des Herrn Erzberger werde noch böse Er-

fahrungen mit ihm machen, denn er gehört seinem ganzen Charakter nach nicht zu den Jagdhunden, die sich von ihren Herren zurückziehen lassen; die Selbstüberhebung führe diesen Kolonialoberkrieger auf Abwege und mache ihn zum Enfant terrible seiner Partei.

Der Rechtsanwalt des Herrn v. Bennigsen beantragte namens des Privatklägers die nachdrückliche Bestrafung des Angeklagten, der sich gewissermaßen als Richter des Staates aufspiele. Zweifellos liege eine schwere Beleidigung vor, denn die Interpretation des beleidigenden Passus, die der Angeklagte gegeben, sei sehr künstlich. Wenn er sagt, daß der letzte Absatz nicht mit den ersten Ausführungen zusammenhänge, so lasse er einfach den verbindenden Mittelweg weg.

Erzberger's Verteidiger beantragte hingegen die Freisprechung des Angeklagten und die Bestrafung des Privatklägers. Daß bei der Gründung der Landgesellschaften Ständelose Vorgänge sich ereignet haben, sei von dem Angeklagten öffentlich im Reichstage wiederholt erörtert und auch regierungsfreudig anerkannt worden. Angell. Erzberger schloß sich diesen Ausführungen seines Verteidigers an und wandte sich in scharfer Polemik gegen die Ausführungen und Angriffe des gegnerischen Anwalts, insbesondere auch gegen die Behauptung, daß es sich um eine Wahlmanoe gehandelt habe. Das sei ganz und gar nicht der Fall. Er halte jede Landkonzession in Kolonialgebieten für ein Nießgutsrecht und habe im Reichstage den Kampf hiergegen mit Schärfe und auch mit Erfolg geführt. Er habe die Gröndergewinne längst vor Erscheinen der Broschüre im Reichstage festgesetzt, und sie seien in der Denkschrift der Regierung angegeben. Er habe Herrn v. Bennigsen keineswegs unlauteren Gewinn vormerken wollen, sondern im zweiten Teile nur einige Männer genannt, die hinter den Kolonialgesellschaften ständen. Er habe durchaus annehmen müssen, daß Herr v. Bennigsen noch zum Vorstände der Kolonialgesellschaft für Südwestafrika gehört, denn sein Name sei in der Landkommission genannt worden, und er habe nicht dagegen protestiert.

Nachdem der Gerichtshof sich zur Beratung zurückgezogen hatte, wurde folgendes Urteil abgegeben:

Der Angeklagte Erzberger wird wegen Beleidigung zu einer Woche Gefängnis verurteilt, der Widerangeklagte v. Bennigsen freigesprochen. Die Kosten des Verfahrens werden dem Angeklagten auferlegt.

Das Gericht, so erklärte der Vorsitzende, habe den Eindruck gewonnen, daß der Angeklagte Erzberger herber Behauptung, daß gewisse Leute Nießgutsrechte in die Tasche gesteckt haben, auf Herrn v. Bennigsen hatte exemplifizieren wollen. Diesem werde somit der Vorwurf gemacht, daß er in schwindelhafter Weise Nießgutsrechte sich zugeignet habe. Das Motiv erkläre der Gerichtshof darin, daß der Angeklagte, der zum Reichstage kandidierte, auf irgendeine Weise Sensation machen wollte. Der erhobene Vorwurf sei so schwer, daß der Gerichtshof von einer Geldstrafe abgesehen habe. In den Ausdrücken, auf die sich die Widersprüche stütze, habe der Gerichtshof Beleidigungen nicht erblickt.

## Die Kommune der Winzer.

Paris, 18. Juni. (Fig. Ber.)

Seit dem Pariser „Aufstand“ von 1871 hat sich die bürgerliche Republik in keiner Situation befunden, die der jetzigen vergleichbar wäre. Der Boulangerismus wie die Dreyfuskrise stellte Parteien einander gegenüber, diesmal aber ist es eine ganze Provinz, die sich wider die Zentralregierung erhoben hat. Fünf Departements haben sich der vom Komitee zu Argeliers geleiteten Verbrüderung angeschlossen. Zu den vier, die sich auf den Nießgutsmeetings der letzten Wochen zum gemeinsamen Kampfe verbanden, ist nun auch das Departement Var getreten, wo Clemenceau sein Senatsmandat erhalten hat! Auch dort demissionieren die Gemeinderäte, und die Parole der Steuerverweigerung dringt siegreich vor.

Aber nun will die Regierung einschreiten und die Anführer des Aufstands die Strenge der Gesehe fühlen lassen. Herr Clemenceau besitzt den Ehrgeiz, ein zweiter L'Heris zu werden. Wie jener hat er zuerst die Aufständischen ungestört schalten lassen, ja ihnen die Bahn gebahnt: Den Manifestanten, die sich zum Eidswur auf das Programm der Revolte versammelten, stellte die Regierung ungezählte Eisenbahnzüge zur Verfügung, sie gab den Reservisten der verbündeten Departements am Demonstrationstag Urlaub, sie stellte sich taub, als das Komitee offen zum Gesehesbruch aufforderte. Jetzt, da sie die Winzer hat „schuldig werden“ lassen, „übergibt sie sie der Weisheit.“

Was die Regierung alles vorhat, weiß man noch nicht. Clemenceau forderte heute in der Kammer Blanco-Bollinacht, und er hat sie trotz Laurès leidenschaftlichem Einspruch erhalten. Sicher ist, daß die Staatsanwaltschaften den Auftrag erhalten haben, gegen die Mitglieder des Komitees die Strafverfolgung einzuleiten, wahrscheinlich, daß sie auch gegen die zurückgetretenen Bürgermeister vorgehen werden. Da die Geschworenen der revoltierenden Departements „unzuverlässig“ sind, so werden zweifellos die Schwurgerichte anderer, leichter zu beeinflussender Landesteile delegiert werden.

Clemenceaus Leutnant, der Unterstaatssekretär Sarrault, hat als Abgeordneter von Narbonne die Mitverantwortung der Beschlüsse des gestrigen Ministerrats nicht auf sich nehmen wollen und sein Amt niedergelegt. Ob da Wahlinteressen den Ausschlag gegeben haben oder andere (Sarrault ist an der „Dépêche de Toulouse“ hervorragend beteiligt, und dieses Blatt hat in der letzten Zeit wegen seiner regierungsfreundlichen Haltung eine rapide Abnahme seines Verschleißes zu beklagen), bleibe dahingestellt, in jedem Fall hat die Demission im Süden den Eindruck einer Demonstration gemacht und den Entschluß zum Widerstand noch gefestigt.

Wie weit aber wird dieser Widerstand gehen? Wird sich die Staatsgewalt im blutigen Kampfe durchsetzen müssen? Jedenfalls trübt die Regierung die klassischen Vorbereitungen zum ordnungstretterischen Handstreich. Gendarmenabteilungen und Truppenmassen werden in das Gebiet des Bauernbundes geschickt. In den Garnisonen erleben Regimenter von der Ostgrenze die Landesfinder, die man mit großer Beschleunigung und in größter Heimlichkeit nach fernen Departements dirigiert. Denn die jungen Winzer im Waffenrock machen kein Gebl daraus, daß sie kein Verständnis für einen „Patriotismus“ haben, der sie verpflichten will, auf ihre hungernden Brüder zu schießen, wenn einige Herren in Paris das so für notwendig befinden. Neue Auflehnungen, so Revolten von Soldaten werden gemeldet und durch lahmte offizielle Dementis eher bestätigt. Auf die aus allen Landesteilen ergänzten, auf Kriegsfuß gehaltenen Regimenter des Ostens aber, die unter stetiger d'auvinistischer Suggestion gehalten werden, glaubt man sich auch dann verlassen zu dürfen, wenn man ihrer kriegerischen Schneidigkeit statt des „äußeren

Feindes“ den „inneren“ als Ziel weist. Die einberufenen Reservisten der Winzerdepartements dagegen erhalten Kontroordre. Die Waffenübung wird ihnen ganz geschenkt, damit sie nicht den Geist des Aufstands in den Kasernen noch verstärken.

Am Freitag will Clemenceau der Kammer Rede und Antwort stehen. Bis dahin glaubt er die beschlossenen Maßnahmen vollbracht, den Widerstand der Bauern gebrochen zu haben. Wird dies wirklich so leicht gelingen? Wird die Verhaftung der Führer ohne Blutvergießen vollzogen werden, wird sie die Ruhe in den Departements herstellen, die eben jetzt erst, in der gestrigen Verwerfung der Erhöhung der Zudersteuer um 65 Franks, einen neuen Beweis des Uebelwollens der Gesehgebung erhalten zu haben glauben? Die Antwort müßte unbedingt bejahend lauten, wenn man nur die Massen, die Machtmittel und die Organisation der beiden Parteien vergleicht. Sie scheint aber weniger sicher, sobald man sich erinnert, welche ungeheuren sozialen Energien ein um seine Existenz kämpfendes, vom Glauben an sein Recht erfülltes Volk entwickeln, welche gewaltigen persönlichen Potenzen es im elementarischen Ausbruch seiner Kräfte emporzuleudern kann.

## Es herrscht Ruhe in Narbonne.

Paris, 10. Juni. (Fig. Ber.)

„In Narbonne herrscht Ruhe.“ So melden die offiziellen Berichte, und wenn es bisher auch wenig andere gibt, da die Regierung seit gestern die telegraphische Verbindung mit dem Süden fast ganz aufgehoben und Depeschen nur mit 6-10stündiger Verspätung und unter Zensur durchgelassen hat, so kann man ihnen doch glauben. Genosse Dr. Ferroul hat sich ohne Widerstand verhaften lassen, und wie es scheint, haben sich auch Marcelin Albert und die anderen Mitglieder seines Komitees, die sich vor der Ankunft der zu ihrer Verhaftung entsendeten bewaffneten Macht verborgen hatten, in Montpellier der Verhörde gestellt. Daß es bei dieser militärisch-polizeilichen Operation kein Blutvergießen gegeben hat, ist wohl weniger der Strategie der Regierung, als den Bemühungen der „Aufwiegler“ und dem gesunden Menschenverstand der „Aufgewiegten“ zu danken. Vor allem ist Herr Clemenceau dem Genossen Ferroul verpflichtet, der den schon kräftig begonnenen Varrikadenbau in Narbonne zum Stillstand brachte und die Bahn für die Dragoner, die ihn holen sollten, freimachte!

Was nun? Vor seiner drohenden Verhaftung hat Marcelin Albert ein neues Komitee ernannt, das die Organisierung des passiven Widerstandes fortsetzen soll.

Die Regierung hofft allerdings, daß die mit Regiekunst inszenierten Maßnahmen der heutigen Nacht die Winzer genug einschüchtern werden, um ihre Disziplin zu lodern. Auch hat Herr Clemenceau, wie es heißt, noch andere Pfeile im Köcher. Man spricht vom Belagerungszustand in Narbonne und Umgebung. — Wenn die abgetretenen Bürgermeister nicht weiter antworten wollen, werden vermutlich Verwaltungs-Kommissionen für die Gemeinden ernannt werden, welche die kommunalen Finanzen empfindlich belasten dürften. Aber wenn die Bauern fest bleiben und insbesondere die Steuerverweigerung in die Tat umsetzen, wird der Regierung wohl nichts übrig bleiben, als ihnen auf irgend eine eindrucksvolle Art entgegenzukommen, wobei ein Steuernachlaß am nächsten zu liegen scheint, der der Regierung freilich früher, ohne die kostspieligen militärischen Operationen, blätiger zu stehen gekommen wäre.

Herr Clemenceau hat allerdings für seine Gewaltpolitik die erneuten Lobprüche der Kapitalistenpresse geerntet. Der „Temp“ zieht aus den Vorgängen im Süden die Lehre, daß die Regierung alles zu gewinnen habe, wenn sie die Autorität nicht schwächen lasse! — Die gemäßigten Parteien haben in der Tat recht, sich über eine Politik zu freuen, die den Kern der bürgerlichen Demokratie verlegt und die Aussicht auf ein Regiment des kapitalistischen Ausbeutertums mit einigen Zugeständnissen an den städtischen Kleinbürgeradulismus immer näher rückt. Nur sind es nicht die Sozialkonservativen, die zuletzt lachen werden; denn gerade diese Politik bereitet auch den Zusammenschluß des Proletariats mit dem ausgebeuteten Landvolk vor; sie kann also leicht der Ausgangspunkt der sozialen Umwälzung werden.

## Die Eroberung von Narbonne.

Paris, 10. Juni, 10 Uhr abends. (Fig. Ber.)

Soeben bringt eine Extraausgabe der „Presse“ die ersten ausführlichen Nachrichten über die Vorgänge bei der Verhaftung des Genossen Ferroul. Das Telegramm war um 8 Uhr 15 Minuten aufgegeben, ist aber am späten Abend zugestellt worden! Die Regierung hat offenbar die Verbreitung anderer Berichte als der von ihr beeinflussten heute hintanhalten wollen!! Nach der Darstellung der „Presse“ hat sich die Verhaftung Ferrouls keineswegs friedlich vollzogen. Wir geben hier die wichtigsten Stellen wieder:

Um 1/4 Uhr nachts wurde das erste Regiment auf dem Bahnhofe auswaggoniert: das 14. Linienregiment. Es kampiert auf dem Marktplatz. Die Menge ist stürmisch, aber sympathisch gegenüber den Soldaten. Die Bewohner bringen Brot und Wein für Soldaten und Offiziere.

Der Eingang des Stadthauses wird von 500 Männern bewacht, die bereit sind, ihn gegen eine Welt zu verteidigen. Die Sturmloske ist durch die Nacht.

Von Stunde zu Stunde kommen neue Regimenter an: Das 130., das 80., das 81. und das Kürassierregiment aus Lyon. Drei Brigadegeneräle sind da! Der Rangälteste, General Duerdin, übernimmt das Kommando.

Um 1/4 in der Morgendämmerung nahmen die Truppen ihre Stellungen ein. Zwei Regimenter besetzen den Bahnhof und die Bahnhofstraße, die anderen alle Zugänge zur Stadt ohne Ausnahme. Zwanzigtausend Narbonner sind auf den Beinen nach einer schlaflosen Nacht.

Vor das Haus des Herrn Ferroul rücken zwei Kompagnien des 130. Regiments, eine Kürassierkadron und 50 Gendarmen. Sie rücken bis einige Meter vom Hause vor. Die Kürassiere sind an der Spitze, aber der suchtbare Rückstoß der Menge läßt sie zurückweichen.

Ferroul erscheint auf dem Balkon, jedoch man hört ihn kaum in der allgemeinen Erregung. Er ruft: „Freunde, kompromittiert nicht eine so gute Sache. Zieht Euch vor der Gewalt zurück. 10 000 Leute haben sie gebraucht, um mich zu verhaften. Was könnt Ihr machen?“

Aber die Menge ruft: „Wir wollen nicht, daß man Dich verhafte!“

Der Spezialkommissar aus Paris befehlt den Kürassieren, vorzugehen. Der Rittmeister fordert einen geschriebenen Befehl. Die Reiter scheinen unzufrieden und widerwillig. Auf Befehl des Generals Duerdin ziehen sich die Kürassiere zurück, unter dem Weisfall der Menge.

Jetzt ist ein Zug Gendarmen und Linieninfanterie voran. Sie demähen sich, vorzurücken und drängen die Narbonner zurück. Aber diese, in höchster Aufregung,

die Frauen voran, ergreifen die Offensive und treiben die Gendarmen und Soldaten zurück.

Viele Soldaten werden von ihren Kameraden getrennt und von den Manifestanten in die Mitte genommen. Der Spezialkommissar ist sehr mißvergnügt. Die Unge der Strafe erlaubt nicht, die Truppen zu entwickeln, und überdies marschieren die Soldaten sehr langsam. Die Offiziere begnügen sich damit, ihnen schweigend zur Seite zu bleiben.

Ferroul unternimmt vom Balkon einen letzten Versöhnungsversuch: „Wenn Ihr mich liebt, bezeugt mir so Euer Freundschaft.“ — Frauen und Männer weinen. Man sieht Soldaten und selbst Offiziere sich über's Auge fahren.

Das Volk erklärt sich schließlich bereit, sich zurückzuziehen, aber es stellt folgende Bedingungen: Weder Polizisten noch Gendarmen sollen Ferroul verhaften, sondern zwei Soldaten. Sonst wird angegriffen.

Auch Ferroul erklärt, seine Wohnung nicht durch die Polizei beschlagnahmen lassen zu wollen!

Der Spezialkommissar sieht sich gezwungen, sich vor dem Willen der Narbonner zu beugen, und ist noch froh, so billig davonzukommen.

Als Ferroul, von zwei unbewaffneten Soldaten begleitet, auf der Schwelle erscheint, beginnt eine unbeschreibliche Ovation. Die Frauen stürzen auf die Knie, Arbeiter umarmen und küssen ihn. Der Spezialkommissar führt ihn, mit entblöttem Haupte, zum Landauer. Kürassiere nehmen den Wagen in die Mitte. Aber der Zug wird noch einmal zum Stehen gebracht, das Wagenbed herabgelassen, und Ferroul durchfährt unter endlosen Zurufen die Hauptstraßen. Die Eskorte ist genötigt, im Schritt zu reiten. Auf dem Boulevard Gambetta werden die Reiter umringt. Ein Mann springt den Pferdchen in die Zügel. Die Kürassiere müssen ihre Säbel ziehen, um den Wagen zu befreien. Ein Steinhaue faßt auf sie nieder.

Auf dem Pont de la Liberté wird ein Reiter aus dem Sattel geworfen. Zwei Schwadronen müssen unter einem Regen von Geschossen zurückbleiben. Die Offiziere lassen die Säbel ziehen und von neuem die Menge angreifen. Endlich, um 1/7 Uhr früh, hat die Eskorte Narbonne verlassen und im Galopp geht's nach Courjan, wo Ferroul in den Sonderzug gebracht wird, der ihn nach Montpellier führt.

## Eine Eisenbahnbrücke in die Luft gesprengt.

Die „Presse“ meldet in ihrer Extraausgabe noch:

Die Brücke von Courjan, auf der Bahnstrecke von Narbonne nach Montpellier, sieben Kilometer von Narbonne, ist heute früh in die Luft gesprengt.

Die Absicht der Urheber dieses Attentates war offenbar, das Passieren des Sonderzuges mit den Gefangenen zu verhindern. Aber man vermutete, daß die Verhaftung um 8 Uhr stattfinden werde, und die Brücke wurde eine halbe Stunde nachdem sie der Zug passiert hatte, zerstört. — Dies Attentat ist nicht mit dem auf die Brücke von Villedoigne zu verwechseln, welche die Bauern in Brand gesteckt hatten, um zu verhindern, daß die Wagen mit den Gefangenen von Argeliers den Zug erreichten. Die Wagen mühten auch einen Umweg machen.

Der „Tag“ erhielt folgendes Privat-Telegramm:

Paris, 10. Juni, 12 Uhr 10 Min. Mittags. In der Kammer herrscht heute große Bewegung. Der Deputierte Leroy-Beaulieu ländete eine Interpellation an, ob es richtig sei, daß die Zahl der Bewunderten in der Truppe über 150 beträgt, daß nach Weigerung der Kürassieroffiziere von Narbonne, scharf feuern zu lassen, der Unterpräfekt Jourd die Gendarmen hierzu beorderte und Gehorjam fand, ferner ob es richtig sei, daß noch mehr Todesopfer im Publikum seien als die fünf offiziell zugegebenen Toten. Ferner will Leroy-Beaulieu genauer über die Gerüchte von einer neuen Empörung im hundertsten Regimente erfahren.

Paris, 10. Juni. Aus Anlaß der Vorkommnisse in den Weinbaubezirken hat Präsident Faubres im Einverständnis mit dem König von Slom die Verschlebung der zu Ehren des letzteren angelegten Festschleifen angeordnet. Auch das für heute abend geplante Dinner ist abgesagt worden. —

## Um Preußens Dreiklassenwahlrecht.

Die Schar jener, die das Dreiklassenwahlrecht aufgeben, mehrt sich. Aus freikonservativem Munde kommt schon jetzt das Zugeständnis, daß es unhaltbar geworden ist. Freiherr v. Jellig gibt seinen jahrelang verteilten Lieblingsgedanken auf, daß eine Reform des preussischen Wahlrechts mit gegen die Kompensation einer Reichstagswahlrechtsverschlechterung zugestanden werden dürfe und fordert die preussische Regierung auf, im Herbst mit einer Wahlrechtsreform vor den Landtag zu treten, die selbstverständlich die natürliehen Autoritäten, Geist, Bildung, Alter nach ihrer vollen Bedeutung würdigen soll. Der Grund, der den vielgewandten Freiherrn zu diesem Zugeständnis bewegt, ist, wie er selbst angibt, die Rücksicht auf die Volkspolitik. Die Erwägung, daß die Volkspolitik im Reich auf schwerste gefährdet wird, wenn in Preußen dem Liberalismus jegliches Entgegenkommen verweigert wird, wenn er sich gezwungen sehen würde, seinen Wahlrechtsantrag lediglich entzünden im Abgeordnetenhause zu vertreten. Und daß die proletarische Wahlrechtsbewegung, wie sie den lang eingetroffenen Wahlrechtsreformmeister des Zentrums und der Freisinnigen wieder lebendig werden ließ in den Wahlrechtsanträgen des Wahlinteresses 1906, dafür sorgen wird, daß er nicht wieder einschläft, das sagt Jellig zwar nicht in seinem Artikel, aber er im „Tag“ veröffentlicht, aber das weiß er dafür um so besser.

Daß solche Aufstüftung des Freisinn sehr notwendig ist, geht übrigens aus einer Stelle des Jelligschen Artikels ziemlich deutlich hervor. Er deutet da an, daß die Zurückstellung des freisinnigen Wahlrechtsantrages in der verflochtenen Session des Landtages erfolgt ist, weil die Konservativen und die Regierung großen Wert darauf legten, daß er nicht mehr verhandelt werde. Die „Lib. Korrespondenz“ hat das Verhängliche dieser Feststellung sofort gepöhlert und erklärt deshalb schlemig, daß die Konservativen einer Verhandlung des Antrages keinerlei Hindernisse entgegengelehrt hätten; sie sei nur unterblieben, weil die Freisinnigen selbst Zweifel über die Zweckmäßigkeit einer überhasteten Beratung unmittelbar vor Sessionsschluss bekommen und daher aus eigener Initiative auf die Verhandlung verzichtet hätten.

Diese Angaben stehen, wie man sieht, im entschiedensten Widerspruch zu denen des Freiherrn v. Jellig, der bei seiner lebhaften Besorgnis für die Volkspolitk sicherlich keinen Anlaß hatte, die Dinge ungünstiger für den Freisinn hinzustellen, als sie wirklich sind. Man darf deshalb dem Jelligschen Zeugnis mehr Glauben schenken, als den Beteuerungen des angeklagten Freisinn. Und zudem trifft das Zeugnis des freikonservativen Führers zusammen mit den Enthüllungen, die in der „Fränkischen Tagespost“, unserem Münberger Parteiorgan ein Berliner Gewährsmann macht. Er teilt folgendes mit:

Die preussische Regierung hat die freisinnigen Fraktionen des Abgeordnetenhauses zur Zurückstellung ihres Antrages veranlaßt, indem sie ihnen Anlaß zu der Vermutung gab, daß sie selbst im

kommenden Herbst mit einer Reform des Dreiklassenwahlrechts hervortreten werde.

Herr Wilow beabsichtigte aber keineswegs, eine Aenderung des Systems vorzunehmen, sondern nur eine veränderte Wahlkreis-einteilung einzuführen, durch welche die Zahl der Liberalen vermehrt werden sollte. Amtliche Erhebungen sind zu diesem Zwecke bereits eingeleitet worden.

So ist also der Freisinn geneigt, für ein Vinsengericht das Recht des Volkes zu verkaufen. Um einige Sätze im Abgeordnetenhaus mehr will er ernstliche Vorwürfe gegen die Dreiklassenwahl unterlassen. So erklärt sich die freisinnige Bescheidenheit und Rücksichtnahme am Ende der Landtagsession.

Ob der Freisinn aber die Belohnung für seinen Verrat ernten wird, das ist zur Stunde höchst zweifelhaft. Der Gewährungsmann unseres Münchener Parteiblattes erwähnt in seiner Fußschrift auch die Gerüchte, daß die Stellung Wilows erschüttert sei. Die Anzeichen dafür haben sich inzwischen verdichtet. Man geht wohl nicht fehl, wenn man den Wahlrechtsartikel des Freiherrn v. Jeditz als einen Versuch betrachtet, dem Wankenden zu Hilfe zu kommen. Die neue Ueberzeugung des freikonservativen Abgeordneten von der Notwendigkeit der Aenderung des preussischen Wahlrechts ist also nur ein Mittel zum Zwecke, eine Waffe im Kampf wider die Wilow bedrohenden Claque. Von dem Hin und Her der Samaritanenkämpfe soll das Schicksal der preussischen Wahlrechtsfrage abhängen. Die Entscheidung über das wichtigste Volksrecht soll bestimmt werden nach dem Gange höfischer Intrigen. Ein Zustand von solcher empörender Art, daß das Klassenbewußte Proletariat alle Kraft zusammennehmen muß, ihn zu beenden.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. Juni 1907.

### Cliquenkämpfe.

Die „Frankf. Ztg.“, deren politischer Vertreter in Berlin bekanntlich engere Beziehungen zum Reichslanzlerpalais unterhält und erst dieser Tage seinem Blatte den gegen die bekannte Stadt-Notiz des „Lokal-Anzeiger“ gerichteten Wilow-offiziösen Abwehrartikel lieferte (vergleiche den Leitartikel der heutigen Nummer), veröffentlicht an der Spitze ihrer heutigen zweiten Morgennummer unter der Stichmarke: „Wozu der Bärm?“ folgende Berliner Korrespondenz:

„Der Reichslanzler begibt sich morgen nach Kiel, um dem Kaiser Vortrag zu halten. Wenn wir uns recht erinnern, ist der Reichslanzler schon öfter während der Kieler Woche zu dem gleichen Zwecke dorthin gegangen und es ist verständlich, daß der Kaiser, bevor er seine Nordlandreise antritt, noch einmal eine Audienz mit seinem verantwortlichen Ratgeber haben will. Man braucht also in dieser Reise gar nichts Besonderes zu suchen, aber es ist immerhin möglich, daß sie wie einzelne Blätter vermuten, vielleicht zu einer Klärung der innerpolitischen Lage führt und daß dort Angelegenheiten besprochen und erledigt werden, die, wie die eine oder die andere Personalveränderung innerhalb der Regierung die Politiker und die Presse in der letzten Zeit viel beschäftigt haben. An den bevorstehenden Ministerrat des Kultusministers Herrn v. Studt wird z. B. mancher denken.“

Danach scheint man in den Kreisen der Vertrauten Wilows ziemlich sicher damit zu rechnen, daß des Kanzlers Reise nach Kiel Erfolg haben wird. Sollte Wilow nicht doch vielleicht seinen Einfluß überschätzt haben? Die Wege des persönlichen Regiments zeigen oft sehr eigenartige Kurven.

### Die Zentrumspresse und die Dumaauflösung.

Nichts ist bezeichnender für die politisch-reaktionären Tendenzen des Zentrums, als die Stellungnahme der Zentrumspresse zu dem neuesten Staatsstreik des Jaren und der ihn beherrschenden korrupten Bureaucrateneclique. Vor Jahresfrist etwa erwies der Papst Nikolaus dem Regenten einen Liebesdienst und sandte ihm als Helfer in der Not eine Anzahl Münze. Als das Blut des russischen Volkes in Strömen floß, segnete der Statthalter Christi und Nachfolger der Apostel den verbrecherischen Bürger. Die Haltung der liberalen Presse gegenüber dem Attentat auf die sozialdemokratische Dumafraktion ist durchweg scharf und erbärmlich. Die russischen Papierchen stehen auf dem Spiel, darum bearbeitet zumal die Handlatschepresse vom Schlage der Rheinisch-Westfälischen die öffentliche Meinung im Sinne der Konterrevolution. Die Monopolisten wollen zudem für Deutschland denselben Absolutismus, in den Rußland jetzt zurückgefallen ist. Aber erbärmlicher und widerlicher als die Haltung der liberalen ist die der Zentrumspresse. Die größeren Blätter lassen ja eine gewisse Vorsicht walten, denn auch für fromme Gelbheute ist das Einhandeln russischer Papierchen heute ein gewagtes Unterfangen. Um so lebhaftere Tiraden macht die mittlere und kleinere Provinzpresse über den russischen Staatsstreik. So heißt es in einer Anzahl dieser Harnelustblätter: „Da haben nun auf einmal die revolutionären Antriebe der 55 sozialdemokratischen Dumaabgeordneten auch der zweiten Dumasammlung ein jähes Ende bereitet. Diese 55 Abgeordneten haben nach den Angaben der russischen Regierung eine geheime Organisation gebildet zum Umsturz der Regierungsform durch das Mittel eines Volksaufstandes. Im ganzen Lande gründeten sie Geheimkomitees, sandten Agitatoren und aufreizende Schriften hinaus unter das Volk, besonders die Bauern und Arbeiter, erteilten genaue Instruktionen, traten in Verbindung mit den revolutionären Militärorganisationen usw., um durch eine Revolution das Jarentum zu stürzen und die demokratische Republik an dessen Stelle zu setzen.“

Von dem wirklichen Sachverhalt kein Wort. Was die Hunderte der russischen Regierungskamorra behaupten, ist für die frommen Seelen eitel Wahrheit. Daß außer den Pogromhelden, den Purischewitsch und Kruschewan, gegenwärtig in Rußland jede Partei auf eine illegale Existenz angewiesen ist, wissen die Wiedermänner natürlich. Wen will es wundern, wenn die gewohnheitsmäßigen Verleumder der Sozialdemokratie wie bisher die Kommune, so auch die große russische Revolution verleumdete? Verleumden diese selben Leute nicht die Grundlagen der eigenen Partei, loben sie nicht den Papst wegen seines Vorgehens gegen die christlichsoziale Gruppe in Italien? Diese beabsichtigten bekanntlich die Gründung eines italienischen Zentrums nach dem Muster des deutschen. Aber der Papst will es nicht, weil er keine auch nur in etwas selbständige Politik der italienischen Katholiken will. Was in Deutschland zur höheren Ehre Gottes besteht, ist in Italien Agercei. Christlichsozial ist dort Unsinn geworden. Warum? Seit Gründung des deutschen Zentrums sind nahezu 40 Jahre Entwicklung ins Land gegangen. Politik ist heute Absolutismus oder Demokratie, Monopol oder Sozialismus. Die reichen Pfänder der Kirche in Tiara, Kardinalhut und Inful stimmen für Autokratie und Monopol. Und christlichsoziale Wortführer des Kapitalismus halten ihnen die Stange aus dem gleichen Klasseninstinkt heraus, der sie in der Verleumdung der russischen Sozialdemokratie ein gottgefälliges Werk erblicken läßt.

### Das Ausdehnungsbedürfnis Hamburgs.

In der Sitzung der Hamburger Bürgerschaft vom Mittwochabend gelangte eine den weiteren Ausbau der Hafenanlagen betreffende Senatsvorlage zur einstimmigen Annahme. Es handelt sich um eine Forderung von 500 000 M. zum Erwerb eines etwa

80 Hektar großen auf der Elbinsel Neuhoop gelegenen, unter preussischer Hoheit stehenden Terrains. Der in Betracht kommende Landkomplex gehört zwei großen Gesellschaften. Die Verhandlungen mit Preußen wegen Uebertragung des Hoheitsrechts an Hamburg, wegen der Elbfortifikation und der Verbindung der von Elbgewässern umgebenen Landteile untereinander schweben schon seit Jahren und sind auch jetzt noch nicht zum Abschluß gelangt. Da die Ratifikationsfrist für die Verträge mit den beiden Gesellschaften am 1. Juli d. J. abläuft, mußte Hamburg zugreifen, damit wegen des Landeswerbes sich nicht noch neue Schwierigkeiten hinzugesellen. Obwohl erst vor zehn Jahren neue gewaltige Hafenanlagen auf Kuhwärder und Roß entstanden sind, haben sich infolge der riesigen Zunahme des Verkehrs in den letzten Jahren die gesamten Hafenanlagen als viel zu klein erwiesen. Selbstverständlich tritt Preußen ohne Äquivalent kein Terrain ab. Welches Kompensationsobjekt da in Frage kommt, ist noch nicht bekannt, da, wie schon erwähnt, die Verhandlungen mit Preußen noch schweben.

Der den Terrainterwerb empfehlende Senator O'Swald betonte in längerer Rede die große Bedeutung der Vorlage für Hamburg, daß alles drangehen müsse, um den Anforderungen des Handels und Verkehrs gerecht werden zu können, und vor allem müsse Hamburg einer Verhandlung der Rordereibe vorzuziehen suchen. Wenn in der Presse und auch sonstwo behauptet worden sei, Hamburg werde bei den Verhandlungen mit Preußen den kürzeren ziehen, so müsse er dem widersprechen. Er behaupte, nicht schon jetzt den Vertrag mit Preußen vorlegen zu können; der Vertrag werde aber, das wolle er jetzt schon hervorheben, ein akzeptabler, die Interessen Hamburgs nach jeder Richtung hin wählender sein.

### Ein zweites Horn.

Der Feldwebel der kaiserlichen Schutztruppe Franz, bisher Leiter der Nebenstelle Kombe im Bezirk Langenburg, hat den Andru Kerani, einen Schwarzen, der nach eigenem Geständnis in der Nacht zum 1. Januar 1905 die Stationskasse mit mehreren 1000 Rupien Inhalt gestohlen, zum Zwecke der Wiedererlangung des Geldes in grausamer Weise gepeinigt. Kerani verstarb auf dem Wege nach dem Gericht in Langenburg. Das Kriegsgericht hat auf eine Anzeige vom Februar d. J. im Mai gegen Franz verhandelt; es hat einen urteillichen Zusammenhang zwischen der Peinigung und dem Tode des Kerani nicht angenommen und den Franz wegen einfacher Körperverletzung zu einer Geldstrafe von 300 M. (!) verurteilt. Der Gerichtsherr hat gegen dieses Urteil alsbald die Berufung eingelegt, die Angelegenheit kommt daher demnächst in Berlin erneut zur Verhandlung.

### Nachhilfe beim Mantellegen.

Der Unteroffizier Valentin Marx von der 11. Kompanie 71. Infanterie-Regiments in Erfurt hatte am 12. Mai den Soldaten B. seiner Korporalschaft beauftragt, sechs Mäntel vorchriftsmäßig zu legen und sobald er mit einem fertig wäre, ihm diesen zur Probe zu zeigen. Das geschah. Der Unteroffizier war von dieser Probe ebenso wenig befriedigt, daß er den Mantel nahm und diesen dem Soldaten mehrmals um den Kopf schlug, wobei ein Zipfel dem Mann ins Auge traf und dieses heftig traute. Damit war die „Instruktion“ noch nicht beendet. Marx stieß seinen Untergebenen und trat ihn mit dem mit Schärfschuh besetzten Fuß vor Säntel und Säntelbein; der Soldat stog dabei mit dem Kopf vor das Weis, so daß er bis zum Abend an Kopfschmerzen litt. Der so Mißhandelte meldete das am anderen Tage, infolge dessen sich der Unteroffizier vor dem Kriegsgericht der 33. Division in Erfurt am Mittwoch zu verantworten hatte. Der Angeklagte gab sein Vorgehen rückhaltlos zu. Der als Zeuge vernommene Soldat B., der an dem fraglichen Tage schon eine Differenz mit seinem Vorgesetzten gehabt, an der er aber auch schuldlos war, gab an, er habe den Mantel nicht besser legen können, weil er kein Mantelmah hatte. Das Kriegsgericht hält einen minderschwereren Fall für vorliegend, da der Mißhandelte schon am anderen Tage keine Folgen mehr davon gespürt habe und verurteilt den Unteroffizier zu drei Wochen Mittelarrest. Zu bemerken ist, daß der Verurteilte erst seit Neujahr Unteroffizier ist, aber schon einmal disziplinarisch bestraft wurde, weil er einen Untergebenen vorschriftswidrig angefaßt hatte.

Großer Kolonialkrieg. Aus Deutsch-Südwestafrika wird amtlich gemeldet: Am 11. d. Mts. zerstreute Hauptmann Doerschlag mit einer Kompanie eine Westfeldkuchenträger im südl. Grenz-Kamaland, wobei Unterleutnant Elias Jaal und ein Vornam von der Bande Simon Koppers fielen; zwei Mann gefangen genommen wurden. Unsererseits sind Verluste nicht zu verzeichnen.

Die kriegsgemäße Ausrüstung. Nach neuester Anordnung soll, wie die „National-Zeitung“ erzählt, bei allen Waffeneinstellungen — ausschließlich der Kürassiere — das weiße Lederzeug im Mobilmachungsfalle geschwärzt werden.

Für den Frieden wird aber das unpraktische, die Mannschaften mit unnötiger Puharbeit belastende weiße Lederzeug beibehalten. Weiß gar so gut aussieht! —

### Schweiz.

#### Die bürgerlichen Rebellen in Valach vor dem Züricher Kantonsrat.

Zürich, 17. Juni. (Fig. Ver.) Der Ueberfall auf die streikenden italienischen Bauarbeiter am 21. Mai in Valach beschäftigte gestern infolge einer sozialdemokratischen Interpellation den Züricher Kantonsrat. Die Interpellation lautete:

„Ist dem Regierungsrate bekannt, daß am 21. Mai 1907 in Valach streikende Bauarbeiter geprügelt und verhaftet worden sind? Ist ihm insbesondere das Verhalten der Polizeitruppe bei dieser Gelegenheit bekannt? Welche Maßregeln gedenkt er zu ergreifen, um die Wiederkehr solcher Vorkommnisse zu verhindern?“ Die Interpellation begründete Genosse Greulich. Die Gesetze sind vom Bürgermeister Jander und den beiden Ortspolizisten unter Kenntnis der Kantonspolizei vorbereitet worden, wobei der Ortspolizist Kägi sehr aktiv mitwirkte. Unter den 13 Ergreifenden befanden sich 10 Handwerksmeister, die beiden Baumeister und der Ortspolizist. Drei von ihnen waren mit Revolvern, die übrigen außerdem mit Gummischläuchen und dergleichen bewaffnet, einer erschien sogar mit dem Schmiedehammer! Nachdem die wehrlosen Italiener in ihrem Versammlungsort schändlich mißhandelt worden waren, wurden sie unter Anführung des Polizisten Kägi nach in die Häuser hinein verfolgt, in die sie sich geflüchtet hatten!

In seiner Antwort auf die Interpellation mußte der Justizdirektor Kägi die Darstellung Greenichs bestätigen. Gegen 11 Angeklagte ist Strafflage eingeleitet. Natürlich suchte er die bürgerlichen Erzeile abzuschwächen und durch angebliche „Dröhungen“ der Streikenden zu einschüchtern. Da die Bürgerlichen sich — wie gewöhnlich bei solchen Aktionen — auswichen, so ist im übrigen bei der ganzen Sache nichts weiter herausgekommen.

### Holland.

#### Die Wahlen zu den Provinzialstaaten

Brachte schon der erste der drei Wahltage (11. Juni) in der Provinz Süd-Holland den Liberalen eine völlige Enttäuschung, da den Liberalen ihre Mehrheit in der Ersten Kammer durch die ersten Wahlergebnisse bereits bestätigt war, so verbollständigten die beiden anderen Wahltage (12. und 13. Juni) das Bild des ersten Tages.

Die holländische Sozialdemokratie kann auch auf die Resultate der beiden letzten Tage mit Befriedigung zurückblicken: sie hat auf der ganzen Linie einen weiteren bemerkenswerten Stimmenzuwachs zu verzeichnen, und es ist eine gegen alles Erwarten große Zahl von sozialdemokratischen Kandidaten in die Stichwahl gekommen. Die Liberalen dagegen erlitten eine sie geradezu zur Machtlosigkeit

herabdrückende Niederlage. Rafft der Liberalismus sich nicht auf, dann steht auch dem Siege der Liberalen bei den Wahlen zur Zweiten Kammer im Jahre 1909 — oder bei einer nicht unmöglichen früheren Auflösung derselben — nichts mehr im Wege.

Das Votum der Bourgeoisie an den drei Wahltagen bedeutete nichts anderes, als daß sie ihrer Abneigung gegen die von der Regierung beantragte Steuerreform (Verschmelzung der Vermögens- und Gewerbesteuer in eine der Bevorratung des Landbaubetriebes ein Ende bereitende einzige Einkommensteuer), gegen die Herabminderung der finanziellen und persönlichen Militärlasten, gegen die Alters-, Invaliditäts- und Krankenversicherung, gegen den Achtstundentag, gegen die Abschaffung der Nachtarbeit, gegen den Schutz der Frauen- und Kinderarbeit, gegen eine freiere Entwicklung der in letzter Zeit sich so schnell entwickelnden Gewerkschaftsbewegung und vor allem gegen das allgemeine Wahlrecht Ausdruck geben wollte. — Diesem Votum der reaktionären Bourgeoisie gegenüber stellt sich das der Arbeiter als Zeichen ihrer festen Willensäußerung dar: keinen Fuß drei von der einmal erzwungenen Position sich entziehen und ihr stetiges Vorwärtsschreiten nicht hemmen zu lassen.

Die Sozialdemokratie, die sich zum ersten Male in größerem Maßstabe an den Wahlen zu den Provinzialstaaten beteiligte, hat es — außer dem großen Stimmenzuwachs — in 24 Wahlkreisen, von denen manche durchaus nichts aussichtslos sind, zur Stichwahl gebracht, gegenüber 8 im Jahre 1904, wonach 2 mit ihrem Siege endeten. Das Resultat ward erzielt, trotzdem die Partei mit Rücksicht auf die im Juli stattfindenden Gemeinderatswahlen ihre Kräfte in jeder Hinsicht schonen mußte und daher nur wenig aktiv auftreten konnte.

Vom zweiten Wahltage ist hervorzuheben, daß in der Provinz Groningen 9 Kandidaten in Stichwahl kamen, vom dritten Tage, daß im dritten Amsterdamer Bezirk die Genossen W. B. A. u. t. und P. O. H. u. s. in dem neuen Distrikte Amsterdams zum ersten Male bei den Provinzialwahlen der sozialdemokratische Kandidat B. L. i. e. g. n., zu Utrecht Genosse M. e. n. d. e. l. s. in zwei Distrikten, zu Eindhoven 2, zu Recarvarden 4 Genossen in aussichtsreicher Stichwahl gebracht wurden.

### Christlich-antirevolutionäre Agitation.

Nach einem Bericht des katholischen Blattes „Maasbode“, das in Rotterdam das politische Christentum und die christliche Politik vertritt, hat der Siegesjubel der Liberalen bei den Wahlen zu den Provinzialstaaten recht lebhaft Formen angenommen. Während die Sozialdemokraten ihre „düster-traurigen“ Reisen fangen, antworteten die frommen antirevolutionären Wähler, die, auch wenn sie ihren Wahlsittel abgeben, für Gott den Herrn streiten, mit „acht niederländischen Volksliedern“ und sangen, wie der „Maasbode“ schreibt:

„Hängt ihn auf! hängt ihn auf!  
Hängt Troelstra an die Laternen!  
Hängt ihn auf! hängt ihn auf!  
Hängt Troelstra an den Baum!“

Diese Liberalen Demonstrationen scheinen begriffen zu haben, daß dem mächtigen Fortschritt der Sozialdemokratie, von dem die Wahlergebnisse zeugen, durch geistige und geistliche Waffen nicht beizukommen ist.

### Die russische Revolution.

#### Der Staatsstreik in Jizfern.

Je mehr man in die Ziffern des neuen Wahlrechts einbringt, desto klarer wird es, daß es ein Wahlrecht für die vereinigte Junterpartei Rußlands ist. Wir haben das gestern an einigen Hählen über die Gouvernements Petersburg, Moskau, P. i. o. l. a. n. d. und Kurland gezeigt. Wie dort, so ist in sämtlichen 53 Gouvernements des übrigen europäischen Rußlands das Stimmverhältnis der Wahlmännergruppen in den Wahlversammlungen des Gouvernements vollständig zugunsten der Agrarier verschoben worden: Von den 6164 Wahlmännern der 53 Gouvernements waren nach dem alten Gesetz 1985 aus der Kurie der Großgrundbesitzer, also etwa 31 v. H. Die Gesamtzahl der Wahlmänner ist nun nach dem neuen Wahlgesez auf 5252 herabgesezt, und auf diese kommen nun nicht weniger als 2647 von der junckerlichen Kurie! Somit ist der Prozentsatz dieser reaktionären Wähler auf 50,4 gestiegen. Dementsprechend haben die bauerlichen Wähler an Einfluß einbüßen müssen: Nach dem alten Wahlgesez, das auf Grund der Wählerliste vom 6. (19.) August und 11. (24.) Dezember 1905 bestand, hatten die Bauern unter den 6164 Wahlmännern in den Wahlversammlungen der Gouvernements 2654 Vertreter, jetzt sollen sie von den 5252 nur noch 1190 haben, ihre Beteiligungsziffer ist also von 43 auf 22 Proz. herabgesezt!

Als besonders trauriges Beispiel für die Wahlentwertung können die folgenden Gouvernements gelten. Das Gouvernement Woroneß hatte früher von 165 Wahlmännern 101 Bauernvertreter, jetzt von 140 Wahlmännern nur noch 55! Im Gouvernement Wjatka wählten nach dem alten Gesetz die bauerlichen Wähler von 200 Wahlmännern 148, jetzt von 100 nur 23.

Wie groß das Uebergewicht der Agrarier in den Wahlversammlungen ist, zeigen die folgenden Ziffern: In Westsibirien haben sie von 115 Wahlmännern 66, in Wolhynien von 158 89, im Jekaterininschen Gouvernement von 108 62, im Gouvernement Kurland wählen sie von 137 Wahlmännern 71 usw. Es läßt sich schon jetzt berechnen, daß in nicht weniger als 26 Gouvernements die Landjunkere die absolute Majorität in den Wahlversammlungen haben werden. Wo das nicht zu erreichen sein wird, dort wird ihnen Unterstützung durch die reaktionäre Hausagrarierpartei in den Städten, die zu einer selbständigen Kurie gemacht worden ist. Zusammen mit dieser haben die Landjunkere die Mehrheit in allen europäischen Gouvernements, und da diese die große Mehrzahl der Abgeordneten in die Duma entsenden, so hat der Junker das Szepter in der Hand. Aber er bestimmt nicht nur seine Untergeordneten, er und der Hausagrarier der Stadt wählen auch die Abgeordneten der übrigen Kurien, der Bauern und der Städter. Der Abgeordnete der Bauern wird in jedem Gouvernement nämlich nicht mehr wie bei dem alten Wahlrecht von der Kurie der bauerlichen Wahlmänner gewählt werden, er wird in der gemeinsamen Wahlversammlung nominiert, das heißt: da die Junkere die Majorität in diesen Versammlungen haben, so werden sie den Mann wählen, welcher ihnen am besten paßt. Ebenso ist es mit der Kurie der Städter. Auch aus dieser nehmen die Agrarier gerade den, welcher ihnen am meisten zusagt.

Je ein Abgeordneter aus der Kurie der Fabrikarbeiter ist obligatorisch nur in 6 Gouvernements zu wählen, und auch diese 6 Mann bestimmen die Agrarier! Die Wahl ist also faktisch in eine Ernennung durch die reaktionäre Kurie verwandelt worden. Vollständig unabhängig von der Agrarierpartei kann die Opposition nur die 16 Abgeordneten in den 5 Städten Petersburg, Moskau, Wiga, Riwo und Obeßa durchbringen, wo die Wähler direkt sein werden.

### Sturmzeichen.

St. Petersburg, 20. Juni. (R. S.) Die Nachrichten aus Kossau lauten beunruhigend. Infolgedessen sind 22 Kompagnien Infanterie nach dort abgegangen. Bei der dritten Division in Kaluga soll eine meuterische Bewegung ausgebrochen sein.

Petersburg, 20. Juni. (Privattelegramm des Berl. Tagebl.) 16 Kilometer von Petersburg wurde gestern bei Ligowo eine Versammlung der Vertreter aller Bahnangestellten des Petersburger Knotens abgehalten, in der die Frage eines allgemeinen Bahnstreiks diskutiert werden sollte. Es waren gegen 300 Vertreter erschienen, doch trieb die Polizei die Versammlung auseinander und verhaftete eine Anzahl Redner. Unter den Fabrikarbeitern beginnt die Agitation gegen das neue Wahlgesez bedeutlichen Aufschwung anzunehmen.

### Die Sozialdemokraten.

Petersburg, 20. Juni. (R. S. V.) Auf der gestrigen Konferenz der Sozialdemokraten wurde die Frage, wie das

Proletariat auf die Auflösung der Reichsduma reagieren sollte, dahin beantwortet, daß mit Rücksicht auf die mangelnde Organisation des Proletariats jetzt ein Generalstreik scheitern würde und deshalb nicht zu veranstalten sei. In der Versammlung waren die radikalen Sozialdemokraten (die Polischewiki) in der Mehrzahl.

**Warschau, 20. Juni. (B. T. B.)** Hier wurden 20 Mitglieder eines sozialdemokratischen Bureaus verhaftet. Eine Proklamation über die Auflösung der Reichsduma wurde beschlagnahmt.

**Petersburg, 20. Juni.** Die zur gerichtlichen Verantwortung gezogenen 55 sozialistischen Abgeordneten der aufgelösten Duma wurden veranlaßt, einen Revers zu unterschreiben, daß sie Petersburg nicht verlassen werden.

#### Wähernte droht.

**Petersburg, 20. Juni. (B. T. B.)** Im Ministerium des Innern gesammelte Nachrichten besagen, daß auch im kommenden Jahre in vielen Bezirken eine schlechte Ernte zu erwarten ist. In denjenigen Gouvernements, in denen in diesem Jahre Hungernot herrschte, sind die Ernteaussichten gut; schlecht sind sie dagegen im Süden und im Westen, wo das Wintergetreide durch Frost und das Sommergetreide durch Trockenheit gelitten hat.

### 5. Verbandstag der Graveure und Ziseleure.

In der Diskussion werden wieder mancherlei Angriffe gegen Weidner in seiner Eigenschaft als Redakteur des Hochblattes gerichtet, gegen die er sich entschieden verteidigt. Alsdann kommt der wichtigste Punkt der Beratung: „Verbandsverband oder Industrieorganisation?“ Hierzu ist ein Referent und ein Korreferent aufgestellt. Referent ist der erste Vorsitzende Weidner, der zunächst einen Rückblick auf die Geschichte der Arbeiterbewegung wirft und daraus den Nachweis zu führen sucht, daß die Entwicklung von selbst zur Zusammenfassung der Arbeiter in immer größeren Organisationsgruppen drängt. Er betont zum Schluß seiner Ausführungen nochmals, daß überall die Bestrebungen der Arbeiter dahin gehen, eine Konzentration der kleineren zu größeren Gruppen herbeizuführen, und so sollten auch die Graveure bestrebt sein, sich einer größeren Gruppe anzuschließen.

Korreferent ist Thurow-Berlin. Er begründet in längerem Ausführungen seinen gegenteiligen Standpunkt.

Die Diskussion über diese Frage ist eine sehr eingehende. Die beiden Referenten Weidner und Thurow verteidigen in kurzen Schlussworten nochmals ihre Stellung, worauf über die Anschlussfrage namentlich abgestimmt wird. Der Uebertritt wird mit 25 gegen 7 Stimmen beschlossen. Gegen den Anschluß stimmen außer den fünf Berliner Delegierten nur Goshniz-Sannover und Bücker-Solingen.

Der Uebertritt soll bis spätestens 1. Oktober erfolgt sein. Die Beamten werden vom Metallarbeiterverband übernommen. Eine Kommission, bestehend aus Weidner, Streicher und Siewert-Berlin vom Zentralvorstand, Hölzerbach und Schleich von der Kontrollkommission, dem Vertreter der Berliner Filiale, Thurow-Berlin und den Gauleitern soll demnächst mit dem Vorstand des Metallarbeiterverbandes in seinem Zentralbureau in Stuttgart zusammenzutreten, um die Uebertrittsbedingungen endgültig zu regeln. Bis zum Uebertritt behält der bisherige Vorstand seine Funktionen weiter.

Nachdem noch als Delegierter zum Internationalen Arbeiterkongress in Stuttgart Weidner gewählt ist, schloß dieser mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung die Generalversammlung.

### Soziales.

(Siehe auch 1. Beilage.)

#### Som Glend der Wanderarbeiter.

Am Mittwoch irrte auf dem Alexanderplatz ein Trupp von Männern, Frauen und jugendlichen Personen ratlos umher. Die Leute sahen abgeradert und in ihrem äußeren sehr herabgekommen aus. Die Fremdlinge erregten Aufsehen beim Publikum, konnten sich aber mit niemand verständigen, denn keiner von ihnen sprach deutsch. Da kam zufällig ein in Berlin anlässiger Ungar des Weges. Er sah, daß die Fremdlinge Landsleute von ihm waren, redete sie in ihrer Muttersprache an und fragte sie, woher und wohin. Es stellte sich heraus, daß die Fremden ungarische Wanderarbeiter sind. Sie erzählten dem Landsmann, den ihnen ein glücklicher Zufall in den Weg geführt hatte, ihre Leidensgeschichte. In ihrer Heimat waren sie durch einen Agenten angeworben als Arbeiter und Arbeiterinnen für die Ziegelei eines Herrn Paul Liege in Polenzwerder, Kreis Oberbarnim. Anfang März traten sie die Arbeit an. Täglich hatten sie, einige 30 Personen, ein Arbeitsquantum von 3000 Steinen zu liefern. An Lohn erhielten die Männer pro Tag 1,80 M., Frauen, Mädchen und Waisen 1,20 M. Dazu wöchentlich für jeden Arbeiter 3/4 Liter Roggenmehl, 12 Pfund Kartoffeln, 9 Pfund Brot, 1 1/2 Pfund Wehl, 1 Pfund Erbsen, 1 Pfund Reis, 1 1/2 Pfund Fleisch, 1 Pfund Schmalz, 1/2 Pfund Salz. Unter diesen Bedingungen arbeiteten die Ungarn auf der Ziegelei des Herrn Liege bis zum 10. Juni. So lange sie gutes Arbeitsmaterial hatten, lieferten sie das geforderte Quantum, ohne zu murren. Nun aber sollten die Leute, nachdem sie monatelang in Lohn beschäftigt waren, in Afford arbeiten. Weßhalb, das sollte ihnen bald klar werden. Es kam nämlich jetzt ein besonders schlechtes Material zur Verarbeitung. Infolgedessen zerbrachen die an der Maschine geforneten Steine zum großen Teil, und deshalb war es den Arbeitern trotz aller Mühe und Anstrengung nicht möglich, mehr als 5000 Steine pro Tag fertigzustellen. Im Afford wurde das Tausend den Männern mit 8 Pf., den Frauen und Jugendlichen mit 6 Pf. bezahlt. Die Männer hatten also einen Tagesverdienst von 40 Pf., die Frauen und Jugendlichen einen solchen von 30 Pf. Das war selbst den anspruchlosen ungarischen Wanderarbeitern zu wenig. Auf ihre Vorstellung erhielten sie noch für eine Woche den ausgemachten Lohn bezahlt. Vom Montag, den 17. Juni ab, sollte dagegen unter allen Umständen in Afford gearbeitet werden und zwar unter den angegebenen unglücklichen Verhältnissen. Nun rief den Arbeitern die Geduld. Es erschien ihnen denn doch als eine gar zu starke Zumutung, daß sie sich den ganzen Sommer hindurch — ihr Kontrakt lautete bis Ende Oktober — für Tagelöhne von dreißig bis vierzig Pfennig schinden und plagen sollten. Kurz entschlossen packten sie ihre geringen Habseligkeiten zusammen, schüttelten das Loch des Ziegeleibestrichers ab und fuhren nach Berlin.

Aber was nun anfangen? Einem elenden Arbeitsverhältnis waren die Vermissten entronnen. Nun standen sie mittellos vor dem Nichts. Von den bisher verdienten Löhnen hatte der Ziegeleibestricher jedem einzelnen 80 Mark als Kautions einbehalten. Mit leeren Händen standen die Leute in Berlin auf dem Alexanderplatz und schauten sich ratlos um. Der Mann, der sich seiner Landsleute angenommen hatte, führte sie zum Rechtsanwalt Liebnicht, der sich bereit erklärte, die Rechtsansprüche der Arbeiter dem Ziegeleibestricher gegenüber gerichtlich zu vertreten und die erforderlichen Schritte so gleich einzuleiten.

Günstiglich des weiteren Schicksals der ungarischen Arbeitertruppe wachte der hülfreiche Landsmann derselben auch keinen anderen Rat, als daß er sie der Obhut der Polizei übergab, welche die Mittellosen wahrscheinlich per Schub an die Grenze bringen wird. Hoffentlich werden die Leute, durch Schaden klug geworden, sich nicht wieder in ein derartiges Arbeitsverhältnis locken lassen.

### Gewerkschaftliches.

#### Gewerkschaftsumzüge ohne — Staatsgefährdung.

Ein großes Licht auf die Zustände in Preußen wirft schon allein die Tatsache, daß es als ein Ereignis registriert werden kann, wenn Arbeitern irgendwo gestattet worden ist, einen Festzug zu veranstalten. Und heute können wir gleich drei solcher Ereignisse mitteilen und zwar alle drei aus — Brandenburg.

Eine schöne Feier begingen die Gewerkschaften in Landsberg a. B. am Sonntag, den 16. Juni. Zum ersten Male war auch ihnen das Recht eingeräumt, was Krieger- und sonstigen Klimbimbvereinen als selbstverständlich gestattet ist, einen Umzug zu veranstalten. Und so marschierten denn unter den Klängen zweier Musikkapellen über 2000 organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen in langem Zuge und nach Verufen getrennt durch die Stadt. Besondere Gruppen bildeten in dem Zuge der Turnverein und der Arbeiter-Gesangverein. Lebhaftes Interesse rief auch die Gruppe der Textilarbeiterinnen hervor. — Der Umzug hat großes Aufsehen erregt, in bürgerlichen Kreisen wußte man doch bislang nicht, wie stark organisiert die Landsberger Arbeiter sind.

Die Gewerkschaften von Sommerfeld und von Schwiebus konnten am Sonntag, den 16. Juni, zum ersten Male bei ihren Gewerkschaftsfesten einen Umzug veranstalten. Mit Ruffit und fliegenden Fahnen zogen die Gewerkschaften der beiden Städte im geschlossenen Zuge durch die Straßen. Während in Sommerfeld an 1100 Personen an dem Zuge teilnahmen, waren es in dem kleineren Schwiebus etwa 300.

In Schwiebus kam die Zusammengehörigkeit der Gewerkschaften und der Partei in dem Jubel zum Ausdruck, mit dem die Festrede des Kandidaten des Kreises, Genossen Grauer-Vichtenberg, aufgenommen wurde. In Sommerfeld feierte Genosse Hund die Arbeiter-solidarität und den Fortschritt der Gewerkschaftsbewegung.

Zur Beruhigung ängstlicher Gemüter sei noch mitgeteilt, daß die drei Städte, in denen sich am Sonntag so Furchtbares ereignet, noch auf derselben Stelle stehen.

#### Berlin und Umgegend.

##### Friede im Dachdeckergerwerbe.

Gestern nachmittag fand zwischen den Vertretern beider Parteien vor dem Gewerbegericht, unter dem Vorsitz des Magistratsrat Dr. Leo, eine unverbändliche Aussprache über die durch den Fall May von neuem ausgebrochenen Differenzen im Dachdeckergerwerbe statt. Die Tatsache, daß May ohne Bevollmächtigung seines Arbeitgeberverbandes die Vereinbarungen getroffen habe, wurde von beiden Seiten zugegeben, die Gehülfen konnten aber mit Recht ihren guten Glauben an die Bevollmächtigung des Herrn May nachweisen. In längerer Debatte über die Frage, welcher Tarif nun gültig sein sollte, bestanden die Arbeitgeber zunächst auf ihrem Standpunkt, die Vereinbarungen May nicht anzuerkennen, sondern nur auf Grund ihres letzten Generalversammlungsbeschlusses einen Tarif abschließen zu wollen. Nachdem die Gesellen wiederholt erklärt hatten, sie halten an den May'schen Abmachungen fest, zogen sich die Arbeitgeber zu einer internen Aussprache zurück und erklärten sich darauf bereit, mit einigen Abänderungen die May'schen Abmachungen im Namen des Arbeitgeberverbandes anzuerkennen. Folgendes Abkommen wurde von beiden Seiten auf dem Gewerbegericht unterzeichnet:

Die Erschienenen sind einverstanden, daß der Tarif für das Dachdeckergerwerbe Berlin, wie er von Herrn Karl May mit der Tarifkommission der Arbeitnehmer vereinbart ist, mit der Maßgabe in Kraft tritt, daß der erhöhte Stundenlohn vom 21. d. M. gezahlt wird,

daß der § 2 des Tarifes die im Falle verzögerter Lohnzahlung eintretende Verzögerung nicht als Ueberstunden, sondern als Arbeitsstunden berechnet werden und

daß die Gesellen erst dann ihre Arbeitsstätten verlassen und sich den Lohn vom Arbeitgeber abholen sollen, wenn es nach Lage der Sache sichersteht, daß ihnen der Lohn nicht nach der Arbeitsstätte gebracht wird.

Die Erschienenen sind schließlich darüber einig, daß der Zustand sofort als beendigt gelten soll und daß die Unterzeichnung des neuen Tarifvertrages den Arbeitgebern und Arbeitnehmern als notwendige Formalität an einem der nächsten Tage erfolgen soll.

Schließlich sind die Erschienenen darüber einig, daß bestehende Abmachungen zu Voraussetzungen haben, daß keinerlei Maßregelungen stattfinden dürfen, weder von Arbeitnehmern zu Arbeitgebern, noch von Arbeitgebern zu Arbeitnehmern.

**Achtung, Metallarbeiter!** Bei der Firma Flohr, Chausseestraße, haben die Schlosser und Bohrer wegen Abzüge die Arbeit niedergelegt. Wir ersuchen die Kollegen, den Betrieb zu meiden. Die Firma Flohr ist für Schlosser und Bohrer bis auf weiteres gesperrt. Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

**Lohnbewegung der Marmor-Steinmehnen und -Schleifer.** Der Tarifvertrag der Marmor-Steinmehnen und -Schleifer läuft am 1. September d. J. ab. Die neuen Tarifvorschlüge sollen, wie der Vorsitzende Hünigemaß am Mittwoch in einer Mitglieder-versammlung der Filiale Berlin II des Steinarbeiterverbandes ausführte, den Unternehmern in den nächsten Tagen vorgelegt werden. Verlangt wird Einführung des achtstündigen Arbeitstages und 85 Pf. Stundenlohn für die Steinmehnen, 70 Pf. für die Schleifer. Im übrigen werden einschneidende Änderungen des Tarifvertrages nicht verlangt. — Die Diskussion zeigte, daß die Berufsgenossen einmütig hinter diesen Forderungen stehen. Es wurde noch darauf hingewiesen, daß die sanitären Verhältnisse in manchen Betrieben viel zu wünschen übrig lassen, daß aber Verbesserungen nur möglich sind, wenn in den einzelnen Betrieben die Arbeiter selbst dafür eintreten.

#### Deutsches Reich.

**Keine außerordentliche Generalversammlung.** Der Vorstand des Zentralverbandes der Schneider macht seinen Mitgliedern folgendes bekannt: Zu dem Antrag Braunschwieg, Mannheim und München auf Einberufung einer außerordentlichen Verbandstages haben 84 Filialen Stellung genommen, davon haben sich 26 dafür und 58 dagegen erklärt. Nach § 26 des Verbandsstatuts haben Vorstand und Ausschuss die Pflicht, einen außerordentlichen Verbandstag einzuberufen, wenn der dritte Teil der Mitgliedschaften sich dafür erklärt bezw. wenn dies vom dritten Teil der Mitgliedschaften beantragt wird. Da die genügende Zahl der Filialen sich also nicht für einen außerordentlichen Verbandstag ausgesprochen hat, wird ein solcher auch nicht einberufen.

An die Klassenbewußten Handlungsgehülfen aller Länder! Hiermit berufen wir die zweite internationale Konferenz für die auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Handlungsgehülfen-Organisationen zum Mittwoch, 21. August 1907, nachmittags 1 Uhr nach Stuttgart (Deutschland) in das Restaurant „Vaubünte“, Büchsenstr. 53. Tagesordnung: 1. Bericht der Internationalen Auskunftsstelle (Z. A. S.). 2. Vereinigung mit der Föderation Internationale des Employés, Sit. Gent (Belgien). 3. „Sozialreform oder Selbsthilfe?“ Referat und Diskussion. Die der internationalen Auskunftsstelle (Z. A. S.) angeschlossenen Organisationen werden ersucht, Delegierte zu wählen und Anträge für die Tagesordnung der Konferenz bis zum 15. Juli 1907 an den Unterzeichneten einzuschicken. Die Anträge werden dann im „Handlungsgehülfen-Blatt“ veröffentlicht.

Die der Z. A. S. noch nicht angeschlossenen Organisationen werden ersucht, sich unerbittlich anzuschließen. Informationsmaterial kann vom Unterzeichneten bezogen werden. Auch die nicht angeschlossenen Organisationen werden eingeladen, Delegierte nach Stuttgart zu senden, welche an den Verhandlungen mit beratender Stimme teilnehmen können.

Die gewählten Delegierten sind bis zum 1. August beim Unterzeichneten anzumelden.

Mit brüderlichem Gruß  
Zentralverband der Handlungsgehülfen und Gehülfinnen Deutschlands (Sitz Hamburg).

Max Josephsohn, Hamburg 1, Besenbinderhof 57.

Die Metallarbeiter der Waggonfabrik (Firma Robeus) in Bismarck sehen seit dem 22. April im Streik, die übrigen Arbeiter sind ausgesperrt worden. Am 25. Mai machte die Direktion das Angebot, es solle die Arbeit wieder aufgenommen werden, und würde dann sofort eine Regulierung der Affordpreise erfolgen. Von den besten Affordpreisen sollten keine Abzüge gemacht werden, während für die schlecht bezahlten Sachen keine Zulagen zugestanden werden sollten. Da derartige Angebote schon häufig dazu geführt haben, daß statt der versprochenen Regulierung neue Abzüge erfolgen, sobald die Arbeit wieder aufgenommen ist, gebrauchten die Streikenden die Vorsicht, eine bedingte Wiederaufnahme der Arbeit zu beschließen. Diese Vorsicht hat sich denn auch als sehr notwendig erwiesen. Es wurden tatsächlich neue Abzüge gemacht. Natürlich erfolgte nun eine neue Arbeitsniederlegung. Zurzeit nun stehen die Dinge so, daß eine Anzahl Holzarbeiter, Hilfsarbeiter und Hofsarbeiter beschäftigt werden, die natürlich die Arbeit der streikenden Metallarbeiter nicht ersetzen können. In den Streik getreten sind 22 Metallarbeiter, als Arbeitswillige sind jetzt 13 Mann im Betriebe. Die Firma bemüht sich nun, Arbeitswillige heranzuziehen, aber, wie diese Zahlen zeigen, ohne jeden Erfolg. Es soll nun seitens der Firma der Versuch gemacht werden, die Aufträge an andere Firmen zu überweisen. Daher ersuche ich die Ortsverwaltungen besonders in solchen Orten, wo Waggonfabriken sind, ein aufmerksames Beobachten, und zwar ein ständiges, der in Betracht kommenden Betriebe veranlassen zu wollen. Unsere Vertrauensleute müssen dahin unterrichtet werden, daß sie jedes Vorkommnis, welches Bezug auf den Streik in Bismarck haben kann, umgehend melden, und die Ortsverwaltungen bitte ich, alle solche Sachen sofort an meine Adresse weiter zu melden, damit zunächst die Feststellung möglich ist, ob es sich um Streikarbeit handelt.

Stettin, 18. Juni 1907. Der Bezirksleiter.  
G. Rohrlaß, Turnerstraße 77, Telefon Nr. 8717.

**Gelbe Bierbrauer.** Der Umstand, daß die bisher gegründeten gelben Vereine in Augsburg auf Kosten der Unternehmer hin und wieder Freibier bekommen, hat nun auch eine Anzahl demokratisierter Brauereiarbeiter dort veranlaßt, einen gelben Verein zu gründen. Mit dem ersten Freibierabend waren diese Arbeiter, die übrigens nur für erhöhten Bierabfah von Bedeutung sind, sehr zufrieden.

### Letzte Nachrichten und Depeschen.

#### Nachwahlen für den Reichsrat.

**Wien, 20. Juni. (B. T. B.)** Bei den heute hier stattgehabten beiden Ergänzungswahlen zum Reichsrat im Rathausviertel und in dem Neubauviertel legten die Kandidaten der Christlichsozialen Partei, und zwar der ehemalige Minister Bittel und der Genossenschaftsleiter Papp.

#### Die Revolte der Weinbauern vor der Kammer.

**Paris, 20. Juni. (B. T. B.)** Deputiertenkammer. Abg. Narbonne (soz.-rad.) interpelliert die Regierung über die Ereignisse im Süden und bittet den Ministerpräsidenten, dem Haupte Aufkunft zu geben. Ministerpräsident Clemenceau erwidert, alle Maßnahmen, ausgenommen der gegen Marcellin Albert, seien zur Ausführung gelangt, ohne daß die Ruhe gefährdet worden sei. Gestern abend aber seien in Narbonne das Gebäude der Präfektur und in Montpellier das Gerichtsgebäude angegriffen und gegen die Angriffe verteidigt worden. Ich werde fortfahren, erklärt Clemenceau weiter, die öffentlichen Gebäude zu schützen, bis Sie mich verjaget. Ich habe den Truppen Anweisung erteilt, von der Waffe nur im Falle der äußersten Gefahr Gebrauch zu machen. Meine Pflicht war mir, wenn auch mein Herz blutete, klar vorgezeichnet, denn es handelte sich um die Einheit des Vaterlandes. Wenn die Agitatoren im Süden sähen, was sie getan haben, würden sie es bedauern. (Bewegung.) Glauben Sie, daß ich unter den gegenwärtigen Umständen wünsche, auf meinem Posten zu bleiben? (Unruhe.) Die Truppen, die die Präfektur von Narbonne schützten, sind, ich weiß nicht warum, mit Revolvergeschüssen empfangen worden. (Ruf: Rad.) ruft: Sie haben die Schiffe nicht erwidert: sie sind Helben. (Anhaltender allseitiger Beifall.) Clemenceau fährt fort: Das Schließen mit Revolvern wurde fortgesetzt; man sah Mannschaften fallen. An die Menge wurde von der Truppe zwei Aufforderungen gerichtet, den Platz zu räumen. Dann geschah, was geschehen mußte: Es gab einen Toten und etwa fünf Verwundete, darunter kleinen Schwerverletzten, und zwar hatten die Truppen mehr Verwundete als die Volksmenge. Etwas anderes weiß ich nicht über den Vorgang; die meisten Blätter bringen unzutreffende Nachrichten. Die Beamten konnten in Narbonne die Straßen nicht passieren und keine Informationen einziehen. Ähnliches hat sich in Montpellier ereignet. Gerichtliche beurteilte Personen befanden sich unter den Aufreihern; mehrere sind festgenommen worden. Fast alle in Montpellier verhafteten Personen sind junge Leute, die der antirepublikanischen Liga angehören. (Beifall links, Rärm rechts.) Clemenceau schließt: Ich werde morgen alles, was ich über die Lage weiß, sagen. Heute bin ich bereit zu zeigen, daß die Regierung im Interesse Frankreichs und der Republik gehandelt hat. (Beifall.) Das sind nicht Winger, sondern Apachen, die während der Nacht auf die beiden Städte und deren öffentliche Gebäude losgelassen wurden. Mögen die Republikaner über mich als einen Republikaner richten! Das Haus beschließt hierauf unter Händeausschlagen mit überwältigender Mehrheit, die sich aus der Linken und dem Zentrum zusammenschloß, die Interpellation auf morgen zu vertagen.

#### Die Situation im Süden.

**Narbonne, 20. Juni. (B. T. B.)** Heute nachmittag griff eine Volksmenge auf dem Rathausplatz mit Revolvergeschüssen einen Polizeibeamten namens Guillaume an. Guillaume wurde von Augen sichtlich durchlöchert, dann ins Wasser geworfen und schließlich fortgeschleppt, ob er noch lebt, ist nicht bekannt. Als nun ein Soldatenposten ersah, um die Angreifer zurückzutreiben, wurde er mit Revolvergeschüssen empfangen. Die Soldaten schossen nun auch ihrerseits. Es gab viele Verwundete, man spricht auch von Toten.

#### Schweres Auto-Unglück.

**Caserta, 20. Juni. (B. T. B.)** Ein Automobil, welches mit fünf Insassen aus Neapel ankam, stieß in der Nähe des Bahnhofs von Casanella gegen einen Felsen auf. Das Automobil wurde zertrümmert, die Reisenden wurden getötet.

#### Entgleister Arbeitszug.

**Rürnberg, 20. Juni. (B. T. B.)** Heute vormittag stürzten von einem Sandzug vier Wagen den Bahndamm hinunter. Ein Arbeiter geriet unter einen Wagen und war sofort tot, ein anderer ist leicht verletzt.

#### Neue Opfer der Blutherrschaft.

**Warschau, 20. Juni. (B. T. B.)** Die Polizei verhaftete das aus 20 Personen bestehende hiesige sozialdemokratische Bureau und beschlagnahmte aufrührerische Proklamationen.

Zum Kampf im Baugewerbe.

Die Situation

Schilderte Silber Schmidt am Mittwoch in der Versammlung des Maurerverbandes folgendermaßen: Vor dem Kampf waren in Berlin 17 000 Maurer einschließlich der in Fabriken usw. arbeitenden, aber ausschließlich der Putzer sowie der Gips- und Zementarbeiter, beschäftigt. Die Zahl der Bauhilfsarbeiter ist ungefähr ebenso groß, die der Zimmerer beträgt 6700. — Am Montag den 10. Juni arbeiteten 2323 Mitglieder des Maurerverbandes zu den neuen Bedingungen.

Die Feststellungen am Montag den 17. Juni ergaben folgendes Resultat:

Zu den neuen Bedingungen arbeiten:

Table with 2 columns: Category and Count. Includes Maurer vom Verband (2818), Zimmerer vom Verband (1800), Hilfsarbeiter vom Verband (3200).

Im Streik stehen:

Table with 2 columns: Category and Count. Includes Maurer vom Verband (4541), Zimmerer vom Verband (1503), Hilfsarbeiter vom Verband (4906).

Verträge für Maurer und Hilfsarbeiter sind 678, für Zimmerer 480 abgeschlossen. Unter den Arbeitgebern, welche die Forderungen durch Unterschrift anerkannt haben, befinden sich 23 Mitglieder des Verbandes der Baugeschäfte.

Von den streikenden Mitgliedern des Maurerverbandes haben sich 1640 zur Abreise abgemeldet, etwa 2000 sind ohne Abmeldung abgereist.

Der Redner erörterte die Frage: Welche Taktik haben wir einzuschlagen, wenn die Unternehmer die Bauten öffnen? — Vier Wochen währt jetzt der Kampf, davon kommen die ersten vier Tage auf die Aussperrung. Durch die Aussperrung wollten die Unternehmer erreichen, daß wir einen Vertrag zu den Bedingungen des vom Einigungsamt gefällten Schiedsspruches abschließen und, wenn der Kampf günstig für die Unternehmer verlief, dann würden sie noch weitergehende Wünsche bezüglich einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen durchzusetzen versuchen. Die Niederzwingung der Arbeiterorganisationen sollte erreicht werden erstens dadurch, daß große Massen arbeitslos gemacht und dadurch die Kräfte ihrer Organisationen gesprengt würden, zweitens dadurch, daß das Mörkelsyndikat den Betrieb einstellte und so verhindert wurde, daß auf den Bauten, die bewilligten, gearbeitet werden konnte. Beides ist den Unternehmern sehr gelungen. Weder die allgemeine Aussperrung noch die Mörkelsperre konnten sie durchführen. Somit sind den Unternehmern diese ihre hauptsächlichsten Waffen entfallen. Wir aber können mit diesem Stande der Dinge zufrieden sein.

Nun sollen nach dem Beschluß der Unternehmer am 1. Juli die Bauten geöffnet werden. Die Unternehmer haben die Aenderung ihrer Taktik damit begründet, daß die Arbeiter von der Abwehr zum Angriff übergegangen sind. Wieser hatten sie mit nicht geringem Geschick alle Momente benutzt, um in der Öffentlichkeit Stimmung für sich zu machen und es so hinzustellen, als ob ihnen die Situation äußerst günstig sei. Nachrichten wurden verbreitet, worin gesagt wurde, der Kampf sei für die Arbeiter bereits verloren, den Unternehmern sei der Sieg sicher. Diese Verbreitung von verführten Siegesversicherungen erinnert an die Vorkühlorbeeren, die Graf Waldersee beim Beginn des Chinasfeldzuges einheimste. Durch solche Nachrichten soll die Stimmung der Arbeiter beeinflusst werden, man will dadurch solche Leute nach Berlin locken, die sich durch die Berliner Löhne anziehen lassen, und deshalb sind unternehmerfreundliche Zeitungskorrespondenten bemüht, die Situation so zu schildern, als ob der Kampf bereits so gut wie zu Ende sei. Alle derartigen Mitteilungen stehen aber mit den Tatsachen in schroffem Widerspruch.

Die Unternehmer suchen bereits seit Wochen Arbeitswillige in Berlin und auswärts. Sie treffen bereits Vorbereitungen, um die Bauten am 1. Juli zu öffnen und haben diesen Beschluß längst bekannt gegeben. Durch diese Taktik soll offenbar den Arbeitern Angst gemacht werden, um sie zu einem bedingungslosen Friedensschluß zu bewegen. — Wenn hier und da mal ein Unternehmer zu einem Streikenden sagt, es werde bald Frieden geschlossen werden, dann darf man sich durch solche gelegentlichen Äußerungen nicht irren lassen. Wenn die Unternehmer jetzt von Frieden reden, so denken sie nicht daran, unsere Forderungen zu bewilligen. Nach all den Vorbereitungen, die sie für den Kampf getroffen haben, nach der entschiedenen Verweigerung einer Verkürzung der Arbeitszeit würden sich ja die Unternehmer vor der Öffentlichkeit blamieren, sie jetzt schon nachzugeben wollten.

Die Arbeiter aber lassen die Forderung: Verkürzung der Arbeitszeit nicht fallen. Kein Führer der beteiligten Organisationen kann und wird den Arbeitern raten, von der Verkürzung der Arbeitszeit abzugeben. In dieser Hinsicht herrscht vollkommene Uebereinstimmung.

Angeht es dieser Sachlage können die Unternehmer gar nicht anders als, nachdem ihr erster Schlagler mißlungen ist, mit dem zweiten Schlagler anrücken. Sie müssen den Versuch machen, Arbeitswillige als Ersatz für die Streikenden heranzuziehen. Die Unternehmer sind in eine Sackgasse geraten und müssen nun wenigstens versuchen, der Welt zu zeigen, daß sie den Kampf so führen, wie sie angegeben haben. — Es ist ausgeschlossen, daß in dem jetzigen Stadium des Kampfes ein Friedensschluß erwartet werden kann, denn die Unternehmer haben sich auf die Abschaffung einer Arbeitszeitverkürzung festgelegt und die Arbeiter werden ohne Verkürzung der Arbeitszeit den Kampf nicht beenden.

Es entsteht nun die Frage, ob die Unternehmer mit ihrem zweiten Schlagler Erfolg haben können? Mit den Arbeitswilligen, die aus allen Winkeln Deutschlands und des Auslandes zusammengeführt werden, sowie mit den Affordmännern und anderen Elementen, die in Berlin den Unternehmern zur Verfügung stehen, kann weder die Qualität noch die Quantität der in Berlin zu leistenden Arbeit bewältigt werden. Nur sehr selten ist ein Maurer von auswärts imstande, den Anforderungen zu genügen, die in Berlin an Menge und Güte der

Arbeit gestellt werden. — Für 12 000 Maurer müßten die Unternehmer Ersatz schaffen. Höchstens 3000 Arbeitswillige werden sie finden. Das sind nach der Kopfzahl erst 25 Proz., nach den Leistungen aber höchstens 15 Proz. Der erforderlichen Arbeitskräfte. Wenn die Unternehmer für diese 3000 Mann eine Woche den Lohn bezahlen und sich dann deren Leistung betrachten, dann könnte man wünschen, sie hätten recht lange mit diesen Leuten zu tun, damit sie die Arbeitskraft der Berliner Maurer schätzen lernen. Gewisse Arbeiterkategorien, wie die Putzer, sind überhaupt nicht zu ersetzen und wenn die Unternehmer drei Monate lang danach suchen, davon bekommen sie nicht einmal 25 Proz.

Die Betrachtung der Situation zeigt, daß der Kampf noch lange dauert. Wenn am 1. Juli die Bauten geöffnet werden, so können vier bis fünf Wochen vergehen, ehe die Unternehmer einsehen, daß auch dieser Schlagler wirkungslos bleibt. Aber auch nach dieser Zeit muß damit gerechnet werden, daß die Unternehmer vielleicht noch andere Mittel anwenden, um den gewünschten Erfolg zu erreichen. Wir haben uns also in einem langen, hartnäckigen Kampfe zu wehren und müssen zeigen, daß wir uns nicht niederringen lassen. Für uns gibt es keinen Frieden, ehe uns nicht die Verkürzung der Arbeitszeit zugestanden wird.

Der Stand der Bewegung ist sehr günstig, die Haltung der Streikenden gut, die Arbeitswilligen nach Zahl und Leistung so gering, daß sie keinen Einfluß auf die Situation ausüben. Ein Teil der Arbeitgeber hat auch schon Bedenken, ob die Taktik ihres Verbandes die richtige ist. Sie denken mit Besorgnis an 1899. Als damals der Streik beendet und Frieden geschlossen war, konnten die Unternehmer nicht so viele Maurer bekommen, als sie brauchten, denn von denen, die während des Streiks Berlin verlassen hatten, kam ein großer Teil nicht wieder. Das kann auch nach diesem Kampfe eintreten. — Die Berliner Bauhandwerker können und werden diesen Kampf aushalten, so lange es notwendig ist. Unsere Mittel reichen aus für einen Kampf von langer Dauer. Nach Ansicht der Streikleitung ist die Situation so günstig, daß wir alle Maßnahmen der Unternehmer ruhig an uns heran kommen lassen können.

Die Abschlüsse von Verträgen erfolgen jetzt nur noch in geringerer Zahl. Das ist natürlich. Wer betwilligen wollte, hat es getan, wer fest zum Verband der Baugeschäfte steht, bewilligt jetzt noch nicht. Es hat sich also bei den Unternehmern die Scheidung nach diesen beiden Richtungen vollzogen. Neue Verträge sollen von jetzt ab nicht mehr durch die Kontrollstellen, sondern nur noch durch die Zentralleitung abgeschlossen werden. — An eine Abmilderung des Kampfes ist nicht zu denken, er wird mit gleicher Energie wie bisher fortgeführt, bis der Sieg unser ist.

Die Diskussionsredner stimmten dem Referenten bei. Fast alle Redner berichteten über Belästigungen der Streikposten durch Polizeibeamte. In manchen Bezirken wird den Streikenden der Aufenthalt in ganzen Straßen und Stadtbezirken verboten und so das Streikpostensetzen geradezu unmöglich gemacht.

Einmütig nahm die Versammlung einen Antrag der Streikleitung an, welcher besagt: Von der fünften Streikwoche an erhalten die verheirateten Streikenden, sowohl die in Berlin wie die auswärts wohnenden, einen wöchentlichen Mietszuschuß von 2,50 M. Diejenigen verheirateten Kollegen, welche in Berlin wohnen, während des Kampfes aber auswärts Arbeit genommen haben, erhalten wöchentlich 5 M. Mietszuschuß.

Da sind sie schon!

Wie wir vorauslagten, so stimmt es. Schon jetzt lanciert man die Mitteilung in die Presse, als hätten sich bereits genügend Arbeitswillige gemeldet: der „Bürsa-Courier“ (!) schreibt:

Nach Angaben aus Arbeitgeberkreisen sollen sich schon eine genügende Zahl von Arbeitern zur Wiederaufnahme der ruhenden Bauarbeit am 1. u. 2. M. bei den Arbeitgebern des Baugewerbes und in den Büreaus gemeldet haben, so daß die Wiederaufnahme nicht mehr zweifelhaft erscheint.

Na wenn sich schon genügend gemeldet haben, sind ja weitere Meldungen zwecklos. Glaubt man denn wirklich, mit solchen auf der Hand liegenden Schwindelnachrichten Eindruck zu machen? Köstlich ist das Eingeständnis, daß man selbst daran zweifelt, daß die Wiederaufnahme der Arbeit am 1. Juli würde erfolgen können.

Vertauschte Rollen.

Wochens, 19. Juni. (Fig. Ver.)

Vor der Strafkammer II hier spielt heute und folgende Tage ein Prozeß, bei dem wieder einmal die liebe Polizei auf die Anklagebank gesetzt hätte, anstatt in der Rolle des Anklägers aufzutreten. Die Sache ist um so interessanter für die Öffentlichkeit, als es sich um eine Polizeiverwaltung aus dem fromm-katholischen Münsterlande, nämlich aus der Stadt Medlinghausen handelt. Das Vorfälle ist kurz folgendes: Der Vergemann Wilhelm Kläcker in Medlinghausen, der Vertrauensmann der dortigen Zahlstelle des Bergarbeiterverbandes, hatte am 6. Mai 1906 eine Versammlung der Mitglieder der dortigen Zahlstelle nach einem Privatlokale einberufen. Bei den Wirten war ein Lokal nicht zu haben.

Als nach Eröffnung der Versammlung der Referent Horn das Wort erhielt, erklärte der überwachende Polizeikommissar Johann die Versammlung für aufgelöst. Als Kläcker die Angabe des Grundes verweigert wurde, entfuhr ihm das Wort: „Das ist doch eine Niedertracht!“ Deswegen hat der Herr Polizeikommissar Strafantrag gestellt, und das Schöffengericht in Medlinghausen hat Kläcker für die „Niedertracht“ eine Woche Gefängnis zubüßt. Kläcker protestierte dagegen, daß er den Polizeikommissar persönlich habe treffen wollen, er habe vielmehr das in Medlinghausen herrschende System gemeint. Die Strafkammer als Berufungsinstanz setzte deshalb die Verhandlung aus, um dem Angeklagten Gelegenheit zu geben, den Beweis der Wahrheit dafür zu erbringen, daß die Medlinghauser Polizei die Verhöhnung des Bergarbeiterverbandes und der sozialdemokratischen Partei systematisch durch Auflösung ihrer Versammlungen betreibt. Um diese Verhöhnung handelt es sich heute. Ein Abgesandter der Regierung, Bezirkskommissar Krohn, wohnte der Verhandlung bei.

Der Angeklagte Kläcker stellt in seiner Vernehmung die Sache wie oben dar und bemerkt weiter noch, daß ihn Polizeiwachmeister Gompesch einmal gelegentlich einer Flugblattverbreitung mit zur Wache genommen und ihn auf der Wache, als er sich über die ihm widerfahrene Behandlung beschwert, mit den Worten bedroht habe: „Warte, Bürschchen! Hier bist Du auf der Polizeiwache. Wenn Du Dich nicht ruhig verhältst, dann gehen wir mal in ein Zimmer allein.“

Polizeikommissar Johann (als Nebenkläger zugelassen) erklärt unter Eid als Zeuge, er habe ohne jede Veranlassung seiner vorgelegten Behörde die Auflösung vorgenommen. Er bestreitet, gesagt zu haben, die Auflösung sei „von oben“ angeordnet. Das Lokal, das zur Versammlung habe dienen sollen, sei „noch nie benutzt“ gewesen, weil es noch nicht hauptpolizeilich abgenommen war. Der Zeuge will auf Vorhalte des Rechtsanwalts Heine-Berlin, der dem Angeklagten als Ver-

teidiger zur Seite steht, zunächst überhaupt nicht antworten, muß sich dann aber belehren lassen, daß er dazu verpflichtet ist.

Durch Vorhalte wird festgestellt, daß das fragliche vierstöckige Haus bis oben hin bewohnt war. Unten soll es häufig gewohnt gewesen sein wegen zu schwacher Träger! Der Zustand bestand seit 5 Jahren!

Rechtsanwalt Heine: Diese schwache Trägerkonstruktion ist doch erst nach der Auflösung entdeckt. Wie erklären Sie das?

Zeuge erklärt, es sei das Gebäude der Baupolizei. Auf wiederholte Vorhalte erklärt Polizeikommissar Johann nochmals: „Jemand eine Anweisung seitens meiner vorgelegten Behörde dahin, daß die Versammlungen der Sozialdemokraten anders zu behandeln seien, wie die der christlichen Gewerkschaften, ist nicht erfolgt. Ich habe vollständig aus eigener Initiative gehandelt. Daß gegen die Sozialdemokraten scharf vorgegangen wird, wenn sie nicht geistlich handeln, liegt in der Natur der Sache, das wird jeder Polizeibeamte so machen.“ Die Auflösung habe er vorgenommen, weil er besorgte, daß das Haus zusammenstürzen könne bei einer Versammlung vieler Menschen!

Vergemann Martin bekundet, daß ihm gelegentlich einer plötzlichen Entlassung von der Zeuge sein Steiger gesagt habe, die Polizei wäre beim Betriebsführer gewesen und habe die Entlassung des Zeugen gefordert! — Der Steiger soll geladen werden.

Der Verbandsbeamte Horn gibt aus seiner Erfahrung an einer anderen Versammlung, die er in R. abhalten sollte, bekannt, daß ihm der überwachende Beamte, nachdem er dieser auf die ungerechtfertigte Auflösung aufmerksam gemacht, geantwortet habe, er könne nicht anders und müsse so verfahren, wie ihm befohlen sei.

Verbandsvorsitzender Sasse: Es kommen fortwährend Vergelente mit dem Vermerken, sie müßten aus dem Verbands aussteigen, sonst würden sie ausgewiesen. Auch dann, wenn sie in den christlichen Verband übertreten wollen, sei den Leuten nach ihren Angaben in Aussicht gestellt, daß sie nicht ausgewiesen würden. Das System herrsche im ganzen Bezirk, denn auch aus Buer Gladbeck usw. sind dem Zeugen solche Fälle bekannt. Es sind selbst Fälle bekannt, wo unter derselben Androhung Leute aus dem Koniumverein hinausgedrängt sind. Dem Zeugen ist vor 14 Tagen wieder eine „Versammlung“ in Medlinghausen aufgelöst worden, obwohl es sich dabei lediglich um die zu einer Besprechung eingeladenen Vertrauensleute gehandelt hat.

Der Betriebsführer Nieper bekundet, daß die Polizei wohl mal sage, er möge diesen oder jenen Arbeiter „beobachten“ lassen, sonst aber kann sich Zeuge nicht erinnern, daß die Polizei auch die Entlassung gefordert habe. Der Betriebsführer hat dann dem Steiger Mitteilung gemacht, sich aber im übrigen „nichts dabei gedacht“, was wohl die Polizei mit dem Beobachten gemeint habe.

Erster Bürgermeister Heuser gibt als Grund der Versammlungsauflösung die Bauqualität des Hauses an. Ein äußerst interessantes Kreuzverhör durch den Rechtsanwalt Heine bringt den Bürgermeister dazu, aus den Akten festzustellen, daß der Zeuge des fraglichen Hauses von September 1902 (?) bis August 1903 (?) mehrere Male zur Abstellung der Mängel aufgefordert ist. Dann hören diese Mahnungen auf. — Aus den Akten wird aber weiter noch festgestellt, daß sich in dem angeblich kaufälligen Parterreraum des bis zur vierten Etage bewohnten Hauses eine Schreinerwerkstatt befunden hat. 1905 sind neue Anweisungen ergangen, die sich aber, wie die Vernehmungsaufnahme weiter ergibt, auf Kleinigkeiten erstreckten und bis Mai 1906 längst befolgt waren.

Durch eine Auseinandersetzung zwischen Rechtsanwalt Heine und dem Bürgermeister Heuser wird ferner festgestellt, daß die Medlinghauser Polizeiverwaltung den Bergarbeiterverband nicht als Verein ansieht, weil er sich weigere, seine Mitgliederliste einzureichen. Die Versammlungen würden daher sämtlich als „öffentliche“ behandelt. Der „christliche“ Verband, der Mitgliederliste und Statuten eingereicht, wird dagegen als Verein behandelt und ihm nichts in den Weg gelegt.

Auf die weitere Frage Heines, ob der Bürgermeister die Auflösung der Versammlung am 6. Mai angeordnet habe, erklärt dieser: „Ja, die Anordnung habe ich getroffen.“ (Große Bewegung.) — (Polizeikommissar Johann erklärte unter Eid auf wiederholten Vorhalt das Gegenteil! Siehe oben.)

Rechtsanwalt Heine: Wie kommt es, daß man in dem angeblich kaufälligen Hause erst die Leute zusammenkommen läßt und dann die Versammlung auflöst?

Bürgermeister Heuser: Die Polizei ist zur Ausstellung der Anmeldebekanntmachung verpflichtet.

Rechtsanwalt Heine: Wenn nun aber der angeblich befürchtete Einsturz erfolgt wäre, bevor die Auflösung ausgesprochen wurde? Wen traf dann die Verantwortung? Weshalb wurde der Zeuge nicht unter Androhung von Strafe aufgefordert, bis zu einem bestimmten Zeitpunkt die Mängel zu beseitigen?

Zeuge zuckt die Achsel und — schweigt!

Rechtsanwalt Heine: Dürfen denn bei Ihnen in einem kaufälligen Hause Schreinerwerkstätten, in denen doch Leute beschäftigt sind, bestehen?

Zeuge — schweigt!

Auf eine weitere Frage des Angeklagten, ob der Zeuge denn nicht bekannt gewesen sei, daß in einem anderen Parterreraum des kaufälligen Hauses eine Möbelwerkstatt etabliert gewesen sei, in der das Publikum ein- und ausging, entgegnet der Zeuge, daß ihm davon nichts bekannt sei.

Baurat Kogark: Der Bau sei nicht abgenommen, weil die Träger zu schwach gewesen!

Rechtsanwalt Heine: Und trotzdem hat das Haus bis zum vierten Stock fünf Jahre lang bewohnt werden können?

Der Baurat gibt zu, daß er eine Beschäftigung des Hauses mit dem Polizeikommissar Johann vorgenommen habe, ob aber diese Beschäftigung vor oder nach dem 6. Mai gewesen ist, weiß er nicht! Zeuge gibt auf Vorhalt ferner zu, daß die Einrichtung der Schreinerwerkstatt vorchriftswidrig sei, er habe aber nichts davon gewußt. Der derzeitige Dezernent sei der Bauassistent Jarowski gewesen.

Rechtsanwalt Heine: Ich konstatiere, daß über den vorchriftswidrigen Weg der Räume nichts in den Akten steht. Kennt denn die Sicherheitspolizei den Zustand solcher kaufälligen Gebäude nicht?

Zeuge — schweigt!

Hauseigentümer Sanders: Der Baurat habe ihm erklärt, daß anonyme Briefe bei der Polizei eingelaufen seien. Erst nachdem das Lokal an die freien Gewerkschaften vermietet war, sei ihm die Mitteilung geworden, daß es auf zu schwachen Trägern stehe! Seit 1903 sei er Besitzer des Hauses.

Rechtsanwalt Heine: Dann will ich feststellen, daß man den vorchriftswidrigen Zustand so lange geduldet hat, als es sich um gleichgültige Leute handelte. Erst als die freien Gewerkschaften das Lokal gemietet hatten, erinnerte man sich der Mängel.

Polizeinspektor Stöber will keine Schläne gegen Sozialdemokraten und Bergarbeiterverbandsangehöriger geißeln haben, will auch dem Wirt Kluden gegenüber nicht gesagt haben, daß er Weibel nicht sprechen lasse, sowie daß er in Medlinghausen keine sozialdemokratische Versammlung dulde.

Als dann aber Rechtsanwalt Heine fragt: Weshalb er keinen Strafantrag gestellt habe, da doch all diese Verhöhnungen bis ins einzelne im sozialdemokratischen „Volksblatt“ gestanden hätten — da protestiert der Anwalt des Nebenklägers gegen die Zulassung dieser Frage!

Polizeiwachmeister Währ soll derjenige Beamte sein, der zu dem Zeugen Horn gesagt, die überwachenden Beamten könnten nicht anders, sie handelten auf „Anweisung von oben.“ — Bürgermeister Heuser will diesem Beamten nicht die Er-

laubnis zur Ausgabe erteilen, sondern erst bei jeder Frage entscheiden, ob der Beamte antworten darf!

**Rechtsanwalt Heine:** Dann verzichte ich ganz auf diesen Zeugen.

**Bergmann Rufemann:** Als er auf Seite „König Ludwig“ war, sei ihm vom Obersteiger gesagt, es sei ein Schreiben eingelaufen bei der Zeche, infolgedessen er dann entlassen sei.

**Wirt Kuchert** kam sich an nichts Bestimmtes mehr erinnern. Gelegentlich einer Theateraufführung, die von den freien Gewerkschaften ausging, soll er versucht haben, die Vorstellung unter Anbieten einer Entschädigung rückgängig zu machen. Er weiß von alledem nichts mehr, gibt aber auf Vorhalt zu, daß er auf Anfrage nach der Vergabe seines Lokals zu Versammlungen erklärt habe, das würde wohl Schwierigkeiten mit der Polizei abgeben. Einen Grund für diese Annahme kann Zeuge nicht angeben.

**Polizeikommissar Hompeß** soll auch nur die Genehmigung zur Ausgabe bei jeder einzelnen Frage, die der Bürgermeister erst prüfen will, erhalten. Dieser Beamte soll derjenige gewesen sein, der auf den Wirt Kuchert zwecks Rückgängigmachung des Lokals eingewirkt hat. Er weiß wohl, daß er zu Kuchert gegangen ist und mit diesem über die Vorstellung geredet hat, aber was geredet worden ist, dessen entsinnt sich der Zeuge durchaus nicht!

**Polizeikommissar Appeldorn** will keinen Unterschied zwischen Angehörigen des christlichen Verbandes und des freien Verbandes gemacht haben, an der die Versammlungen des freien Verbandes als öffentliche behandelt werden.

**Polizeikommissar Litz** bekundet daselbe.

**Wirt Witschel** hat seine Polizeistunde verlor bekommen, weiß aber nicht weshalb. Ein Besuch um Aufhebung der Verfügung ist bis jetzt erfolglos gewesen. — Dem Zeugen soll von der Polizei berichtet sein, daß die Verkürzung der Polizeistunde wieder rückgängig gemacht werde, wenn er die freien Gewerkschaften nicht mehr aufnehme. Er weiß aber von alledem nichts mehr.

**Verhandlungsleiter auf der Straße:** Der Wirt Witschel habe ihm wiederholt erklärt, daß er von der Polizei wegen der freien Gewerkschaften Scherereien habe.

**Butgerer (Mischhändler):** Polizeikommissar Johnson habe ihn aufgefordert, den noch nicht ganz 16-jährigen Vangemann zu entlassen, angeblich weil er unter 16 Jahren nicht fahren dürfe. Ein volles Jahr vorher habe sich die Polizei um den Jungen nicht gekümmert. Als Zeuge wegen des Jungen fortwährend Strafmandate bekam, hat er ihn schließlich entlassen. Er hat dann einen 17-jährigen (!) angenommen; darob läßt man ihn aber ungehindert! Die Maßnahme wird erst verständlich durch eine weitere Aussage des Zeugen, wonach der Polizeikommissar Johnson gesagt hat: Der Vater und der ältere Bruder des Vangemann seien die schuldigen Sozialdemokraten im Orte!

**Polizeikommissar Johnson** gibt beide Äußerungen zu, er will das wegen der Entlassung nur im Interesse des Mischhändlers gesagt haben, um diesen vor weiteren Strafmandaten zu bewahren.

**Zeuge Wolf** bekundet, daß ihm ein Polizeibeamter gesagt, er merke sich die Sozialdemokraten.

**Zeuge Entermann:** Polizeikommissar Stüber habe gelegentlich einer Versammlungsaussprache gesagt: „Nun kommt der Mann hier aus Sachsen und will Versammlungen anmelden. Als ob wir hier nicht schon Anzeichen genug hätten! Ich glaube auch nicht, daß der Wirt Stein seinen Stuhl hergibt.“ Von dem Wirt Stein selbst weiß Zeuge, daß, als Stein 100 M. auf eine Streikliste während des Bergarbeiterstreiks gezeichnet, er in derselben Woche 100 M. für polizeiliche Strafmandate zu zahlen hatte.

**Zeuge Kaffuba** (Vertreter des „Christlichen“ Verbandes) gibt zu, in einer Mitgliederversammlung erklärt zu haben, die Mitglieder bekämen das Wort jetzt in den christlichen Versammlungen nicht mehr, weil sonst auch die christlichen Versammlungen aufgelöst oder ihnen das Lokal entzogen würde. Ein Polizeibeamter soll dem Zeugen diese Mitteilung gemacht haben.

**Zeuge Rende:** Der Wirt Möller habe sein Lokal für die freien Gewerkschaften hergegeben, dann aber die Forderung wieder zurückgezogen, weil er Entlassungen der Polizei befürchtete.

**Wirt Möller** bestätigt, daß ihm die Kontrollversammlungen entzogen sind, weil er sein Lokal den Sozialdemokraten hergegeben haben solle. Die Veräußerung sei aber falsch. Er sei auf das Versteckamt gefahren und dort habe man ihm eröffnet, daß von der Stadtbehörde ein Schreiben eingelaufen sei. Zeuge will den Sozialdemokraten sein Lokal nie gegeben haben, muß sich dann aber vom Angeklagten nachweisen lassen, daß dies doch der Fall ist.

**Wirt Möller:** Sobald er sein Lokal dem Verbands gegeben habe, sei er kassiert mit Strafmandaten belästigt worden. Bei jeder eingeleiteten Verurteilung sei er freigesprochen, schließlich habe er aber keine Verurteilung mehr eingeleitet, weil ihm die Lauferei zum Gericht zuwider gewesen sei.

**Bergmann Red:** Sein Fahrsteiger habe ihm mitgeteilt, daß er auf Veranlassung eines Polizeikommissars gefündigt und dann auch entlassen wurde, obwohl in der Zeche nichts gegen ihn vorlag.

**Bergmann Lühelburg** bekundet daselbe. Er hat dreimal hintereinander diese Erfahrung gemacht.

Auf Anfrage des Rechtsanwalts Heine gibt Würgermeister Heuser zu, daß in den Akten ein solcher Fall erwähnt sei. Es sei doch aber auch für die Bechen von Wichtigkeit, zu wissen, ob zielbewusste Sozialdemokraten unter ihrer Pseudonymen seien!

**Polizeikommissar Appeldorn** gibt die Möglichkeit einer solchen Mitteilung an die Zeche zu, aber dann sei sie nur auf Anfrage der Zeche gemacht worden.

**Rechtsanwalt Heine** unterbreitet dem Bericht den Bescheid des Bürgermeisters Grodhaus (oder Vachhaus) auf eine Beschwerde, worin es heißt: Auf Ihre Beschwerde vom — teilen wir Ihnen mit, daß Ihre Entlassung nicht auf polizeiliches Eingreifen erfolgt ist! (Bewegung im ganzen Saale.)

**Wirt Will:** Er habe seinem Logisloft verboten, die „Bergarbeiter-Zeitung“ zu lesen, weil er das Blatt nicht im Hause haben wolle. Zeuge gibt aber die Möglichkeit zu, daß er vorher auf dem Polizeibureau war.

**Zeuge Tanneböhm:** Polizeifergeant Randara habe eine öffentliche Volksversammlung aufgelöst, weil eine Frau in derselben sprechen sollte.

Auf Vorhalt bemerkt Würgermeister Heuser, es habe sich um eine Versammlung des Konsumvereins gehandelt, der keine Politik treiben dürfe.

Es wird festgestellt, daß es sich um eine als „öffentliche Versammlung“ angemeldete Versammlung handelt.

**Zeitungsbote Wille:** Wirt Walter habe ihm auf Nachfrage erklärt, daß er sein Lokal nicht hergeben könne, weil die Behörde das nicht lasse.

**Zeuge Chiroski** erklärt, daß er von Polizeibeamten aufgefordert sei, aus dem alten Verband auszutreten und dem Christlichen Verband beizutreten.

Der Vorfall wird von der Polizei zugegeben!  
Die Sitzung wird hierauf vertagt.

# Vierter Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine.

Düsseldorf, den 10. Juni.

3. Verhandlungstag.

Ueber die Tätigkeit des Tarifamts und die Tarifverhandlungen mit den Gewerkschaften

referiert v. Elm: Der vorjährige Stettiner Genossenschaftstag habe dem Tarifamt die Aufgabe übertragen, die Ortszuschläge einer Revision zu unterziehen. Die Arbeiter hätten diese Durchsicht der Ortszuschläge vielfach als ein Schlimm angesehen, ihre Löhne heranzuschrauben und aus fast allen Arten seien Anträge auf Erhöhung des Ortszuschusses gestellt worden. Das Tarifamt hat aber den

Durchdrücktarif zum Muster genommen, dessen Bemessung der Ortszuschläge auf der amtlichen Auskunft von 600 deutschen Städten über die Preise der Wohnungen, Lebensmittel und Kohlen am Orte beruht. Eine Abweichung sei nur dann zugelassen worden, wenn entweder der Verein oder die Arbeiter den Nachweis führten, daß die Auskunft der Ortsbehörde falsch sei, oder beide Teile sich friedlich über eine anderweitige Regelung verständigten. Der Tarif mit den Transportarbeitern scheine überall anerkannt und durchgeführt zu werden. Eingegen seien Klagen über die Durchführung des Wädertarifes aus nicht weniger als 71 Vereinen gekommen. Auf eine Anfrage hätten 24 geantwortet, sie anerkannten den Tarif materiell, nur nicht formell. Die anderen Vereine hätten zum Teil geantwortet, ihre Betriebe seien noch zu klein, um die Tarifstellungen über Arbeitszeit und Ferien durchzuführen. Die Wäder haben ihren Tarif geändert, weil die gelehrten Wäder im Lohne nicht schlechter stehen wollten als die Lagerarbeiter. Den Vorwurf, der aus Süddeutschland dem Tarifamt gemacht, daselbe arbeite vom grünen Tisch, weist Redner entschieden zurück. Nach dem neuen Tarif beträgt der Minimallohn 23 M., jedoch können Orte mit weniger als 10 000 Einwohnern 2 M. unter diesem Minimallohn heruntergehen. Die Bestimmungen haben keine Anfechtungen erfahren, dagegen sind bezüglich des Arbeitsnachweises oft Bedenken geäußert. Um Mißbilligungen zu vermeiden, ist bei Befragung fester Stellen der Zentralarbeitsnachweis in Anspruch zu nehmen. Der Wäderverband habe das größte Interesse, den Vereinen tüchtige und brauchbare Arbeitskräfte zu stellen, da in der Entwicklung der Konsumvereine die Entwicklung des Wäderverbandes liegt. Des ferneren betont v. Elm, daß die Vereine keine sich bewerbenden Arbeiter wegen ihrer religiösen oder politischen Anschauungen zurückweisen dürfen, weil dadurch die Neutralität Schaden leide.

Der Zentralverband der deutschen Konsumvereine habe durch Abschließung der geschützten Tarife das geleistet, was möglich war und daher sei der Vorwurf der Lagerhalter, „Der Zentralverein sei ein Hemmschub auf sozialpolitischem Gebiet“ unbedeutend und falsch. Die Tarifforderungen der Lagerhalter und Handlungsgehilfen seien auch gar keine Forderungen, sondern ein Zukunftsprogramm, welches heute, wenn der Zentralverein diese Wünsche bestricke, zum sicheren Ruin der Konsumvereine führen würde und an deren Durchführung in den beteiligten Privatindustrien die beteiligten Verbände noch auf Jahre hinaus nicht denken würden.

Die Zumutungen der Lagerhalter und Handlungsgehilfen seien ja sehr schmeichelhaft für die Leistungsfähigkeit der Konsumvereine, aber die Genossenschaftler könnten nicht inmitten der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ein Stück Zukunftsstaat aufbauen. (Wiesaches Bravo!) Die Genossenschaftler hätten nicht Lust, als Utopisten elend zugrunde zu gehen.

Nicht mit den Großbetriebern dürften die Konsumvereine verglichen werden, sondern mit den Kräftern. Denn wirtschaftlich seien die deutschen Konsumvereine noch Krümer. Für die Forderungen der Lagerhalter, völlige Sonntagsruhe, ein freier Ausgegah in der Woche, Gleichstellung der männlichen und weiblichen Lagerhalter, die vorgeschlagenen Mindestferien, Höchstumsätze und Mindestlöhne habe der gesamte Ausschuss des Zentralverbandes nur ein Unannehmbar als Antwort gehabt. Die Bewilligung solcher Forderungen würde die Entwicklung der Konsumvereine selbst auch in den großen Städten, in welchen die Bewegung noch schwach ist, unmöglich machen, würden den Uebergang zur Eigenproduktion im höchsten Maße erschweren. Niemand kann leugnen, daß wir viel mehr für die Arbeiter geleistet haben als die Konkurrenz. Wir sind auch bestrebt, eifrig weiter zu arbeiten an der Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, aber wir können die Gewinne der Konsumenten-Organisation nicht für die jetzigen wenigen Angestellten der Konsumvereine monopolisieren lassen. (Lebhafter Beifall.) Wir warnen die Genossenschaftsführer in ihrem eigenen Interesse, den Genossenschaften die weitere Entwicklung unmöglich zu machen. Die Genossenschaft ist der Friede, aber nicht der Friede um jeden Preis, nicht der Kirchhofsfriede, der alle Zukunftshoffnungen der Genossenschaften begräbt. Heute gilt es, einmal öffentlich auszusprechen, was ist. Wir sind nicht schuld an der unlieblichen Auseinandersetzung. Offen wir, daß wir recht bald wieder in Einigkeit und Frieden mit unseren Angestellten an dem weiteren Ausbau des Genossenschaftswesens wirken können. (Lebhafter Beifall.)

Der Referent empfiehlt folgenden Antrag, der von ihm in Gemeinschaft mit dem Vorstand und Ausschuss gestellt ist:

Der vierte ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine erklärt:

Genossenschaftliche Lohn- und Arbeitstarife können nicht auf solchen Prinzipien aufgebaut werden, deren Durchführung bei den konkurrierenden Privatbetrieben noch in weiter Ferne liegt.

In eigenen Interesse müssen die Genossenschaften das Streben ihrer Arbeiter und Angestellten zwecks Erreichung solcher sozialwirtschaftlichen Ziele nach Kräften unterstützen und bemüht sein, auf eigener freier Entscheidung die angestellten prinzipiellen Forderungen in den genossenschaftlichen Betrieben mehr und mehr zu verwirklichen.

Der Genossenschaftstag muß es jedoch ablehnen, schon heute solche Forderungen zu realisieren, welche weit über das hinausgehen, was die Gewerkschaften bei den privaten Unternehmern verlangen und durchsetzen vermögen, und durch welche unter den gegebenen Verhältnissen eine große Anzahl genossenschaftlicher Betriebe konkurrenzunfähig gemacht und damit ihnen sowie zugleich auch den ihnen beschäftigten Personen die Existenzmöglichkeit geraubt würde.

Bezüglich der Forderungen der Lagerhalter und Handlungsgehilfen erklärt der Genossenschaftstag:

Die eingereichten Tarifforderungen zurzeit allgemein durchzuführen, würde den Ruin einer großen Zahl von Genossenschaften zur Folge haben. Er bedauert deshalb — bei aller Sympathie für die Befreiungen der Angestellten in dieser Richtung — dennoch den Abschluß von Tarifen auf dieser Basis ablehnen zu müssen und erwartet, daß die Angestellten und Arbeiter aus prinzipiellen, praktischen und moralischen Gründen, in ihrem eigenen Interesse und im allgemeinen Interesse des Fortschritts des Genossenschaftswesens bei ihren Tarifforderungen mehr als dies bisher geschehen, die realen Verhältnisse berücksichtigen.

Der Genossenschaftstag beauftragt die zu diesem Zwecke gebildeten Instanzen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine in eventuell gewünschte Verhandlungen mit den Vertretern jener Organisationen einzutreten. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß

1. die gleiche Bezahlung der Lagerhalter und Lagerhalterinnen,

2. die Festlegung der Umsatzhöhe pro Verkaufstrakt

für die Konsumvereine des Zentralverbandes unannehmbar sind.

Sollten die Gewerkschaften der Lagerhalter und Handlungsgehilfen bei der Fortsetzung der Verhandlungen auf diesen Forderungen beharren, so sind zurzeit die Instanzen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine gezwungen, die Verhandlungen einzustellen, da alsdann der Abschluß von annehmbaren Tarifverträgen ausstichtlos erscheint.

Ein weiterer Antrag des Vorstandes, das Manageloh bei den Vereinen mit Zentrallager nicht unter 1/2 Proz., bei Vereinen ohne Zentrallager nicht unter 1/3 Proz. und für Schnittwaren nicht unter 1/4 Proz. des Verkaufspreises der belasteten Waren festzusetzen, wurde zurückgezogen, weil die Generalversammlung des Lagerhalterverbandes sich mit dieser Regelung nicht einverstanden erklärt hat. Der Vorstand erbittet die Ermächtigung, erneut in Verhandlungen über die Tarifvergleiche einzutreten.

Die Reihe von Anträgen des Provinzverbandes Sachsen betrifft die Abänderung des Wädertarifes. Da sollen die Bestimmungen über die Bezahlung der Wädertarife gänzlich entfernt und den Konsumvereinen erlaubt werden, Wäder auch anderwärts als aus dem Arbeitsnachweis des Zentralverbandes zu beziehen, wenn es sich bei diesen Wädern um eigene Mitglieder des Konsumvereins handelt.

In der Diskussion erhält zunächst der gewerkschaftliche Vorsitzende des Tarifamtes

Dreher-Verein (Transportarbeiter-Verband) das Wort. Er versichert v. Elm, daß genau so wie dieser in den Genossenschaften, so er in den Gewerkschaften der Prügeljunge für das Tarifamt gewesen sei. Es sei auch ganz erklärlich, daß vorläufig noch auf beiden Seiten nicht das volle Verständnis für die neuen tariflichen Einrichtungen vorhanden sei. Die Gewerkschaften ständen ganz auf dem Standpunkt, daß die Genossenschaften nicht dazu da seien, höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit zu gewähren, als die Privatbetriebe, sie sollten nur den vorbildlichen Privatbetrieben folgen. Leider ist die Ansicht über solche Gleichstellung nicht bei allen Vereinen betätigt, ja es sind direkt Verstöße gegen die Tarifverträge vorgekommen, indem man in einzelnen Orten vollständig unorganisierte Arbeiter eingestellt hat. Auch muß mit der Praxis gebrochen werden, daß die gelehrten Arbeiter gegen die ungelehrten ausgespielt werden. Die Zustimmung über die Ortszuschläge haben manche Unzulänglichkeiten geschaffen, die im Interesse der Genossenschaften sowie der Gewerkschaften besser vermieden werden. Elm habe über die 80 Proz. Ortszuschlag in Berlin geklagt; das hätte er wohl unterlassen, wenn er gewußt hätte, was der Transportarbeiterverband in Berlin für seine Mitglieder in den Privatbetrieben durchgesetzt hat. Ein Berliner Vierfahrer erhält einen Mindestlohn von 3600 M. im Jahre, ein Mühlstücker einen solchen von 61 M. und ein Müllstücker von 39,50 M. wöchentlich. (Hört! hört!)

In dem langsamen Fortschritt der Berliner Genossenschaftsbewegung seien die Gewerkschaften nicht schuld gewesen. Der Hemmschub, die Bremse gegen die Berliner Genossenschaftsbewegung werde an ganz anderer Stelle angezogen, und gegen diese Stelle sollte sich v. Elm einmal recht energisch wenden. Die Konsumvereine dürften sicherlich nicht Versorgungsanstalten für einige Angestellte oder Arbeiter werden. Aber bei v. Elm sei wohl eine Reminiscenz aus dem alten Reichstage, daß er in Bezug auf die Genossenschaften glaube, das Tempo der Sozialreform gleiche dem des Automobils und die Kompostschüssel der Arbeiter sei voll. (Große Heiterkeit.) Er bedauere aufrichtig, daß ein v. Elm der Reaktion auf diese Weise Material an die Hand gibt. Das Tempo des Aufstieges der Arbeiterklasse könne nie zu rasch sein. (Beifall.) Die Einführung der Tarife sei bei vielen Genossenschaften auf erbitterten Widerstand gestoßen. Dabei seien sie noch vielfach unbefriedigend für die Arbeiter. Aber der Transportarbeiter-Verband werde unerbittlich tariftreu sein, solange der Vertrag gelte. Nach seinem Ablauf aber werden auch die Gewerkschaften ihre Forderungen stellen: Denn auch sie wollten nicht den Frieden um jeden Preis.

Zwei Millionen deutscher Arbeiter seien gewerkschaftlich organisiert. Von ihnen hänge der Fortschritt der deutschen Genossenschaftsbewegung ab. Deshalb sollten die Genossenschaften im eigenen Interesse sich des Goethe'schen Wortes erinnern:

„Man mit zufriednen Tischen,  
Dir tut niemand was zu lieb,  
Hand wird nur von Hand gewaschen,  
Wenn du nehmen willst, so gib!“

Umbreit-Verein (Vertreter der Generalkommission): Alle bisher abgeschlossenen Tarife zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften sind ohne Rücksicht auf die konkurrierende Privatindustrie abgeschlossen worden. Oder finden Sie außerhalb der Genossenschaften den Achtstundentag der Wäder anerkannt: Bisher war es stets der Stolz der deutschen Konsumvereine, daß die Arbeitsverhältnisse in ihnen mindestens so gut sein sollten wie in den vorgeschrittensten Privatbetrieben. So muß es auch bleiben, sollen nicht die Gewerkschaften und Genossenschaftsbewegung Angriffspunkte gegen sich schaffen. Die Resolution will eine Mauer gegen jedes weitere Vorwärtkommen errichten. Das ist für die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft Deutschlands unerträglich. Die deutschen Konsumvereine müssen vorsichtig, aber nicht ängstlich und kurzfristig sollen die Konsumvereine geleitet werden. Durch einige Abzüge der Resolution wurde das friedliche Zusammenarbeiten zwischen Gewerkschaft und Genossenschaft gehemmt. Die Billigung dieser Vorschläge würde zu einer Gefahr für die organisierten Arbeiter werden können, da die Gewerkschaften nicht darauf verzichten können, Forderungen betreffs der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu stellen. Die Konkurrenz könne dabei nicht berücksichtigt werden, sie könne es schon aus dem Grunde nicht, weil die Genossenschaften als eigene Betriebe der Arbeiter angesehen werden, und um Theorie und Praxis mit einander in Einklang zu bringen, müssen einzelne Genossenschaften ihren kleinlichen Standpunkt, den sie recht oft in dieser Frage einnehmen, aufgeben.

Es sprechen dann noch der Vertreter der Tabakarbeiter Meinsdorf, der Handlungsgehilfen Josephson, der Wäder Altmann und der Lagerhalter gegen die Annahme des vorgelegten Antrages. Betreffs der Lagerhalterinnen wird betont, daß gleicher Lohn für gleiche Arbeit eine Forderung der Gewerkschaften sei, die unbedingt auch für die Konsumvereine gelten müsse. Von diesen Rednern wird durchweg hervorgehoben, daß keine Gewerkschaft den Ruin der Konsumvereine wolle. Aber gute und gesunde Arbeitsverhältnisse zu schaffen, sei die Pflicht der Genossenschaften, wenn sie ihre Aufgabe erfüllen wollen.

Nach den Gewerkschaftsvertretern ergreifen eine große Zahl von Genossenschaftlern aus allen Gegenden des Reiches das Wort, um die Forderungen der Lagerhalter für übertrieben und unannehmbar zu erklären. Sie stellen sich durchweg vollständig auf den Boden der Resolution.

Nach einem Schlusssatz des Referenten v. Elm wird die vorgelegte Resolution gegen drei Stimmen angenommen.

Der Wädertarif wird mit einigen Abänderungen, die die Verhältnisse der Wädertarife und die Benutzung des Arbeitsnachweises betreffen, angenommen.

Altmann erklärt den so geänderten Tarif für die Wäder als unannehmbar.

Damit ist auch das Tarifamt überflüssig geworden, da nunmehr bloß noch die Transportarbeiter zu tariflichen Bedingungen bei den Genossenschaften angestellt sind.

Nach diesem sehr bedauerlichen Abschluß einer Frage, deren Lösung trotz aller Schwierigkeiten von Konsumvereinen, die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen wollen, mit der Richtung auf das Ziel der Arbeiterbewegung, nicht aber vom kleinlichen Krämertumstand aus hätte versucht werden sollen, berichtigte noch der Verbandsschriftführer Kaufmann über die

Entwicklung der Unterstützungskasse.

Sie besteht seit zwei Jahren, umfaßt 84 Vereine mit 1687 Angestellten und hat ein Vermögen von 133 046,03 M. Ziel der Unterstützungskasse ist, für die Arbeiter und Angestellten auch über die Dauer des Arbeitsverhältnisses hinaus für den Fall der Invalidität oder des Alters sowie im Falle des Todes für die Hinterbliebenen zu sorgen.

Der Bericht wird genehmigt, ebenso die Verbandsrechnung und der Voranschlag für 1907/08. Die ausstehenden Mitglieder des Vorstandes und Ausschusses werden wiedergewählt.

Der nächste Konsumvereinstag wird auf Einladung des Thüringischen Verbandes in Eisenach stattfinden.

# Aus der Partei.

**Vom Fortschritt der Presse.** Außer den Genossen von Pforzheim, deren Absicht, eine Parteizeitung für ihren Bezirk zu gründen, wir schon mitgeteilt haben, denken auch die Heilbronner Genossen sich zum 1. Oktober ein eigenes Organ zu schaffen. Die Genossen in Sonneberg (Weinungen) wollen in Gemeinschaft mit den Koburgern eine eigene Zeitung gründen.

**Gemeinbewählung.** In Burg bei Magdeburg wurde der Sozialdemokrat mit 688 gegen 223 bürgerliche Stimmen ins Stadtverordnetenkollegium gewählt.

**Zeuge gesucht!** Der Reichsbrüder Josef Spachta, gebürtig aus Oesterreich, bis zum 20. Februar d. J. wohnhaft in Albershofen bei Erfurt, soll in einer Unfallsache als Zeuge vernommen werden. Wir ersuchen alle Parteigenossen sowie alle Organisationen, die Kenntnis von dem jetzigen Aufenthaltsorte des pp. Spachta haben, uns dessen Adresse mitzuteilen.  
Arbeitersekretariat Erfurt.

**Die sozialdemokratische Partei in Außer-Rhein-Bairisch hat auf die am 30. Juni stattfindenden Wahlen des Großen Stadtrates beschlossen, sämtliche 49 Sitze des Kreises für sich zu beanspruchen, während sie deren bisher nur 43 hatte. Ob die Partei in den anderen 4 Kreisen einen Erfolg erzielen kann, bleibt abzuwarten. — Als Kandidat für einen in Außer-Rhein erledigten sozialdemokratischen Kantonsratsposten wurde Genosse Stadtrat Dr. Mülli aufgestellt.**

**1500 Frank Beitrag an das schweizerische Arbeiterjüngertag,** das am 30. Juni in Bern stattfindet, hat der Berner Stadtrat beschlossen. Das ist nur recht und billig, denn an bürgerliche Feste werden Tausende aus öffentlichen Mitteln beigezahlt.

## Die sozialistische Bewegung in Portugal.

Lissabon, 17. Juni. (Fig. Ver.)

Die Anstrengungen, die Portugals Sozialisten seit einiger Zeit machen, um die bisher latente Fragen wegen zerplitterten sozialistischen und gewerkschaftlichen Kräfte zu vereinigen, beginnen Früchte zu zeitigen. Boreist ist es gelungen, die verschiedenen sozialdemokratischen Sektionen Lissabons unter einen Hut zu bringen, und es sieht zu hoffen, daß man bald auch in Porto so weit sein wird; denn bereits haben sich die beiden gewerkschaftlichen Organisationen Portos veramalgamiert. Auf einem kürzlich abgehaltenen Kongreß, an welchem 69 Delegierte teilnahmen, die 82 Gewerkschaften vertreten, hat man sich über die Fragen der Organisation und der Taktik geeinigt, und es wurde der Beschluß gefaßt, einen einzigen Verband zu gründen, der den Namen „Allgemeiner Verband der Arbeiter“ führen wird. Ferner geben die Genossen Portos nunmehr ein neues Blatt „A Voz do Povo“ („Die Volksstimme“) heraus, das als das Organ der sozialistischen Arbeiterpartei Nord-Portugals fungieren soll.

Augenblicklich führen die Sozialisten, indem sie aus der politischen Krise Kapital schlagen, die zurzeit in Portugal wütet, einen lebhaften Kampf im Norden und im Süden des Landes. Dieser Propagandakampagne ist sozusagen das Vorbild zu der Konferenz, die noch im Verlaufe dieses Monats in Lissabon abgehalten werden soll. Zu dieser Konferenz sind alle Arbeiterorganisationen eingeladen, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen und Anhänger der politischen und parlamentarischen Aktion der Arbeiterklasse sind. Vom Gelingen dieser Konferenz hängt es ab, ob die Gründung der sozialistischen Partei Portugals endgültig zustande kommt, die dann alle Gruppen im Lande zu umfassen hätte, die sich zum Sozialismus bekennen.

**Von der japanischen Partei.** Der Genosse Katayama, der bekanntlich die japanische Partei auf dem Internationalen Kongreß zu Amsterdam vertrat, ist vor einigen Monaten, nachdem er mehrere Jahre in den Vereinigten Staaten gelebt hatte, nach Japan zurückgekehrt. Unser Parteiblatt von St. Louis veröffentlicht ein Schreiben, das Katayama an den Genossen Höhn in St. Louis richtete. In diesem Schreiben wird bestätigt, daß, wie schon mitgeteilt, die japanische Regierung einen wahren Verdrüßungsgegenstand gegen die Sozialisten eröffnet hat. Fast alle Führer und Agitatoren sitzen im Gefängnis und zum Ueberflus ist auch die Partei noch aufgelöst worden. Jedoch beginnt sie sich bereits aufs neue zu organisieren. Seit einiger Zeit besteht, wie Katayama schreibt, in Tokio ein Arbeiterklub, der am 1. Mai seine erste größere Veranstaltung unternahm. Katayama geht auch mit der Absicht um, ein neues Wochenblatt ins Leben zu rufen. Eine der erfolgreichsten Erscheinungen sei, daß der Sozialismus auch immer mehr Anhänger in Korea und selbst in China gewinne; die Literatur der japanischen Sozialisten dringe dort in weite Kreise. Schließlich teilt Katayama noch mit, daß die japanische Regierung neben der Peitsche auch das Zügelbrot in Anwendung gebracht habe. Den Arbeitern in den Staatsarsenalen, Werften und Eisenbahnen ist eine Unfalls- und Lebensversicherung auf Reichslohn zugesprochen. „Da diese Vergünstigungen aber recht mager sind und der Appetit beim Essen kommt, so hat die Regierung auch hiermit nur dem Sozialismus vorgearbeitet.“

## Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Nach immer wieder die Aulmbacher Justiz. Genosse Goller in Aulmbach war angeklagt, eine Körperverletzung begangen zu haben. Amtsrichter Frohnauer erkannte auf 30 Mark Geldstrafe. Dagegen legte der Aulmbacher Anwalt Verufung ein; weil bei der „Rohheit“ und „Gefährlichkeit“ der Tat nicht auf eine Gefängnisstrafe erkannt worden sei. Auf diese Verufung hob das Landgericht Bayreuth das Urteil des Herrn Frohnauer auf und erkannte auf 8 M. Geldstrafe. Rechtsanwalt Dr. Sähheim stellte auf Grund einer neuen Zeugenaussage den Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens zugunsten Gollers. Amtsrichter Frohnauer wies diesen Antrag „als unzulässig und unbegründet“ zurück. Auf die Verufung des Rechtsanwalts hin hob das Landgericht Bayreuth den Beschluß des Herrn Frohnauer auf, erklärte im Gegenzug zu ihm den Antrag für zulässig und begründet, sprach Goller frei und überbürdete die Kosten der ersten und zweiten Instanz, sowie des Wiederaufnahmeverfahrens auf die Staatskasse.

## Soziales.

**Haftung des Fiskus für durch die Untersuchungshaft zugefügten Schäden.**

Der Fabrikarbeiter R. in Düsseldorf wurde von der zweiten Strafkammer des Landgerichts in Düsseldorf im Jahre 1903 wegen Verleitung zum Meineide unschuldig zu einer Justizstrafe von zwei Jahren und zum Verluste der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren verurteilt. Auf Grund des Wiederaufnahmeverfahrens ist er aber am 10. Juni 1904 freigesprochen

worden. In dem letzten Urteil wurde die Entschädigungspflicht der Staatskasse für die unschuldig erlittene Strafhaft ausgesprochen. R. erhielt durch den Justizminister einen Betrag von 1850 M. für entgangenen Verdienst zuerkannt. Außerdem ist ihm aus Billigkeitsgründen ein Pauschalbetrag von 1650 M. gewährt worden. R. will jedoch auch den ihm durch die Untersuchungshaft erwachsenen Schaden ersetzt haben, welcher letzterer sich weit höher belaufe. Er klagt deshalb gegen den Justizfiskus auf Zahlung von 7000 M. nebst 4 Proz. Zinsen, eventuell neben 1572 M. Schadenertrag auf Verwahrleistung einer jährlichen Rente von 900 M.

Durch Urteil des Landgerichts Berlin wurde Kläger mit seinen Ansprüchen abgewiesen. Die Verufung des Klägers gegen das Landgerichtliche Urteil wurde vom Kammergericht Berlin zurückgewiesen.

Gegen das kammergerichtliche Urteil hatte der Kläger Revision eingelegt. Es erkannte der vierte Zivilsenat des Reichsgerichts auf Aushebung des kammergerichtlichen Urteils und Zurückverweisung der Sache an die Vorinstanz. Das Reichsgericht führt in seinen Entscheidungsgründen hierzu aus: Der Verlust der Meistertätigkeit, den Kläger als Folge der Untersuchungshaft geltend macht, fällt nicht unter das Gesetz betreffend die Entschädigung der im Wiedererwerbverfahren freigesprochenen Personen, während das Gesetz betreffend die Entschädigung für unschuldig erlittene Untersuchungshaft erst nach Eintritt des Schadens, im Juli 1904 in Kraft getreten sei. Das erwähnte Gesetz aber gewähre Vermögensschaden nicht auch für den durch die Untersuchungshaft verursachten Schaden. Dagegen aber nicht das Reichsgericht der Revisionszüge Bedeutung bei, welche die Schwächung des Gesundheitszustandes des Klägers, die damit zusammenhängende Minderung seiner Erwerbsfähigkeit als durch die Art der Strafverurteilung herbeigeführt erklärte. Das Kammergericht hatte hier wegen der fehlenden Substantiierung abgewiesen, und erklärt das Reichsgericht, daß dies kein Grund zur Abweisung des Anspruchs sei, solange das Gericht nicht einmal den Versuch gemacht habe, eine Ergänzung der Klagebegründung herbeizuführen, was durch Befragen möglich gewesen wäre.

Dies Urteil ist von weittragender prinzipieller Bedeutung. Bislang hatten die preussischen Gerichte sich energisch gegen eine Haftung des Fiskus, insbesondere des Justizfiskus, für Schadenersatzansprüche gestäubt, die durch Versehen der Beamten oder durch mangelhafte Fürsorge für das Leben und die Gesundheit der Gefangenen herbeigeführt waren. Bei der Verurteilung des Bürgerlichen Gesetzbuches ist leider der sozialdemokratische Antrag, der auf Haftung des Fiskus gerichtet war, abgelehnt und lediglich eine Resolution angenommen, die Erfüllung dieser Forderung für die Zukunft verlangte. Die Einzelstaaten, insbesondere Preußen, haben die Haftung des Fiskus völlig abgelehnt oder höchst mangelhaft geregelt. Wie es scheint hat das Reichsgericht, dessen gebundene Entscheidung noch nicht vorliegt, aus den allgemeinen Grundsätzen des Bürgerlichen Gesetzbuches heraus gefolgert, daß der Staat auch mangels einer ausdrücklichen Vorschrift für die durch die Art der Vollstreckung einer Untersuchungshaft herbeigeführten Schäden stets zu haften hat, wenn die Gesundheitschädigung durch eine sorgsamere, angemessene Art der Vollstreckung hätte vermieden werden können. Diese Entscheidung des Reichsgerichts ist geeignet, einen Teil der herrschenden Mißstände der Untersuchungshaft für die Zukunft etwas einzudämmen. Wenn alle Vorstellungen nichts helfen, hilft die Schadenersatzpflicht des Staates und die daraus resultierende Negativpflicht gegen die Beamten. Wir erwähnen aus der Fülle der Beschwerden gegen die Art der Vollstreckung der Untersuchungshaft, daß kürzlich in Königsberg i. Pr. eine Anzahl Arbeiter (u. G. zu unrecht) in Untersuchungshaft genommen sind, und daß diesen Arbeitern die Bewegung in freier Luft tagelang verweigert wurde. Den hierdurch den Arbeitern zugefügten Schaden würde nach dem oben mitgeteilten Erkenntnis der Fiskus, soweit dies durch Geld möglich ist, zu ersetzen haben.

## Die Verufung im Konkurrenzklauselprozeß Wertheim vom Landgericht zurückgewiesen!

Im Februar erregte es gewaltiges Aufsehen, daß das hiesige Kaufmannsgericht den Konkurrenzklauselprozeß der Firma Wertheim gegen eine Lageristin zugunsten der klägerischen Firma entschied. Die Beklagte war als leitende Dame in der Abteilung für Parfümerien und Seifen und als Gehilfin des Einkäufers gegen ein Monatsgehalt von zuletzt 110 M. angestellt und hatte im letzten Jahre anherdem 343 M. Lohntiere bezogen. Durch eine Konkurrenzklausel hatte sie sich verpflichtet, innerhalb eines Jahres n a ch Austritt aus der Firma Wertheim „weder bei Tieg noch bei Jandorf noch in einer Firma einzutreten, bei der die ersten bereitigt sind“. Die Beklagte hatte dennoch ein Engagement für das „Kaufhaus des Westens“ gegen ein höheres Gehalt angenommen. Wertheim beantragte darauf, die Beklagte zur sofortigen Einstellung ihrer Tätigkeit für das „K. d. W.“ zu verurteilen und ihr gleichzeitig für jeden Tag des Zuwiderhandelns eine Haftstrafe anzubringen. Das Kaufmannsgericht wies zwar den Antrag auf Erlass einer Haftstrafe ab, verurteilte jedoch im übrigen nach dem Klageantrage und drohte eine Strafe von zehn Mark für jeden Tag des Zuwiderhandelns gegen das Verbot der Tätigkeit der Beklagten an. Die Zivilkammer des Landgerichts hat jetzt die Verufung der Beklagten gegen das Aufsehen erregende Urteil leider bestätigt.

Das kaiserliche Urteil wird erst in einigen Wochen vorliegen können. Wir glauben in der Annahme nicht fehl zu gehen, daß das Landgericht durch die Rücksicht auf die fehlerhafte Entscheidung des Kaufmannsgerichts sich hat leiten lassen. Nach § 74 des Handelsgesetzbuches ist „eine Vereinbarung zwischen dem Prinzipal und dem Handlungsgehilfen, durch welche dieser für die Zeit nach der Beendigung des Dienstverhältnisses in seiner gewerblichen Tätigkeit beschränkt wird, für den Handlungsgehilfen nur insoweit verbindlich, als die Beschränkung nach Zeit, Ort und Gegenstand nicht die Grenzen überschreitet, durch welche eine unbillige Erschwerung des Fortkommens des Handlungsgehilfen ausgeschlossen wird“. Das Kaufmannsgericht hatte in dem Urteil, das berechtigten Unwillen bei den Arbeitern ohne Unterschied ihrer politischen Ansichten erregt hatte, ausgeführt, die Klägerin habe ein berechtigtes Interesse daran, daß die Konkurrenzfirma von dem keinen Vorteil ziehe, was die Beklagte bei ihr „erlernt und erfahren“ habe. Das Landgericht scheint angenommen zu haben: wenn das Laiengericht solche enorme Beschränkung der Erwerbsmöglichkeit der Beklagten als keine „unbillige Erschwerung“ ihres Fortkommens

empfindet, so müsse es auf diese Aufschämung Rücksicht nehmen, da sie von Laienrichtern gefaßt ist. Es ist das im höchsten Grade bedauerlich. Die nun vom Landgericht gebilligte Entscheidung wäre unseres Erachtens unmöglich gewesen, wenn nicht die Mehrheit der hiesigen Kaufmannsgerichtsrichter aus Mitgliedern des mehr für die Interessen des Chefs als der Handlungsgehilfen wirkenden nationalen Verbandes der Handlungsgehilfen bestanden wäre. Die von dem Gericht gebilligte Konkurrenzklausel ist ein Terrorismus schlimmster Art gegen Arbeitswillige und hätte also offenbar unbillig und gegen die guten Sitten verstößend für ungültig erklärt werden müssen. Derartige Beschränkungen Arbeitswilliger, deren einziges Eigentum ihre Arbeitskraft ist, schränken die Freiheit sozial Abhängiger, wirtschaftlich Unselbständiger ein und ziehen eine moderne Förmigkeit der davon Betroffenen nach sich.

Seit Jahrzehnten treten die Sozialdemokraten für ein Verbot der Konkurrenzklausel ein. Ihren Darlegungen war es zu verdanken, daß im Jahre 1894 und 1896 selbst Nationalliberale bekamen, daß eine Konkurrenzklausel bei Gehältern bis 3000 M. stets verwerlich ist. Im Jahre 1904 überzeigte sich die Konferenz für Reichsarbeitsstatistik, daß höchstens eine Konkurrenzklausel auf eine Zeitdauer von einem Jahre und mit einer Beschränkung auf eine Entfernung von einem Kilometer der alten Betriebsstätte berechtigt sein könne. Die Mehrheitsparteien im Reichstage, und voran die Antifemiten, sprachen für ein Verbot der Konkurrenzklausel, lehnten es aber ab, als bei Gelegenheit der Bürgergesetzgebung und der Beratung des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb (im Jahre 1896) ein dahin gerichteter Antrag vorlag, ihre Worte in Taten umzusetzen. Keutlich erging es den sozialdemokratischen Anträgen bei Beratung des Handelsgesetzbuches. Durch die Klauselbestimmung des Artikels 74 des Handelsgesetzbuches („insoweit gültig, unbillige Erschwerung“) ist die Plage der Konkurrenzklausel schlimmer geworden denn je. Wird die Gesetzgebung endlich eingreifen?

## Aus Industrie und Handel.

Gauler Bahler.

Die russische Regierung erweist sich für die preussischen Volksgeldienste dankbar; sie will in Erinnerung bleiben und bleibt darum schuldig, was sie zahlen soll. Der „Tag“ berichtet darüber folgendes: Russische Banknoten, die durch die Anbringung dreier kleiner Löcher als entwertet bezeichnet sein sollten, waren auf dem Bahntransport nach Petersburg, wo ihre Vernichtung durch Verbrennen bestimmt war, gestohlen worden. In einer Peteraburger Meldung war damals berichtet worden, daß der betreffende Posten Noten im Werte von 50 Millionen Rubel tatsächlich eingezogen worden wäre. Daß ein Teil gestohlen worden war, wurde nicht gemeldet. Im Dezember 1903 begannen nun hier und in Kasan russische Noten der oben bezeichneten Art zu zirkulieren. Die Löcher waren zugeklebt und damit mehr oder weniger unkenntlich gemacht. Von Berliner Banken wurden sie für gültig gehalten und anstandslos in Zahlung genommen. Eine der Banken kam von hier nach Russland, wurde aber mit einer von der russischen Reichsbank angebrachten schwarzen Stempelung wieder hierher als nicht kursfähig zurückgefaßt. Der hiesige Agent des russischen Finanzministeriums erklärte auch jetzt noch, ihm wäre nicht bekannt, daß die Reichsbank Noten durch eine solche Durchlöcherung entwertete, und er würde die Noten daher als gültig angesehen haben. Auf eine weitere nach Russland gerichtete Anfrage kam aber nunmehr der Bescheid, daß die Noten, die von den Reichsbankfilialen nach der Zentrale zur Entwertung gefaßt, auf dem Transport nach Petersburg gestohlen worden waren, und der Vertreter des Atachés des Finanz- und Handelsvollmachtigten bei der Russischen Botschaft hier stärke seine Unkenntnis von der Bedeutung der Durchlöcherung der Noten jetzt dahin auf, daß nach den von ihm in Petersburg eingezogenen Entwertungen diese Manipulation nicht seitens der Reichsbank, sondern seitens der Reichsrentei interimistisch zur Entwertung vorgenommen wäre. An der Richtmeinung der Noten wird russischerseits festgehalten.

**Sonderbare Wirtschaftspolitik.** Keine große Hoffnung auf die „liberale Wera“ hegt der „Wegweiser für Spielwaren-Industrie“. In einem Artikel: „Die Zukunft unserer Wirtschaftspolitik“ — Nr. 484 — heißt es in bezug auf die Zusammensetzung des neuen Reichstags:

„So erfreulich vom liberalen Standpunkt aus in allgemein politischer Hinsicht die geänderte Zusammensetzung des Reichsparlamentes sein mag, so sicher ist, daß auf einen frischen und auf eine freiere Bewegung der Kräfte im Wirtschaftleben weniger denn vorher zu rechnen sein wird.“

Also es wird nichts Erfreuliches von dem Wechselbalg der liberal-konservativen Paarung erwartet, trotzdem, das unerschütterliche Verhältnis ist erfreulich. Das ist doch pover.

**Friede im Kalisyndikat.** Nach langen Kämpfen, einerseits zwischen dem Vorkämpfer von Soltsch, Schmidmann, und dem Kalisyndikat, andererseits zwischen diesem und den deutschen Kaliverken, ist es nun zum Friedensschluß gekommen, bei dem die beiden Gegner des Syndikats sich dessen Bedingungen im allgemeinen unterworfen haben. Die Gesellschafterversammlung des Kalisyndikats genehmigte einstimmig die Aufnahme des Kaliverks Soltsch in das Syndikat, ferner die Aufnahme der „Deutschen Kaliverke Akt.-Ges.“. An der Prozedur des Kalisyndikats gegen Hohenfels ist, wie das Syndikat mitteilt, ein außergerichtlicher Vergleich zustande gekommen, welcher ebenfalls gutgeheißen wurde.

**Eine Untersuchung gegen die Dapag.** Wie aus Washington gemeldet wird, hat die zwischenstaatliche Verrechnungskommission beschlossen, eine Untersuchung anzustellen über die Geschäftsführung der Hamburg-Amerikanischen Paketfahrt-Aktien-Gesellschaft, welche von der Schiffsmaklerfirma Peter Wright and Sons in Philadelphia beschaubt worden ist, einen Ring gebildet und Raumpole unter Einschränkung des Handels aufrecht erhalten zu haben.

**Solomonisbestellungen des preussischen Eisenbahnfiskus.** Die preussische Zentraleisenbahnverwaltung hat am Dienstag 700 Solomonen bei den großen deutschen Maschinenfabriken in Auftrag gegeben. Die Lieferung hat, wie wir erfahren, vom 1. April 1903 bis Ende 1903 zu erfolgen. Das Objekt beträgt zirka 50 Millionen Mark. Die beauftragten Fabriken sind durch die neuen Ordere für 1903 über ihre Leistungsfähigkeit beschafft.

**Höhere Schweinepreise.** Seit Sonnabend vergangener Woche sind die Preise für lebende Schweine auf dem städtischen Viehhofe um 10 Proz. gestiegen. Am Sonnabend betrug der Durchschnittspreis 83 M., während er vorgestern (Mittwoch) 103 M. für 100 Kilogramm Lebendgewicht mit 20 Proz. Tara betrug.

<b>Seefische -- Volksnahrung!</b> Täglich Zufuhren lebendfrischer, ständig unter Eis gehaltener Seefische in eigenen Kühlwaggons. <b>Groß. Schellfisch</b> mit Kopf im Anschnitt 30 Pf. <b>Cabliau</b> ohne Kopf im Anschnitt 25 Pf. <b>Seelachs</b> mit Kopf im Anschnitt 25 Pf.		<b>Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“</b> (Größte Hochseefischerei-Gesellschaft Deutschlands.) <b>Filiale: Berlin C. 2, Bahnhof Börse, Bogen 8-10.</b> Zentral-Sprechrohr: Amt III No. 8904. Seefisch-Kochbücher gratis. <b>Verkaufs-Niederlagen:</b> Prinzenstr. 30   Gr. Frankfurterstr. 85   Madaistr. 22   Tegel, Trosckowstr. 14 am Moritz-Platz.   Ecke Marsillustr.   im Schles. Bbb.   Tel. Tegel 114. E. Schlieperstr. Potsdamerstr. 112a   bei der Lützowstraße.   Wilmersdorferstr. 111.   Tel. Charlottenbg. 6718.		<b>Teures Fleisch -- Billige Seefische!</b> Ferner empfehlen wir in lebend frischer Ware: <b>Bratflundern 25 Pl. 3 Pl. 70 Pl.</b> <b>Rotzungen große . . . . . 40 Pl.</b> <b>Täglich frische Räucherwaren</b> in großer Auswahl. <b>Feinste englische Matjes Stück 10, 15 und 20 Pf.</b>	
---	--	--	--	--	--

# Nachtrag zur Liste der boykottfreien Bäckereien.

Brandenburgstr. 21, Beder.  
Dahlendorferstr. 17/18, Hähnlich.  
Grasmostr. 2, Müller.  
Hofmühlstr. 6, Müller.  
Königsplatz 25, Parat.  
Königsplatz 28, Eder.  
Lüderstr. 60, Köhling.  
Malmstr. 6, Hirschfeld.  
Schulstr. 67, Kutzmann.  
Stargarderstr. 69/70, Kunt.  
Zimmerstr. 75, Krämpel.  
Zahnstr. 41, Lutz.

**Charlottenburg.**  
Bielandstr. 4, Krätzky.  
**Lichtenberg.**  
Gärtelstr. 11, Dienert.  
Scharnweberstr. 8, Schubert.  
**Ober-Schöne-weide.**  
Rathenaustraße, Petereit.  
**Rixdorf.**  
Neue Donaustr. 52/53, Kuntel.  
Ferner ist zu berücksichtigen, daß in der Sonntagnummer unter der Rubrik

Rixdorf ein Verzeichnis vorhanden ist. Es darf nicht heißen: Friedelstr. 30, Reich, sondern Friedelstr. 27, Reich.  
Der Inhaber der Bäckerei Nr. 30 ist einer der größten Gegner der Gefellenforderungen.  
**Steglitz.**  
Schützenstr. 1, Haddach.  
**Tempelhof.**  
Borussenstr. 9, Schulze (nicht Jersbach, Steglitzerstr. 79).

## Die Bewilligung durchbrochen haben:

G. Eder, Anklamstr. 57.  
Dresdler, Pappel-Allee 85.  
Schemmner, Strelitzerstr. 31.  
Pegler, Varnimstr. 5.  
Pegler, Weinstr. 27.  
Purtsche, Köpenickerstr. 165.  
Schön, Mühlenstr. 51.

Otto Körbe, Kottbusstr. 49.  
J. Göstwein, Altensteinerstr. 9.  
F. Dähne, Stralauer Allee 23.  
Hanke, Jannstr. 51.  
G. Barth, Drontheimerstr. 13.  
Frd. Susat, Rixdorf, Falkstr. 21.  
F. Lorenz, Steinmühlstr. 131

Rehrig, Rixdorf, Thomasstr. 38.  
Koczanski, Rixdorf, Hermannstr. 175. Koczanski hat verkauft und hat der Nachfolger nicht bewilligt.  
Zahl, Hochstädterstr. 23.  
Mensing, Diefenthalerstr. 2.  
Müllerstr. 33/34, und die Großbäckerei Blotmer.

**Gesperret** sind ferner die Brotfabrik **Wittler**, Müllerstr. 33/34, und die Großbäckerei **Blotmer**.

Die verehrliche Bevölkerung von Berlin und Umgegend ersuchen wir, genau auf die roten Karten zu achten, die alten Plakate sind ungültig.

### Die Lohnkommission.

Verbandsbureau: Auguststr. 36, Tel. Amt III. 1243.

44/12

**Glauben Sie doch nicht,**

daß Ihre Jugendkraft erhalten bleibt, wenn Sie nicht zur Pflege Ihres Körpers beitragen. Trinken Sie täglich CACAOI, schmeckt wie Cacao, ist aber nahrhafter, stopft nicht und gibt Blut und Knochen.

**Ein Teelöffel genügt für eine Tasse.**

1/4 Pfund-Paket 50 Pfennige. .... 1/2 Pfund-Paket 1 Mark.

**Ausspülungs-**  
Apparate 3.-, 5.-, 7.50 Mark, nur Cantharidhaus C. Becker, Littenauerstr. 6.

**Möbelfabrik Julius Apelt**  
6 Adalbert-Strasse 6  
Hochbahnhof Kottbuscher Tor  
(früher: Schöller-Strasse 6).

**H. Zimmermann**  
Berlin SO, Juwelier Oranienstr. 206  
Gold- und Silberwaren-Fabrik,  
Uhren-Großhandlung. 4490L  
Eigene Werkstatt für Neuarbeit u. Reparatur.  
Streng reell. - Billigste Preise.

**Jedes Wort 10 Pfennig.**  
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

# Kleine Anzeigen

**ANZEIGEN**  
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

**Verkäufe.**

Teppiche mit Farbenflecken, Fabrik-Niederlage Große Frankfurterstr. 9, part. 2. kein Laden. Kaiserhofstr. 11

Teppiche: (sehr billige) in allen Größen für die Halle des Betriebes im Teppichlager Köpenick, Gadecher Markt 4, Babusol Straße. 256/2

Fahrräder, Teilzahlungen. Invalidenstraße 20, Stalherstraße 40.

Teppiche, Teppicharbeiten, Fabrik Große Frankfurterstr. 60, 2167/8

Herrenfahrtr., Damenfahrtr., wie neu, 45.00. Holz, Blumenstr. 30 b. 2515/6

Wandteppichhaus! Herrensplatz (früher: Spottbilger Bettencerkau), Pländerverkauf, Nähmaschinen, Uhrenverkauf, Goldschm., Teppichverkauf, Herrengarderobe, Aussteuerarbeiten.

Monatsanzüge und Sommeranzüge von 5.00, Hosen von 1.50, Gedrucktanzüge von 12.00, Fracks von 2.50, sowie für torpente Figuren. Keine Garderobe zu Hause? Billigste Weichen, aus Wandteppichen verfertigte Hosen, kauft man am billigsten bei H. K. Mühlstr. 14. 1339/6

Häutigungsverkauf, Wandteppichhaus, Weidenweg neunzehn, extra-billig. 44/12

Monatsanzüge, Abdomenanzüge, Wandteppichanzüge, Radfahreranzüge, Gedrucktanzüge, Paletots, Feinleider, Kollal, billig. Zentraler Berlin, Reander 35. Bitte auf Hausnummer zu achten! 3 Minuten von Stadtbahn Gannowbrücke. Straßenbahn-Vergütung. 2541/6

Milch- und Backwarengeschäft, gutgehend, wegen Bergang nach Ausland zu verkaufen. Rote 400. Ober-Schöne-weide, Edisonstraße 44. 1361/6

**Wiedergene Plüschgarnituren, Plüsch-sofas 60.-, Trumeaux, geschliffen, mit Stule 32.-, Bücherbinde 65.-, entzückende farbige Kissen 60.-, Büfets, Salons, Schlafzimmer, Herrenzimmer, Speisezimmer, größte Auswahl, viele Kuchenzimmer, billigste Preise, eigene Werkstätten. Dirschow, Stalherstr. 25. 2490/8**

Abfrierpumpen, 8.00 bis 100.00, alle billig, Schläuche 0.40 an. Garten-spritzen, Säuger, Kohre beim Pumpen-wahl, Ackerstraße 81. \*

Wittauer Nähmaschinen ohne Anzahlung, wöchentlich 1.00, Reparaturen billig. Wienerstraße 1-6, Barshauerstraße 67, Ackerstraße 111.

Grammophon mit Platten billig zu verkaufen. Alle Jakobstraße 135 bei Dertnig. 1364/6

Saison-Gründerkauf! Qualifizierte Verkäufer, Portieren, Steppdecken, Schlafdecken usw. Teppichhaus Emil Lehore, Oranienstraße 158. 2538/6

Damenhemden, Herrensachen, mit gestickter Spitze 1.25, Herrenhemden 1.30. Wandteppiche sowie elegante Seidenschürzen, Schreibstühle, Nähmaschinen, Salons, Büfets, Schreibtische, Wäschkästen, Paneelbreiter, Schlafzimmern, Küchen, Salons. Alles sehr billig. Kottbuscher Allee 56, am Weinbergsweg. 1376/6

Sofa, Kinderwagen und zweifelhigen Sportwagen verkauft Budde, Charlottenburg, Kantstraße 22. 4130

Hierhaus, Kegelbahn, Vereinszimmer, zweizimmerige Wohnung anstehend, billige Miete, für 1200 mit Piano, Billard; für junge Leute Goldgrube, verkauft Albusch, Landwehrstraße 22. 1379/6

Grünkräutergeschäft, frankfurterhalber billig zu verkaufen. Frau Berber, Pragerstraße 5. 1389/6

**Verschiedenes.**

10.00 Mark Belohnung, wer blauen Damen-Faltenrock zurückbringt. Kochstr. 60, Schuhgeschäft. 1267/5

Grüßere Frau Reuig, Remelerstraße 6, für eine ehrenhafte Frau Frau Bunde, Remelerstraße 76. 447

Verst die Rittersprache beherrschend! Erfolgreich, leicht lernbar, Unterricht im Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gefällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts“ zu richten.

Volontarwerk Bestel, Gütshinerstraße 9/a. 927/6

Kunstkopiererei von Frau Kotschy, Charlottenburg, Gortelstraße 84, I. \*

Teilzahlung. Anfertigung eleganter Herrengarderobe. Marcus, Drognerstraße 10a. 260/18

Der Stoff hat fertige Herrenanzüge 15.00. Wagner, Schneidermeister, Lichtenbergerstraße 2. \*

Gewürze erhalten von erstklassiger Aktienbrauerei Kaufhausgebet. Einrichtungen, Ablösungen bei Bieremahme. Kulante Bedingungen. Efferte „Berperle“ Postamt 22.

Waschanstalt. Garantiert klarfrei im Freien getrocknet, auf Wunsch gebügelt. Rafen, Leibwache, vier Köpfe, 0.10. Wohnung Sternstraße, Köpenick, Rader Friedrichstraße 1.

**Vermietungen.**

Tischlerei, kleine (komplett), Maschinen, Kraft, Dampfheizung, billig zu vermieten. M. G., Postamt 43.

**Wohnungen.**

Mietefrei einen Monat herrliche Wohnungen Goldenerstraße 32/31. \*

**Zimmer.**

Möbliertes Zimmer, Klavier, sofort zu vermieten. Wagner, Stargarderstraße 73, vorn I. 161\*

Möbliertes Zimmer für zweiten Herrn zu vermieten bei Bohne, Büchelstraße 3. 1395/6

Vorderzimmer, leeres, einzelne Person. Rathow, Schleierbahnstraße 3. 1377/6

**Schlafstellen.**

Gemütliche Schlafstelle sofort vermietbar. Renner, Poststraße 3, vorn IV, Prenglaurende. 1373/6

**Arbeitsmarkt.**

**Stellengesuche.**

Buchdrucker (Rentenempfänger) bittet um eine ihm zuzugende leichte Beschäftigung. Gefällige Offerten an Julius Krausweg, Friedrichsberg, Blumenstraße 7.

Bücher Einflüchtler bittet um Arbeit. Stühle werden abgeliefert und zurückgegeben. U. G. W., Mühlstr. 27. 1465/6

**Stellenangebote.**

Radfahrer, 16-17 Jahre alt, mit eigenem Zweirad, finden lohnende und dauernde Stellung. Schützenstr. 24/25. Arbeitszeit: 4-11 1/2 Uhr vormittags, 4-7 Uhr nachmittags. 44/17

**Goldleihenpater, Farbmacher** verlangt Weihensee, Sedanstraße 49.

Sauberes junges Mädchen für kleines Restaurant gesucht. Müller, Tempelhof, Berlinerstraße 41.

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

**Junger Mann**  
welcher stenographiert und mit der Schreibmaschine bewandert, wird per sofort gesucht. 128/2  
Monatsgehalt 100 M.  
Schriftliche Angebote Großkauf-gesellschaft NW. 52 erbeten.

**Ein tüchtiger Poilendreher** wird sofort für Desterreich, Arbeit in angenehmer deutscher Stadt, aufgenommen. Offerten mit Angaben über Alter und bisherige Tätigkeit sind an Herrn Paul Vorbeer, Weidenweg 77, zu richten. 1374/6

**Möbelschreiner.**  
4-5 tüchtige, auf polierte Arbeit bewanderte Möbelschreiner können sofort eintreten bei J. Bader u. Co., Möbelfabrik, Otten. 1242/6

**Tüchtige Steinsetzergesellen**  
finden sofort Beschäftigung in Teltow. Zu melden bei Polier Ewert dortselbst. 2 Stundenlohn 85 Pf. 128/2

**Von der Michaelbrücke heute Freitag: Große Extrafahrt mit Musik nach Woltersdorfer Schleuse.**

Wohet früh 8 1/2 Uhr, nachmittags 2 1/2 Uhr. Ferner nach Ziegenhals nachm. 2 1/2 Uhr. Preis hin und zurück 50 Pf. Außerdem Sonntagabend wieder die beliebte Mondscheinahrt mit Musik nach Haggelwerder. Preis hin und zurück 50 Pf. G. Zachow.

**Charlottenburg.**  
Spezialwerkstatt für Uhren, solide Ausführung, preiswerte Berechnung. 48833/6  
Friedr. Stabenow, Uhrenwerkzeuge 15 am Rathaus.

**Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz**

**Achtung! Streik!**

Infolge der enormen Aussparungen haben wir uns entschlossen, die Preise auf das Allerniedrigste zu bemessen, um trotz des Streiks jedem Arbeiter zu ermöglichen, sich elegant für wenig Geld zu kleiden.

**Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz**

**Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz**

**oder das Wunder Berlins**

**Ausnahme-Tage**

**Herren-Hosen.**

Serie 100. Hose, Marko Eisenfest, gestreift, Stek.	185 M.
Serie 101. Hose, Buckskin, Stek.	245 M.
Serie 102. Hose, elegante Muster, Stek.	290 M.
Serie 103. Hose, Cheviot, schwarz, Stek.	325 M.
Serie 104. Hose, Kammgarn, alle Muster, Stek.	375 M.
Serie 105. Hose, prima, sehr elegant, Stek.	425 M.
Serie 106. Hose, Ersatz für Maß, Stek.	475 M.
Serie 107. Hose, prima Kammgarn, Stek.	525 M.
Serie 108. Kellner-Hose, Stek.	215 M.
Serie 109. Hose, div. Burschen-Hosen, Stek.	145 M.
Serie 110. Hose, Kinder-Hosen, Stek.	58 Pf.

**Herren-Anzüge.**

Serie 100. Karliert, hellgrau, Stek.	695 M.
Serie 101. Gestreift, Buckskin, Stek.	765 M.
Serie 102. Cheviot, blau u. schwarz, Stek.	825 M.
Serie 103. Elegante Muster, pr. Buckskin, Stek.	950 M.
Serie 104. Sommer-Anzug, wunderbar, Stek.	1025 M.
Serie 105. Kammgarn, gestreift und kariert, Stek.	1150 M.
Serie 106. Partie-Posten, alle Muster, Stek.	1275 M.
Serie 107. Sonntags-Anzug Ia, Stek.	1360 M.
Serie 108. Maß-Ersta, Stek.	1475 M.
Serie 109. Seltene Gelegenheit, Stek.	1580 M.
Serie 110. Maß-Verarbeitung a. Roßhaar, Stek.	1750 M.

Ein Posten Sommer-Paletots bis 60 Proz. unter Preis abzugeben.  
Ein Posten Wasch-, Lüster-, Leinen-Joppen ganz enorm billig.  
Ein Posten Maß-Anzüge, das allerneueste, weit unter Preis.

**Nur kein Neid, wer kann, kann.**

**Nur so lange der Vorrat reicht, seltenste Gelegenheit!**

jetzt 85 **80** Chaussee-Strasse **80** **137** Gr. Frankfurterstr. **137**  
**9** Rosenthaler-Strasse **9** **29-30** Kottbuser Damm **29-30**

Echo Auguststr. **Schöneberg**  
**10 Hauptstraße 10.**

**Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz**

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Der Männerturnverein „Mariendorf“ (Deutsche Turnerschaft) veranstaltet am Sonnabend, den 22. d. Mts., im Lokal von Frau, Mariendorf, Dorf- und Grobbeerentragende, ein Vergnügen. Wir machen darauf aufmerksam, daß das genannte Lokal uns nicht zur Verfügung steht, mithin sind alle dortigen Veranstaltungen seitens der Parteigenossen streng zu meiden.

Auf wiederholte Anfragen teilen wir mit, daß die Räume der „Klosterbrauerei“, Charlottenburg, Ball- u. Widmarstraße, der Arbeiterkassette nicht zur Verfügung stehen. Den dortigen Kirchhofbesuchern empfehlen wir das Lokal von Papensuh, Spandauerberg 23. Das Lokal „Waldhaus“, Tegeler Weg 33/39, hat den Besitzer gewechselt (siehe Jnh. Kant); dasselbe steht uns nach wie vor zur Verfügung.

Bei dieser Gelegenheit weisen wir nochmals darauf hin, daß in Schmargendorf-Grünwald nur das Lokal „Café Wein“ frei ist, dagegen sind die Lokale „Franzensbader Garten“, neben dem neuen Vergnügungspark, und der „Vollspargel“ mit Stiehbierhalle, Inhaber Michelmann, für organisierte Arbeiter gesperrt. Desgleichen ist in Schmargendorf das Lokal „Waldläufer“ gesperrt, frei ist das Lokal „Barthels Wirtshaus“, Warnemünderstr. 6.

Die Lokalkommission.

Eine öffentliche Schifferversammlung findet am Sonntag, den 23. Juni, nachmittags 3 Uhr, in Feuerleins Festsaal, Alte Jakobstraße 75, statt. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Vorstandes und sämtlicher Funktionäre. Diskussion. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Der Vorstand.

Alle Genossen, die mit Schiffern in Verbindung stehen, werden ersucht, dieselben auf die Versammlung aufmerksam zu machen.

Die Agitationskommission.

Marienselde und Umgegend. Am Dienstag, den 25. Juni, abends 7 Uhr, hält der Wahlverein bei Berger, Dorfstraße, seine Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Vorstandes und sämtlicher Funktionäre. Diskussion. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Der Vorstand.

An dem gleichen Tage findet im selben Lokale abends 8 1/2 Uhr eine öffentliche Volksversammlung statt, in der Stadtverordneter Genosse Broger, Nixdorf einen Vortrag über: „Der Kampf der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie“ halten wird. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung werden die Bewohner von Marienselde und Umgegend — auch die Frauen — ersucht, recht zahlreich in der Versammlung zu erscheinen. Der Einberufer.

Trebbin. Sonntag, den 23. Juni, nachmittags 4 Uhr, findet bei B. Fromm, „Schützenhaus“, eine öffentliche Versammlung statt. Die Genossen und Genossinnen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.

Berliner Nachrichten.

Eine Szene aus dem Arbeiterleben.

Eine betrübende Szene spielte sich Mittwoch, den 19. Juni, in einem Hause der Kiststraße, einer Mietkaserne, ab. Am frühen Morgen gegen 8 Uhr erschien dort ein feierlich mit schwarzem Gehrock bekleideter junger Herr. Ein älterer, augenscheinlich dem Beamtenstande angehörender, von riesenhafter Figur schritt ihm zur Seite. Den Schluß machten zwei Arbeiter. Man bemühte sich über zwei Döse nach einer im letzten Quergebäude 4 Treppen hoch gelegenen Wohnung, aus Stube und Küche bestehend. Dieselbe wird bewohnt von einem Drochkensutcher und seiner aus Frau und vier Kindern bestehenden Familie, das älteste sechs, das jüngste über ein Jahr alt, alles zarte schwächliche Kinder. Auf kräftiges Klopfen und Klingeln meldet sich niemand. Nur ängstliches Kindergeschrei ist hörbar. Doch Frau Themis ist nicht nur blind, sondern mit zunehmendem Alter auch harthörig geworden, oder nur manchmal? Einer der Arbeiter wird, da die Situation sich nicht ändert, abgesetzt und kehrt in kurzer Zeit mit einem Schlosser zurück, dessen geübte Hand bald Zutritt zu den gesuchten Schwestern verschafft. Erschreckt schauen die Kleinen mageren Wichte auf die eintretenden „Ankels“, sogar das Schreien des Kleinsten verstummt. Hüßlos schauen die Kleinen, die Mutter wohl in Vorahnung der kommenden Dinge in den dünnen Betten gelassen hat, dem Beginnen der Männer zu. „Ja dett hilft nich, de Betten müssen m'r ha'm“, und behutsam werden die Fassunglosen aus dem warmen Nest gesetzt. Es ist ja Sommer! Dann beginnt ein enigmatisches Schaffen und Aufräumen. Die Bettstellen werden auseinandergeschlagen, Matratzen und allerhand ärmlicher Hauskram, auch ein strapaziertes Sofa, wird die Treppen heruntergeschafft und auf den harrenden Wagen verladen.

„Totte doch, die Kinderken dhun mer so leid,“ meint der eine Arbeiter zu der Nachbarin.

„Det Vertikoo un det Spinde hat de Bande schon verlooft,“ sagt unzufrieden der wie ein Theologe aussehende junge Herr.

„Will denn der det Zelumpe noch mal für Rei verlooßen,“ sagt ein empörter Nachbar.

„Wat kann da noch zu bezahlen sinn? De Leite sinn ja vier Jahr verheirat.“

„Ach wat, der Kram wird verkloppt!“ schneidet der riesenhafte Bote der Dame Themis die Debatte ab. „Dat loßt 'n der Kofentopp?“ wendet er sich an das im Hause wohnende Blumensträußlein. Bald sind die beiden handelsmäßig.

Der junge Herr und der Riese verabschieden sich mit elegantem Hutschwung. Jener steckt sich eine Carbaty an, gibt dem Kutsher einen Wink und humpelnd setzt sich der Wagen in Bewegung.

„Ja! Ja! De Abzahlungsfröhen!“ sagt der Nachbar philosophisch und geht in seine Werkstatt. Aus der leeren Wohnung ertönt das ängstliche Weinen der ratlosen Kinder.

Die Gewerbe-Deputation des Magistrats verhandelte am Mittwoch über den Antrag des Ausschusses des Kaufmannsgerichts zu Berlin, welcher den Magistrat ersucht, bei den Kleinhändlern Erhebungen darüber anzustellen, ob sie mit einer Beschränkung der Verkaufszeit an Sonn- und Feiertagen auf die Stunden bis 10 Uhr vormittags unter Fortfall der Stunden von 12 bis 2 Uhr nachmittags einverstanden sind. Nach eingehender Besprechung erklärte sich die Deputation mit der Vornahme der beantragten Erhebungen einverstanden. Es wurde eine aus neun Mitgliedern der Gewerbe-Deputation (darunter unsere Parteigenossen Stadtverordneter Vorkmann und Bürgerdeputierter Tugauer) bestehende Kommission gewählt, welche bezüglich dieser Erhebungen das weitere veranlassen und später dem Plenum Bericht erstatten soll.

Bei der letzten Lohnbewegung im Tapezierergewerbe hatte die hiesige Tapezierer-Zwangsjunung über die organisierten Tapezierergesellen die Aussperrung verhängt und den Junngesmitgliedern, welche Mitglieder des Gesellschafterverbandes oder des Fachvereins der

Tapezierer beschäftigten, Strafen angedroht. — Der Gesellschafterausschuß der Junung beantragte darauf bei der Gewerbe-Deputation die Aufhebung der durch die Junung über die Gesellen verhängten Aussperrung. — Bei der Beratung dieses Antrages wurde bedauert, daß derselbe erst jetzt nach zirka vier Monaten in der Gewerbe-Deputation zur Verhandlung komme, nachdem der Streik und die Aussperrung längst beendet, der Antrag also überholt sei. Das Vorgehen der Junung wurde scharf kritisiert. — Die Gewerbe-Deputation entschied, daß die Junung als solche nicht berechtigt war, die Aussperrung der Gesellen zu veranlassen. Sowohl durch die Aussperrung der Gesellen als auch durch Strafanordnung gegen diejenigen Junngesmitglieder, welche dem Aussperrungsbeschlusse nicht Folge leisteten, habe die Junung ihre Befugnisse überschritten.

Wiederholt hat sich die Gewerbe-Deputation mit den Mißständen in der Herberge und im Arbeitsnachweis der Fleischerinnung beschäftigt. Ihr Vorgehen hatte den Erfolg, daß die widerspenstige Junung durch die Polizeibehörde veranlaßt wurde, die Zahl der Betten in der Junungs-herberge zu vermindern. Um einen geregelten Arbeitsnachweis zu führen, hatte die Gewerbe-Deputation die Junung ersucht, eine Liste zu führen, in welche alle arbeitssuchenden Gesellen eingetragen und bei der Ausgabe von Adressen nach der Reihenfolge der Eintragung berücksichtigt werden sollten. Obwohl sich auch eine im März dieses Jahres abgehaltene Versammlung von Schlächtergesellen mit der obligatorischen Einführung einer solcher Liste einverstanden erklärte und hiervon der Gewerbe-Deputation Kenntnis gab, weigert sich die Junung hartnäckig, die Liste obligatorisch einzuführen. Sie will es jedem einzelnen überlassen, ob er sich in die Liste eintragen lassen will oder nicht. — Ein Antrag, die Junung durch Strafanordnung zur Führung einer Liste für alle arbeitssuchenden zu veranlassen, wurde von der Gewerbe-Deputation gegen sieben Stimmen abgelehnt mit der Motivierung, daß ja der Gesellenausschuß der Fleischerinnung sich mit der fakultativen Liste einverstanden erklärt habe, da die Arbeitsnachweisordnung vom Gesellenausschuß unterzeichnet sei.

Der Magistrat hat für das projektierte Hospital in Wuch, das für 1500 Hospitalisten eingerichtet werden soll, rund 925 000 M. für das Inventar bewilligt. Vorgehen sind dabei eine Feuerlösch-einrichtung und die Uebernahme des Bestattungswesens in Wuch durch die sogenannte Betriebszentrale. Der Stadtverordnetenversammlung soll noch eine besondere Vorlage zugehen.

Wie macht man sich lästig?

Arbeiter aus dem Auslande werden als Gäste Prentzen-Deutschlands mit offenen Armen aufgenommen, wenn sie hierher zuwandern, um gegenüber den einheimischen Arbeitern die Rolle von Lohnbrüchern, Streikbrechern usw. zu spielen. Wer aber als ausländischer Arbeiter bei uns sich erdreißt, soviel Lohn wie jeder einheimische Arbeiter zu verlangen und sogar an Kämpfen unserer Arbeiter um Gewährung besserer Löhne teilzunehmen, der wird dem Unternehmertum bald als ein sehr überflüssiger, höchst lästiger Gast erscheinen. Wenig die tätige Anteilnahme an Lohnkämpfen, einen aus dem Auslande zugewanderten Arbeiter auch der Polizei als lästig erscheinen zu lassen? Oder muß erst noch irgend ein Denunziant kommen und „weiteres Material“ herbeitragen, damit unsere Polizei den Gast als lästig genug empfindet und ihn über die Grenze zurückschickt?

Diese Fragen hat kürzlich in Berlin ein Emailmaier B. sich vorlegen müssen, der aus Oesterreich nach Deutschland zugewandert war, aber die Staatszugehörigkeit zu Oesterreich behalten hatte. Ganz unerwartet war ihm Ende März von der Polizei eröffnet worden, er werde hiermit aus Preußen ausgewiesen und müsse spätestens in vier Wochen die schwarzweißen Grenzpfähle hinter sich haben. Der Mann hatte sich lästig gemacht, mithin mußte er raus! Wodurch er sich lästig gemacht haben sollte, das ist nicht ganz sicher festgestellt worden. B. hatte bereits seit einer Reihe von Jahren seinen Wohnsitz in Berlin. Hier heiratete er im Herbst 1905 eine deutsche Frau, die ihm ein Kind gebar. Der Besitzer des Hauses, in dem B. seit seiner Eheschließung gewohnt hat, bezeichnet ihn als einen ruhigen und nüchternen Mann, der mit seiner Frau eine glückliche Ehe führte. In gewerkschaftlicher wie in politischer Hinsicht stand B. auf der Seite der Arbeiterklasse, die um ihre Befreiung aus Kapitalgefellen ringt. Sonst hatte er nichts weiter „verbrochen“, aber für einen Ausländer ist vielleicht auch das schon genug und zu viel.

Als B. die Ausweisungsbefehl bekam und nach den Gründen forschte, fiel ihm ein, daß etliche Wochen vorher ein fremder Herr zu ihm gekommen war, der bei der allein in der Wohnung anwesenden Frau B. sich erkundigte, ob ihr Mann einer gewerkschaftlichen Organisation angehöre. Der Unbekannte hatte sich eingeführt mit den Worten: „Ich komme vom „Vorwärts“. Sie lesen ihn doch?“ Ja, das traf zu: B. las den „Vorwärts“ und bezog ihn selbstverständlich durch die Expedition der Partei. Der Unbekannte schien schon Bescheid zu wissen, offenbar kam er — so sagte sich die Frau — wirklich von der „Vorwärts“-Expedition. Und nachdem sie nun Vertrauen zu ihm gefaßt hatte, durfte er sie ausfragen. „Ist Ihr Mann bei einem Verband?“ „Es handelt sich nämlich,“ so plauderte er, „um eine statistische Aufnahme der Gewerkschaftsmitglieder. Ihr Mann wird Ihnen gewiß schon davon erzählt haben. B. hatte ihr allerdings nicht davon erzählt, aber sie gab arglos Auskunft, ihr Mann gehöre natürlich dem Verbande seines Berufes an. Als B. am Abend nach Hause kam, ersahen ihm diese Visite ein bißchen sehr verwunderlich, aber er unterließ es zunächst, dem „Statistiker“ nachzuspüren. Erst als er dann die Ausweisungsbefehl kriegte, wurde er stutzig und brachte sie in Zusammenhang mit jenem weibegerierigen Fremden.

Erst da gelangte die Angelegenheit auch zu unserer Kenntnis. Es wurde nun sofort festgestellt, daß der angebliche „Vorwärts“-Mann — falls der Besucher tatsächlich gesagt hat, er komme vom „Vorwärts“ — weiter nichts als ein frecher Schwindler war. Auch von dem sozialdemokratischen Wahlverein des Kreises, in dem B. wohnte, oder von der Gewerkschaft, die für ihn in Betracht kam ist ihm niemand ins Haus geschickt worden, um eine „statistische Aufnahme“ zu machen. Der geheimnisvolle „Statistiker“, der sich da in B.'s Abwesenheit bei Frau B. einfand, um sie auszufragen, war zweifellos von einer ganz anderen Stelle geschickt worden. Ihm war es darum zu tun, „Material“ zu beschaffen, durch das sich „beweisen“ ließe, daß der Ausländer B. sich „lästig“ gemacht habe.

B. ging mit der Ausweisungsbefehl zunächst zu seinem Hauswirt, um den davon in Kenntnis zu setzen, daß er raus müsse. Gleichzeitig schilderte er, wie jener Fremde bei ihm spionierte habe. „Er, der war ja auch bei mir!“ rief da der Hauswirt. Und nun erst erfuhr B., daß damals an genau demselben Tage um ungefähr dieselbe Zeit ein Mann auch bei dem Hauswirt vorgeprochen habe, um über B. Erkundigungen einzuziehen. Der Fremde habe dabei erzählt, B. treibe sich nachts umher, prügele seine Frau, und so weiter. Der Wirt habe ihm geantwortet, wer das sage, der sei ein Blüner; er selber wisse aus eigener und genauer Beobachtung, daß B. in glücklicher Ehe lebe und immer am Tage ausgehe und zwar mit Weib und Kind. Die

Beschreibungen, die Frau B. und der Hauswirt von den beiden Besuchern gaben, stimmten ziemlich überein. Handelte es sich um eine und dieselbe Person?

Gegen die Ausweisungsbefehl appellierte B. an den Oberpräsidenten, aber das half ihm nichts. In Preußen müssen die paar Glücklichen, die bisher die Zurücknahme einer Ausweisungsbefehl erreicht haben, mit der Laterne gesucht werden. B.'s Einspruch wurde abgewiesen. Als die ihm gnädigst noch bewilligte Frist abgelaufen war, mußte er sein Bündel schnüren und mit Weib und Kind sich außerhalb der schwarzweißen Grenzpfähle eine neue Heimat suchen. Damit hat er in Preußen sich lästig gemacht? Sie haben's ihm nicht gesagt; aber — seine Antwort ist auch eine Antwort.

Die Heiligkeit der Ehe.

Mit breitem Behagen erzählt die bürgerliche Sensationspresse jetzt Tag für Tag pikante Ehegeschichten aus der vornehmsten Gesellschaft von Berlin WW. Gestern war es ein bekannter Lebemann, der als neugeborener Millionärschwiegervater mit seiner jungen Frau die Hochzeitsreise antrat, in Paris und Monte Carlo das Geld des Schwiegervaters mit vollen Händen austreute und es auch im übrigen so toll trieb, daß die ihm eben erst angetraute junge Gattin allein zu ihren Eltern nach Hause reiste und niemals wieder den Herrn Gemahl auf einer Reise begleiten will. Heute deklariert man sich an einer sensationellen Liebesaffäre aus den ersten Berliner Gesellschaftskreisen, die die Gattin eines bekannten Berliner Großkaufmanns betrifft, die mit ihrem Herzensfreunde, einem gleichfalls den ersten Berliner Gesellschaftskreisen angehörenden Juristen, dem sie schon seit längerer Zeit in Liebe angehörte, unbekannt wohin verreist ist. Es fielen uns gar nicht ein, den sich tagtäglich darbietenden Schmutz aus der Hautebolee auch nur mit einem Worte zu erwähnen, wenn diese Kreise der sittenlosen Jugend und zahlungsfähigen Moral nicht die gleichen Deutschen repräsentierte, die nicht genug über die die Ehe und Familie untergrabende Sozialdemokratie zu zernern wissen.

Ist unsere Polizei präde? Ob sie es ist! Sie steht in dem Ruf, sogar ein bißchen zu präde zu sein. Wirklich hat sie in ihrem pflichtgemäßen Eifer, das „Schamgefühl“ zu behüten, mitunter schon die „tollsten Sachen“ gemacht. Jedes, sie kann auch andres. Sie kann unter Umständen sogar tolerant sein gegen „Anstößigkeiten“, die fast einem „Normalmenschen“ wider den Strich gehen. Wir werden darauf aufmerksam gemacht, daß auf dem Hofe des Grundstückes Alexanderstraße 57 (Ede Königsgraben) sich eine Reiterade befindet, die durch keine Tür gesichert ist. Wer sie bemutet, der sieht sozusagen auf dem freien Hof. Bei Gelegenheit haben wir uns überzeugt, daß es in dieser Reiterade in der Tat ganz unmöglich ist, sich vor den Wänden der über den Hof gehenden Personen zu bergen. Anscheinend wird dieser Winkel besonders von den Gästen einer Kellnerinnenkneipe bemutet, die in dem Hause betrieben wird. Das interessanteste dabei ist, daß auf dem Grundstück sich auch ein Polizeibureau befindet. Wir können uns nicht denken, daß noch nie einer der zahlreichen Polizeibeamten, die hier ein- und ausgehen, den Zustand der Reiterade bemerkt haben sollte. Aber offenbar finden sie nichts dabei. Nun, uns soll's recht sein, wenn die Berliner Polizei anfangen will, sich ihre Präberie abzugewöhnen. Hoffen wir, daß sie sich nicht daran genügen läßt, solche Unbefangenheit nur gegenüber dieser Reiterade zu betätigen.

Geräusch am Neubau des Operntheaters.

Schweres Unheil richtete gestern mittag am Schiffbauerdamm 25 der Einsturz eines großen Lastkrans an. Vier Arbeiter und ein Drochkensutcher wurden hierbei zum Teil schwer verletzt. Außerdem wurde ein Pferd erschlagen. Ueber den bedauernden Unfall erfahren wir folgende Einzelheiten:

Auf dem genannten Grundstück wird das Neue Operntheater aufgeführt und sind die Fundamente bereits fertiggestellt. Die ganze Baufront entlang ist ein großes eisernes Krangerüst von etwa dreißig Meter Länge errichtet, das in der Mitte den 25 Meter hohen Kran trägt. Der größte Teil dieses Gerüstes samt dem Kran stürzte nun gestern mittag 11 1/2 Uhr nach der Wasserseite hin ein. An jener Stelle ist aber ein Drochkensutcherplatz, der stark mit Drochsen besetzt war. Der Kutsher Bölske, der in seiner Drochse 5792 sah, sah das Krangerüst plötzlich wanken, sprang zum Wagen heraus und rettete sich dadurch. Allerdings erhielt er noch von einem herabfallenden Eisenstück einen Schlag gegen den Leib, doch ist die Verletzung nicht gefährlich. Das Pferd der hinter ihm haltenden Drochse Nr. 105 wurde von einem Eisenballen derart getroffen, daß es in einer großen Blutlache zuckend liegen blieb. Um das arme Tier von seinen Qualen zu erlösen, erschloß man es bald darauf. Unter den Trümmern lagen vier Arbeiter begraben. Zuerst gelang es, den Maschinisten Gustav Junguhn zu befreien. Er hatte neben Weinbrüchen noch schwere innere Verletzungen davongetragen. Nach längeren Bemühungen konnten auch die drei anderen Verunglückten hervorgezogen werden. Sehr schwer verletzt war nur noch einer, nämlich der Metallarbeiter Julius Diekmann aus der Fagenauerstr. 11. Die beiden anderen Arbeiter, deren Namen noch nicht festgestellt sind, kamen mit leichteren Verletzungen davon. Alle vier fanden auf der nächsten Unfallstation die erste Hilfe. Junguhn und Diekmann wurden dann nach der Charité geschafft. Die herbeigerufene Feuerwehr brauchte nicht weiter in Tätigkeit zu treten, da alle Personen schon gerettet waren. Der Bau blieb einstweilen polizeilich gesperrt. Den Aufbau des Kranes hat die Kranbau-Gesellschaft m. b. H. W. o. h. u. W. o. l. e. r., Koloniestr. 76, vollziehen lassen. Ob hierbei etwa schuldhaft gehandelt worden ist oder ob andere Ursachen den Einsturz herbeigeführt haben, muß erst die eingeleitete Untersuchung ergeben.

Nach einer anderen Meldung sollen zwei Personen geistig worden sein. Als Ursache des beklagenswerten Unfalles wird angegeben, daß das Mauerwerk, auf dem der hohe Eisenkran ruhte und an dem es verankert war, nicht fest genug gewesen sei. Ist diese Mitteilung über die Ursache des Unglücks richtig, so würde dem Unternehmer des Baues ein schwerer Vorwurf treffen. Der Bau, der noch im Grunde ist, wird von der Firma Fränkel aufgeführt, die sich Affordmurer geholt hat. Damit hätte denn die mörderische Affordmurer wiederum ein schweres Unglück mehr auf ihrem Schuldkonto.

Die Aufstellungsleitung der „Dank“ wendet sich nunmehr, wie vorauszu sehen war, gegen die auf der Protestversammlung von Aufstellern gefallenen Anschuldigungen.

In der gestrigen Protestversammlung wiederholte Herr Wintefeldt, der Vorsitzende des Ausschusses, daß seine Behauptungen betreffend der Verwendung von 300 000 M. fremder Gelder auf Wahrheit beruhten. Dieser Behauptung trat jedoch das Vorstandsmittglied der Aufstellungsleitung, Herr Werner mit den Worten entgegen, daß diese Behauptung „eine gemeine Lüge“ sei, während Herr Kneberg vom Finanzausschuß sogar die Wichtigkeit der Werner'schen Erklärung eiskalt zu bezeugen sich bereit erklärte. Wahrscheinlich hielt auch der im Aufstellervorstande sitzende Herr Oberst-

Leutnant v. Rabenau die Verdächtigungen Winterfeldts in der vergangenem Protokollversammlung für nicht unbedenklich, da er riet, mildere Maßnahmen zu ergreifen und solch „ernste Dinge“ nicht zur Kenntnis der Öffentlichkeit gelangen zu lassen. Die Ausstellungsleitung hat sich von Herrn Oberleutnant v. Rabenau eine schriftliche Erklärung geben lassen, worin dieser bestritt, daß jene Äußerungen, wie sie berichtet wurden, zutreffend seien. Der Berichterstatter müsse sich „verhört“ haben. Wäandlich sagte er gestern, daß seine strittigen Ausführungen jedenfalls „hinweg“ so gelaunt hätten, wie in seinem oben erwähnten Schriftstück ausgedrückt sei.

Der neue Berliner Polizeioberst. Der Polizeimajor Paul Hüfft ist vom Kaiser zum Polizeioberst und Kommandeur der Schutzmannschaft von Berlin als Nachfolger des Polizeiobersten Krause ernannt worden.

Am einer Bootsfahrt ertrunken ist gestern nachmittags ein unbekannter etwa 30-jähriger junger Mann. Er hatte sich bei einem Bootverleiher am Müggelsee in der Nähe der Rahnendorfer Mühle ein Boot genommen und war auf den See hinausgefahren. Der Bootführer, der ein schlechter Ruderer war, fuhr fast bis zur Hälfte des Sees hinaus. Durch eine unvorsichtige Bewegung kam dann das Boot zum Kentern. Der Infante stürzte in die Fluten und ertrank. Das leere Boot wurde von Ruderern ans Land gebracht. Die Leiche konnte noch nicht gelandet werden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Unbekannte selbst den Tod in den Wellen gesucht hat.

Drei große Brände machten der Feuerwehr in letzter Nacht viel zu schaffen. In der Kopenstr. 10 stand der Dachstuhl des vierstöckigen Eckschloßes mit einem Eisturme in Flammen. Da die Nachbargebäude bedroht waren, so ging die Wehr sofort über mechanische Leitern hinweg mit vier Schlauchleitungen vor. Mit großen Anstrengungen gelang es zwar, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken, doch brannte fast der gesamte Dachstuhl mit den Bodenverschlüssen nieder. Die Entstehungsurache des Feuers konnte nicht aufgeklärt werden. — Ein zweiter Dachstuhlbrand war Fruchtstr. 1 zu bekämpfen. Dort ging ein größeres Kartonslager, das im Dachstuhl untergebracht war, in Flammen auf. Die zweite Kompanie hatte längere Zeit mit mehreren Möhren Wasser zu geben, um des Brandes Herr zu werden. — Zur selben Zeit wurde die vierte Kompanie nach der Dultowstr. 62 gerufen, wo ein gefüllter Heuboden auf noch nicht ermittelte Weise Feuer gefangen hatte. Auch hier hatte die Wehr fast zwei Stunden zu tun, um das Feuer abzulöschen.

Vom Turmwagen auf den Straßenbahnwagen geschleudert. Glück im Unglück hatte gestern der Schloffer Max Berger aus der Bergstr. 27 bei einem seltsamen Unglücksfall. Er hatte auf einem Turmwagen gestanden, während er in der Hermannstraße an der Oberleitung der Straßenbahn Reparaturarbeiten ausführte. Als der Motorwagen Nr. 1970 dahergefahren kam, gab der Fahrer dem Schloffer das Signal, die Kontaktstange herunterzuziehen. Der Letztere beachtete jedoch nicht das Signal, und der Turmwagen wurde durch die Kontaktstange zur Seite geschleudert. Das rechte Vorderrad ging in Trümmer, und B. wurde von der beträchtlichen Höhe herabgeschleudert. Glücklicherweise fiel er aber auf das Dach des Straßenbahnwagens und dann auf den Straßenbahnplan hinab. Dadurch hatte sich die Gewalt des Sturzes derartig gemildert, daß der Verunglückte nur äußere Verletzungen davontrug.

Ueber lebensgefährliche Zustände in den Häusern Danziger Straße 8/4 konnten wir in Nr. 95 berichten, und nach circa drei Wochen feststellen, daß unser Bericht die Polizei veranlaßt habe, dem Herrn Hauswirt der genannten Häuser den Auftrag zu erteilen, schleunigst für Abhilfe zu sorgen.

Es waren bekanntlich die beiden Eingänge zu den Häusern zu einer schmalen Einfahrt umgebaut worden und nunmehr sollte der alte Zustand wieder hergestellt werden.

Sieht man sich jedoch die Geschichte etwas näher an, so muß man staunen, welche Rechte sich ein Hausagrarier, und noch dazu ein pensionierter Ministerialbeamter herausnehmen kann. An dem Bau des Aufganges zu Nr. 3 ist überhaupt noch kein Finger gerührt, und der Umbau des Aufganges zu Nr. 4 liegt seit der Ausherrung der Bauarbeiter vollständig still. Die Art des Umbaus muß jedoch bei jedem Fachmann Kopfschütteln erregen und fordert ganz energisch, daß um dessen Ausführung sich die Baupolizei etwas besser als bisher kümmert. Der Eingang zu Nr. 4 ist zu einem Goldwarengeschäft umgebaut. Es wird nun die hinter diesem Geschäft gelegene Destillation so umgebaut, daß neben dem Restaurationsgeschäft der Eingang zu den Treppen des Vorderhauses hergerichtet wird. Zu diesem Zwecke sind bereits von den Pfeilern auf jeder Seite etwa 30 Zentimeter weggenommen worden, so daß der Pfeiler zur linken Hand nur noch etwa die Stärke der Brandmauer hat und nach dem Goldwarengeschäft zu noch circa 30 Zentimeter übrig bleiben. Die Polizeivorarbeit besagt nun, daß ein jeder Träger mindestens 10 Zoll Auflage haben muß und glaubt der betreffende Hauseigentümer, daß es genüge, wenn der Träger, der die ganze Last des fünfstöckigen Hauses zu tragen habe, zehn Zoll auf freihängendem Gestein aufliege. Daß dadurch die Gefahr des Haussturzes heraufbeschworen wird, daran denkt der Herr wohl nicht. Inzwischen besteht für die Hausbewohner wie für die Beamten des Postamts 58 die Lebensgefahr ruhig weiter. Wenn dreißig der Umbau in der gedachten Weise schon fertiggestellt wäre, so würde dadurch die Gefährlichkeit dieser Menschenfalle eher noch erhöht werden. Es müßten nämlich alle diejenigen, welche zu den Treppen von Nr. 3 gelangen wollen, oder nach dem Hofe gehen, doch wieder die Einfahrt benutzen; gar auf dem etwa 4 Meter langen dunklen Flur eine Treppe aus dem Goldwarengeschäft nach außen auf, so kommen Passanten in Gefahr, bei etwas schnellem Drehen sehr leicht an den Kopf gestoßen zu werden.

Das Verbandsbuch der Maurer (Zentralverband) Nr. 2848 ist an der Brunnenwald- und Potsdamerstraße (Ecke) verloren worden. Der Finder wird um Abgabe gebeten an Maurer Polnow, Bastianstraße 2, Turmgebäude II.

Beim Anflug des voin. sog. dem. Distriktsklub zu Altdorf ist Sonntag, der 16. d. M., ein Kinder-Jackel in der Königsheide gefunden worden. Abzuholen beim Gen. R. Stadgewölbi in Witt, Bürgerstr. 57a, v. III.

Im wissenschaftlichen Theater der Krania wird am Sonnabend noch einmal eine Nachmittagsvorstellung zu kleinen Preisen stattfinden und zwar gelangt der Vortrag „Durch Dänemark und Schweden“ zur Wiederholung. Abends wird der Vortrag „Von der Lapsche zum Baymann“ wiederholt und am Freitag der Vortrag „Die Gletscher der Hochgebirge und die Eiszeit unserer Heimat“.

Gesperrt ist die Neue Promenade — vom Gadeschen Markt bis zu ihrer Einmündung in die Burgstraße — umfangreicher Straßennordarbeiten halber.

## Vorort-Nachrichten.

### Charlottenburg.

In der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung vom Mittwoch wurde der größte Teil der Sitzung durch die Besprechung der sozialdemokratischen Interpellation über den Kampf im Baugewerbe ausgefüllt. Die vom Genossen Vogel begründete Interpellation richtet an den Magistrat die Frage, ob es ihm bekannt ist, daß die Bauarbeiter an den Bauten der Höheren Mädchenschule in der Wandellmannstraße und der Feuerwehrröhre in der Sauerstraße infolge der Arbeiteraussperrung im Baugewerbe gegenwärtig ruhen, und ob er Vorkehrungen zu treffen gedenkt, daß die hierdurch drohende Verkümmern der Frist zur Fertigstellung dieser dringend notwendigen Gebäude nicht zur Tatsache wird.

Nachdem Genosse Vogel auf die Notwendigkeit der Fertigstellung der Bauten hingewiesen hatte, gab Stadtbaurat Seeling im Namen des Magistrats die Erklärung ab, daß der Magistrat sich

von vornherein auf den Standpunkt gestellt habe, daß, nachdem die Arbeiternehmer den Spruch des Einigungsamtes abgelehnt haben, den Arbeitgebern die im Vertrag vorgesehenen Erleichterungen zu gewähren seien.

In der Besprechung ergriff zunächst Stadtv. Girsch (Soz.) das Wort, der die Haltung des Magistrats einer scharfen Kritik unterzog. Der Magistrat habe einseitig den Standpunkt der Unternehmer vertreten; anstatt sich neutral zu verhalten und sich in den wirtschaftlichen Kampf nicht einzumischen, gab er den Arbeitgebern von vornherein Unrecht und konnte den Unternehmern entgegen. Es sei richtig, daß die Arbeiter den Schiedsspruch nicht angenommen und sich dadurch scheinbar ins Unrecht gesetzt hätten, aber nur scheinbar, denn man dürfe nicht vergessen, daß die Arbeitgeber durch die strikte Ablehnung, über eine Verzögerung der Arbeitszeit zu verhandeln, die Arbeitnehmer schwer gereizt hätten. Die Arbeitgeber hätten die Aussperrung inszeniert, obwohl die Arbeiter gar nicht an eine Arbeitseinstellung gedacht hätten. Man müsse verlangen, daß die Stadt entweder in eigener Regie die angefangenen Bauten vollende, zum mindesten aber, daß sie die Unternehmer vorgreiflich mache. Ueber die Haltung des Magistrats wundere er sich nicht; von einer Körperschaft, deren Mitglieder von einer auf Grund des pluralistischen Dreiklassenwahlsystems zusammengesetzten Körperschaft ernannt seien, könne man nicht erwarten, daß sie gegen die Interessen ihrer eigenen Klasse handele.

Bürgermeister Matting bestritt, daß der Magistrat sich in den wirtschaftlichen Kampf eingemischt habe; es stehe fest, daß das Einigungsamt gesprochen und daß die Arbeitnehmer sich nicht gefügt hätten. Die Arbeiter hätten dadurch eine Situation geschaffen, die es den Arbeitgebern wirtschaftlich unmöglich mache, weiter arbeiten zu lassen. Die dadurch eingetretene Situation habe eine fröhliche Leidenschaft mit einer force majeure (höherer Gewalt). Der Magistrat habe sich lediglich dem Spruch des Einigungsamtes gefügt; nicht er, sondern die Sozialdemokraten greifen in den wirtschaftlichen Kampf ein. (Lebhafter Beifall.)

Stadtv. Dr. Spiegel (Lib.) erklärte für seine Person, er könne sich der Ansicht nicht verschließen, daß die Unternehmer scharf vorgegangen seien; sie seien nicht zur Aussperrung gezwungen gewesen, denn die Arbeiter hätten nach dem alten abgelassenen Tarif ruhig weiter gearbeitet. Ebenso gut wie die Unternehmer vom 1. Juli ab wieder arbeiten lassen wollten, hätten sie auch bereits im Mai weiterarbeiten lassen können.

Einen entgegengeetzten Standpunkt vertrat Dr. Franke, der Fraktionskollege des Vordemers. Die Forderung, sich in den wirtschaftlichen Kampf nicht einzumischen, habe der Magistrat nicht erfüllen können, er müßte zugunsten der einen oder der anderen Partei seine Autorität und seine Machtmittel in die Waagschale werfen. Tatsächlich habe höhere Gewalt vorgelegen, die Unternehmer hätten damit rechnen müssen, daß die Arbeiter den Streik erklären, und dem seien sie zuvorgekommen. Der Stadtverordnete Girsch habe nur die Interessen der Arbeiter wahrgenommen (Zuruf des Stadtv. Girsch: Und Sie die der Unternehmer!).

Stadtv. Dr. Vorchardt (Soz.) wies scharf darauf hin, daß vom Magistrat und den bürgerlichen Rednern wohl das Interesse der Unternehmer sehr warm vertreten werde, nicht aber das der Stadt Charlottenburg; dieses verlange strikte Innehaltung der Vorschriften. Darüber jedoch sehe sich der Magistrat ohne weiteres hinweg. Der Herr Bürgermeister habe für das Einigungsamt eine größere Autorität gewünscht; als aber vor kurzem von Unternehmerseite, nämlich der Müllerfabrikgesellschaft, dem Sinne und dem Wortlaut ihres Vertrages entgegen das Einigungsamt überhaupt abgelehnt wurde, da habe man vom Magistrat nur Lobeshymnen für dieses Verhalten gehört. Beim Magistrat also haben — das gebe aus diesem Verhalten deutlich hervor — die Arbeiter stets Unrecht, die Unternehmer stets Recht, und aus dieser Meinung folgen die Entschlüsse des Magistrats, nicht aus der Erwägung, was im Interesse der Stadt notwendig sei. Ueber diese Tatsache Klarheit zu verbreiten, sei dringend notwendig.

Nachdem die Stadtv. Vogel und Girsch wiederholt im Sinne der Interpellation gesprochen und Bürgermeister Matting sowie Stadtv. Dr. de Gruhler (Lib.) nochmals das Vorgehen des Magistrats zu rechtfertigen versucht hatten, schloß die Besprechung. Die Debatte hat klar bewiesen, daß die bürgerlichen Parteien mit ganz vereinzelten Ausnahmen ebenso wie der Magistrat sich als Sachwalter der kapitalistischen Interessen fühlen und daß die Arbeiter sich einzig und allein auf die sozialdemokratischen Vertreter verlassen können. Der Magistrat hat zwar die Aufnahme der Streiklausel in die Verträge abgelehnt, aber die Unternehmer brauchen nichts zu fürchten; er kommt ihnen genau so entgegen, als wenn die Streiklausel ausgenommen wäre.

Mit der Vorlage betr. Vermehrung der Zahl der Magistratsmitglieder erklärte sich die Versammlung einverstanden. Es sollen ein neuer besoldeter Stadtrat und ein unbesoldeter sowie zwei weitere Magistratsassessoren angestellt werden.

Die von und bereits erwähnte Vorlage, worin der Magistrat mitteilt, daß er mit Rücksicht auf die Nichtgenehmigung der Dienstausweisung von der Anstellung einer Insipientin für den Haushaltungs- und Hausarbeitsunterricht Abstand nehmen will, fand die Zustimmung aller Fraktionen. Allseitig wurde das Verhalten der Regierung, die den Unterricht schwer schädigt, aufs schärfste gemißbilligt. Von einer Beschwerde wurde wegen deren völliger Ausschlußlosigkeit Abstand genommen, doch soll der Regierung mitgeteilt werden, daß sie die Folgen zu tragen habe. Klagen wird das natürlich auch nicht.

Die sonstigen Vorlagen beanspruchten kein allgemeines Interesse. In der nächsten Sitzung, der letzten vor den Ferien, wird ein sozialdemokratischer Antrag zur Beratung kommen, der den Magistrat ersucht, die Verfügung der Schuldeputation aufzuheben, durch die dem Arbeiterturnverein „Freie Turnerschaft“ die Turnhallen der städtischen Volksschulen entzogen sind.

### Schöneberg.

Die Stadtverordnetenversammlung hielt am Mittwoch eine außerordentliche Sitzung ab. Zur Beratung stand der Bericht des Ausschusses über die Besoldungsordnung für die Feuerwehrmänner und Feuermannsanwärter. Der Ausschuss hatte empfohlen, der Magistratsvorlage, welche ein Anfangsgehalt von 1500 M. vorsieht, zuzustimmen. Von verschiedenen Seiten lagen Anträge vor, nach welchen der Magistrat ersucht wird, eine Betriebskrankenkasse für alle städtischen Beamten und Arbeiter mit einem Jahresverdienst von unter 2000 M. einzurichten. Stadtv. Dörflich (Lib.) beantragt, das Anfangsgehalt auf 1600 M. zu erhöhen und steigend bis 2000 M. Er verweist dabei auf Wilmsdors, wo schon jetzt ein Anfangsgehalt von 1600 M. gezahlt werde. Stadtv. Küter (Soz.) wendet sich gegen verschiedene Bestimmungen der Dienst- und Besoldungsordnung. Das Gehalt beantragt er mit dem der Beamten der Klasse V der Besoldungsordnung gleichzustellen, d. h. ein Anfangsgehalt von 1800 M. Redner wendet sich dann gegen die auch von den Liberalen gestellten Anträge auf Einrichtung einer Betriebskrankenkasse. Die Antragsteller hätten sich damit ein Patent auf Rückständigkeit erworben. Ueberall strebe man danach hin, eine Zentralisation der Krankenkassen herbeizuführen, während hier eine Zersplitterung herbeigeführt werden soll. Die Betriebskrankenkassen sind nicht in der Lage, ihren Mitgliedern das zu bieten, was in den Ortskrankenkassen geboten werde. Für die städtischen Arbeiter würde die Gründung einer Betriebskrankenkasse eine Verschlechterung bedeuten. Stadtv. Weisskopf (Lib.) tritt für die Gründung einer Betriebskrankenkasse ein. Rämmerer, das Schowitz wendet sich gegen den sozialdemokratischen Antrag, das Anfangsgehalt auf 1800 M. festzusetzen. Der Antrag gehe barauf hinaus, die ganze Besoldungsordnung weiter hinauszuschieben, denn der Magistrat könne derartigen Anträgen auf keinen Fall stattgeben. Der Antrag bedeute ein über den Haufen werfen der ganzen Besoldungsordnung. Die finanzielle Lage sei keineswegs günstig. Die Unfallsteuer ist erheblich gegen die gemachten Ansprüche in den letzten Monaten zurückgeblieben. Stadtv. Dr. Freund begrüßt die Einrichtung einer Betriebskrankenkasse und weist dem Stadtv. Küter vor, daß er aus persönlichen Interessen

gegen die Betriebskrankenkasse aufträte. Redner ist auch heute noch der Meinung, daß ein großer Teil der Kranken der Ortskrankenkasse aus Drückerbergern bestehe. Er weist dabei auf den Gehalt der Krankenkasse der Maurer an die Bezüge hin. Stadtv. Vohausen (freie Fraktion) steht auf dem Standpunkt des Rämmerers und hält es für unverantwortlich, über die außerordentlich wohlwollende Vorlage des Magistrats noch hinauszugehen. Stadtv. Küter (Soz.) wendet sich gegen die persönlichen Angriffe des Stadtv. Dr. Freund und sucht nochmals die mangelnde Leistungsfähigkeit der Betriebskrankenkassen nachzuweisen. Er selbst ist 13 Jahre Mitglied einer Betriebskrankenkasse gewesen. Stadtv. Variel hält ebenfalls die Magistratsvorlage für entgegenkommend genug, weitergehende Forderungen entsprechen nicht der Leistungsfähigkeit. — Der sozialdemokratische Antrag (1800 M. Anfangsgehalt) wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt, abgelehnt wird ferner mit Stimmgleichheit der Antrag der Liberalen (1600 M. Anfangsgehalt) und die Magistratsvorlage (1500 M. Anfangsgehalt) darauf mit den übrigen Bestimmungen angenommen. Die Anträge auf Einrichtung einer Betriebskrankenkasse werden einem Ausschuss überwiesen.

Eine Petition der Arbeiter des städtischen Pumpwerkes verlangt die Verfürgung ihrer Arbeitszeit bis auf 9 Stunden täglich. Da der Magistrat diesem Wunsch inzwischen von selbst Rechnung getragen hat, wird die Petition als erledigt angesehen. Stadtv. Baumler (Soz.) benützt die Gelegenheit, den Magistrat für die Durchführung der gemeinsam gefassten Beschlüsse verantwortlich zu machen. Trotzdem vor Jahresfrist beschlossen sei, für die städtischen Arbeiter die neunstündige Arbeitszeit einzuführen, habe man es nicht für nötig gehalten, den Arbeitern der Pumpstation diese Verfürgung ebenfalls zu gewähren. Dort sei zum Teil bis zu 8 1/2 Stunden wöchentlich gearbeitet. Bedauerlich sei es, daß erst die Arbeiter petitionieren mußten. Redner verlangt, daß auch trotz der jetzt eingetretenen Arbeitszeitverfürgung keine Lohnreduzierung stattfinden.

Eine Petition der Lehrerinnen um Erhöhung ihrer Besoldungen ist zurückgezogen worden.

Die Petition des Arbeiter-Turnvereins um Ueberlassung einer städtischen Turnhalle wird dem Magistrat zur Verurteilung überwiegen.

Eine längere Debatte brachte der Antrag des Magistrats, der hiesigen Barbier-, Friseur- und Perückenmacher-Zwangsgewinnung eine einmalige Beihilfe von 200 M. zu gewähren. Während von sozialdemokratischer Seite die Ablehnung dieses Antrages verlangt wurde, beantragte der Stadtv. Kunze (Hausbesitzerfraktion) die Erhöhung dieser Summe auf 400 M. Angenommen wird sodann der Antrag Kunze und ein weiterer Antrag, die Zwangsinnung zu erfuchen, die Lehrlinge ihres Gewerbes nach der städtischen Fortbildungsschule zu schicken.

Die übrigen Punkte mußten wegen der eingetretenen Beschlusunfähigkeit verlagert werden.

## Steglitz, Friedenau und Umgegend.

Arbeiter-Bildungsschule. Am heutigen Abend muß der Unterricht in Geschichte ausfallen, da der Vortragende am Erscheinen verhindert ist. Wird später nachgeholt.

## Weißensee.

Ein schwerer Automobilunfall hat sich gestern in der Lohringensstraße zugetragen. Der in der Vorstr. 96 in Weißensee wohnhafte Arbeiter Karl Kühnmann hatte an der Haltestelle einen Straßenbahnwagen verlassen und wurde in dem Moment, als er nach dem Bürgersteig schritt, von einem vorüberkommenden Automobil umgerissen und überfahren. Der Verunglückte erlitt bei dem Unfall so schwere Verletzungen, daß er in das Auguste Victoria-Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

## Hohen-Schönhausen.

In der letzten Gemeindevorstellung tadelte Genosse Thiele die vom Gemeindevorsteher neu eingeführte Geschäftsordnung, nach der ein zur Beratung gelangender Antrag von einem Viertel der Gemeindevorsteher unterschrieben sein muß. In seinen Ausführungen erklärte Genosse Thiele, daß es ihm durch die Geschäftsordnung unmöglich gemacht sei, als einziger Vertreter der Arbeiter die Wünsche derselben zu vertreten. Der Gemeindevorsteher besprach, wieder nach der alten Geschäftsordnung zu verfahren. Nunmehr kam ein Antrag des Genossen Thiele, die Gemeindevorsteherung um drei Mitglieder und einen Schöffen zu vermehren, zur Verhandlung. Schöffe Gensler, der gegen diesen Antrag sprach, meinte, daß eine Vermehrung nicht notwendig sei, denn die Gemeinde hätte jetzt einen Schreiber, der bis spät abends und auch Sonntags arbeite. Bei der Abstimmung fiel der Antrag mit 8 gegen 8 Stimmen. Interessant ist, daß einer der bürgerlichen Mitantagsteller es nicht für nötig hielt, für seinen Antrag zu stimmen.

## Potsdam.

In dem Dorfe Linde bei Schenkfließ ertränkte sich die 21-jährige Tochter des Bauern Rabitz. Zur Sicherheit band sich die Unglückliche einen schweren Stein um den Hals und sprang in einen hinter dem Hause ihres Vaters befindlichen Pfuhl.

## Aus der Frauenbewegung.

Frauenarbeit in Amerika. Nach einem vor kurzem erschienenen Bericht des Censusbureaus in Washington befinden sich unter den 33 Gewerben, welche in den Vereinigten Staaten als Brotberuf betrieben werden, nur 9, in welchen das weibliche Geschlecht noch nicht vertreten ist. In den Gewerben, in welchen seit jeher Frauen betätigt waren, wie Hausarbeit, Melberrmachen, Schuhmachen, Textilindustrie, Lehren usw., sind die Frauen am stärksten vertreten; aber auch Arbeiten, die bis vor wenigen Jahren als etwas ganz Unmögliches für Frauen galten, werden jetzt von Frauen ausgeübt. So ersehen wir aus den Angaben des Berichts, daß es in den Vereinigten Staaten nicht weniger als 120 weibliche Eisenbahnbeamte gibt; Billettverkäuferinnen nicht mitgerechnet, 42 Frauen sind Aufsicherinnen, 6 Schiffbauarbeiterinnen, 2 Nachbederinnen, 185 Schmeide- und 508 Maschinistinnen. Den Beruf des Lotfen haben 5 Frauen erlernt. Während der zwanzig Jahre von 1880 bis 1900 hat sich die Zahl der erwerbstätigen Frauen in den Vereinigten Staaten verdoppelt. Schon im Jahre 1900 waren 4 833 630 Frauen erwerbstätig. Von diesen waren 41 Proz. unter 25 Jahren und 85 Proz. derselben waren unverheiratet. Aber auch die Zahl der erwerbstätigen verheirateten Frauen nimmt stetig zu. 55 Proz. aller geschiedenen Frauen ernähren sich vollständig oder doch teilweise selbständig.

## Versammlungen — Veranstaltungen.

Berlin. Montag, 24. Juni, 8 1/2 Uhr im Reuen Klubhaus, Kommandantenstr. 72: Generalversammlung.

## Gerichts-Zeitung.

### Versammlung über Sitzung?

Das Gewerkschaftsstatut von Wanne hatte im vorigen Jahr eine Sitzung abgehalten, in der über die Fortführung des Boykotts über eine Gesamtschlichtung verhandelt wurde. Gadamisch und Gen., Einberufer und Redner, wurden in zweiter Instanz vom Landgericht Essen auf Grund der §§ 1 und 12 des Vereinsgesetzes zu Geldstrafen verurteilt, weil es sich hier um eine nicht angemeldete, aber anmeldepflichtige Versammlung handelte, in der öffentliche Angelegenheiten erörtert werden sollten. Den Einwand der Angeklagten, daß die Sitzung eines Gewerkschaftsstatutes überhaupt keine Versammlung sei, ließ das Gericht nicht gelten. Es meinte, der Begriff der Sitzung schließe den Begriff der Versammlung nicht aus. Unter den Begriff der Versammlung im vereinbarunglichen Sinne



**Arbeiter-Radf.-Verein** „Frisch auf“ Niederlehme. „Solidarität“.

M. d. Arb.-Radfahr.-Bundes

Sonntag, den 23. Juni, im „Gasthaus zur Schleiße“, Neue Mühle:

### 3. Stiftungsfest

Bestehend in

Korso-, Reigenfahren und Ball. Korsofahrt vom Restaurant „Rägersbrunn“ um 3 Uhr.

Eintritt 20 Pf. Damen frei. — Wir laden alle Bundes- und Parteigenossen freundlich ein. (12/18) Der Vorstand.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:

### Sitzung der Ortsverwaltung.

**Zur Beachtung!**

Die Urabstimmung über die Festsetzung der Beiträge findet Sonntag, den 30. Juni, vormittags, zu gleicher Zeit mit der Wahl des Delegierten zum internationalen Kongress statt. — Die Abstimmungskontakle werden noch bekannt gegeben.

**Branche der Vergolder.**

Montag, den 24. Juni 1907, abends präzise 8 Uhr, in der Alhambra, Ballmertheaterstr. 15:

**Branchen-Versammlung.**

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Dr. Ph. Busse: „Die Volkstrankheiten“.
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen der Kollegen und Kolleginnen ist notwendig.

89/18 Der Branchenleiter.

Vor Beginn der Versammlung, von 7—8 Uhr, werden die neuen Vertrauensmännerkarten ausgegeben.

Sonnabend, den 13. Juli 1907:

### Großes Sommer-Fest

in der Brauerei Friedrichshain (früher Lipp), am Königstor.

Garten-Konzert, Kapelle unter Leitung des Dirigenten Herrn Albert Grabow.

Auftreten von Hoffmanns Norddeutschen Sängern. Lebende Photographien, Kaspar-Theater und Unterhaltungsspiele für Kinder.

Von 8 Uhr an im **Großer Ball. Zwei Orchester.**

Bisessant: Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.

Eröffnung 3 Uhr. Beginn des Konzertes 5 Uhr.

Billetts im Vorverkauf 25 Pf., an der Kasse 30 Pf. und sind dieselben bei allen Vertrauensleuten sowie im Bureau, Engel-Ufer 15, I. Zimmer 10, zu haben. Zahlreichen Besuch erwartet.

Das Komitee.

Sonntag, 23. Juni, vormittags 10 Uhr, Brauerei Pakenhoser, Tammstr. 25—26 (Gartenjahr):

### Bezirks-Versammlung für Moabit.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Ahrens.
2. Diskussion.
3. Wahl der Beitragskammer.
4. Verhandlungsangelegenheiten.

**Tischler-Verein zu Berlin.** (E. S. Nr. 89.)

Sonnabend, den 22. Juni, abends 8 1/2 Uhr, Reichstr. 15:

### Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Genehmigung etwa noch notwendiger Gelder zur Dampfpartie.
2. Vereinsangelegenheiten.
3. Ausgabe der Billetts zu der am 7. Juli nach Sportplatz Hagenfeld stattfindenden Dampfpartie.

Der Vorstand.

Sonnabend, den 22. Juni:

### Mondscheinfahrt mit Musik

nach Wernsdorfer Schleuse und Gosener Berge

arrangiert von der Hauskapelle.

Ahfahrt zirka 9 Uhr abends } ab Schillings-Brücke.  
Hin und zurück 50 Pfennig }

Hierzu ladet höflichst ein

**Piehl,**  
Restaurant zum Oder-Spree-Kanal.

**Schweizergarten**

Am Königstor. Am Friedrichshain. Straßenbahn 1, 2, 4, 17, 59, 62, 63 u. 74.

Täglich:

**Theater-Vorstellung.**  
**Neue Spezialitäten.**

**Kinematograph und Ball.**  
**Freier Damentanz.**

Anfang 5 Uhr. — Entree 30 Pf.

**Gustav Behrens-Theater.**

Berlin W., Goltzstraße 8.

Das neue exquisite

### Juni-Programm.

Schlager auf Schlager!

Neu! Die Jungfrau v. Orleans. Komödie.

Greifenberger proloungiert. Neu! Emmalino u. Erich Hochberg. Opernduett sowie die übrigen erstklassigen Spezialitäten.

Anfang 8 Uhr, Sonntags 6 1/2 Uhr. Sommerpreise.

**Neue Welt**

Masonstraße 108-114.

Täglich:

### Gr. Doppel-Konzert

u. Spezialitäten-Vorstellung.

Auftreten von

**Kunstkräften 1. Ranges**

Coschw. Wels, Duettisten.  
Steffen Brothors, Akrobaten.  
Rheingold Trio, Gesangsduett.  
Mampinis Weibermühle.  
Curt Ellis.  
Beasy Comp. Pantomime.  
Geschwister D'Orville.

Doppelbesetzung durch den ganz. Ort. a. b. Sämen hängend.

Anfang 8 Uhr.  
Entree zum Konzertgarten 10 Pf.  
Theatergarten 50 Pf.

**Nathan Wand**

129 Stalinerstr. 129.

Die schönsten 52542\*

### Herren-Sommer-Paletots und Anzüge

in neu sowie speziel Monats-Garderobe

von Kavaliere getragen haben, ist neu, für jede Figur passend, speziel Wauchanzüge sind in großer Auswahl stets zu staunend billigen Preisen zu haben.

**Nathan Wand**

129 Stalinerstr. 129.

Geschäftsstation Rottbuhler Tor. Bitte auf Hausnummer zu achten.

## Charlottenburg.

Sonntag, den 23. Juni, in den Gesamträumen des Volkshauses, Rosinenstr. 3:

### Sommerfest des Wahlvereins.

Zur Aufführung gelangen:

Humoristische u. Gesangsvorträge, turnerische Aufführungen usw.

Ferner: **Großes Preiskegeln und Preisschießen.**

Entree 25 Pf. — Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. — Entree 25 Pf.

Die Kaffeeküche steht den geehrten Damen von 3 Uhr an zur Verfügung. Das Komitee.

## Freie Vereinigung der Maurer Deutschlands

Ortsverein Berlin.

Bureau: O. 54, Stein-Str. 38, I. — Telefon: Amt III Nr. 3160.

Freitag, den 21. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in den Sophien-Sälen, Sophienstr. 17/18:

### Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

### Der Stand der Lohnbewegung.

Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

## Verband der baugewerbl. Hilfsarbeiter Deutschlands.

Zweigverein Berlin und Umgegend.

Freitag, den 21. Juni, vormittags 10 Uhr, bei Buggenhagen am Moritzplatz:

### Versammlung

aller ausgesperrten und streikenden Kollegen.

Tages-Ordnung:

### Der Stand unserer Bewegung.

Mitgliedsbuch und Streikkarte legitimiert. 34/18 Die Zentral-Streikleitung.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1239. Charitstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987.

Sonntag, den 23. Juni, vormittags 10 Uhr:

### Allgemeine Versammlung

aller in der Emaillebranche beschäftigten Kollegen und Kolleginnen

im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 5.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen J. Hartmann. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

Es ist Pflicht der Kollegen und Kolleginnen, für guten Besuch dieser Versammlung zu sorgen. 190/18 Die Ortsverwaltung.

**Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein**

Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“.

12/17

### Touren

Sonntag, den 23. Juni er.

### zum Gaufest

im „Wanditer Schützenhaus“.

Die Aufsicht der Abteilungen und Vereine 1. bis 4. Abteilung bei Bernhard Kose, Badstraße 58. 5. bis 9. Abteilung bei Backmeister, Badstraße 16. Start 1 1/2 Uhr, die Abteilungen 1/2 Stunde früher von ihren Start.

**Achtung, Genossen!**

Sonnabend, den 13. Juli findet eine Ganaußfahrt statt nach Wittenberg. Treffpunkt der Vereine vom 1. 2.—9. Bezirk in Treuenbrietzen. Start abends 7 und 10 Uhr.

**Achtung! Achtung!**

### Zuschneider u. Schneiderinnen!

Die nächste Sitzung findet Freitag, den 21. Juni, präz. 8 1/2 Uhr, bei Dräsel, Neue Friedrichstr. 35, statt.

Tages-Ordnung: 165/4

### Beschlußfassung über die Firmen, die den Lohnarif noch nicht anerkannt haben.

Insbepondere werden die Kollegen und Kolleginnen, die bei diesen betreffenden Firmen tätig sind, auf diese Versammlung aufmerksam gemacht. Wir ersuchen dieselben, an diesem Abend recht pünktlich und zahlreich zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

### Arbeiter-Bekleidung

Größtes Spezialgeschäft

### Kohnen & Jöring

Hauptgeschäft: Alexanderstraße 12 zwisch. Alexanderpl. u. Jannowitzbr.

2. Geschäft: Landsberger Allee 148, Ecke Langenbockstraße.

### Berufskleidung

f. alle Zweige d. Industrie u. Gewerke.

Kein Laden. Kein Laden.

### Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter.

(Eingelchr. Hülfskaffe Nr. 29, Hamburg.)

Filiale Rixdorf.

Sonnabend, den 22. Juni, abends 8 1/2 Uhr, Bergstr. 151, bei Ziel:

### Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht über die General-Versammlung.
2. Reuwahl der Ortsverwaltung.

### Beste Bettenfüllung

und die vorzüglich füllenden, sehr elastischen, echt chinesischen

### Monopoldaunen

(jeft. gefüllt) Pfund Mk. 2,85. 2— Pfund gefüllt 1 gr. Oberbett. Berl. geg. Nachnahme. Verpackung frei.

**Gustav Lustig**

Berlin S. Prinzenstr. 46

Großtes Bettfedern-Spezialgeschäft Deutschlands.

### Wichtig für jeden Zigarrenkonsumenten!

**Marke Barabra** 5 Pfennig-Qualität. 100 Stück Mk. 3.<sup>30</sup>, Mille Mk. 38.—

Kleine Mexico-Zigarre Mk. 3.— Sumatra-Perle . . . Mk. 4.50 Sumatra-Havana, uns. Mk. 6.—  
Regina . . . . . Mk. 3.50 Exquisit, sehr bevorz. Mk. 4.65 Malena, sehr beliebt Mk. 7.50  
Wild-West . . . . . Mk. 4.20 Flor de Garcia, pikant Mk. 5.— Trifloro, ff. Aroma . . . Mk. 8.—

Versand nicht unter 100 St. einer Sorte, von 300 St. an franko. Nichtkonvenierendes nehmen wir zurück.

**Rauscher & Fabisch** Zigarren-Berlin NW. 24 Karlstraße 24, 1. Etage, an der Friedrichstraße.

Ausführliche Preisliste franko.

Inseratenteil verantw.: Th. Uebe, Berlin. Druck u. Verlag: Bornhörs Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Sinaer & Co., Berlin SW.

### Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.

Ortsverwaltung Rixdorf.

Den Kollegen die traurige Nachricht, daß unser Mitglied, der Gatte

### Julius Kübner

am 19. Juni nach kurzem Leiden im Alter von 44 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 22. Juni, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des alten Jakob-Richthofes am Hermannplatz aus statt.

Um rege Beteiligung bitten

70/2 Der Vorstand.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

### Nachruf.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unsere Mitglieder, der Metallarbeiter

### Anton Tarr

und der Schlosser

### Max Lange

gestorben sind.

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

### Danksagung.

Für die liebevolle Teilnahme bei der Beerdigung meines unvergesslichen Mannes, unseres guten Vaters **Friedrich Franke** sagen wir allen Kollegen und Freunden, sowie dem Wahlverein und dem Gesangsverein „Bereite Gesangsbrüder Moabit“ unseren herzlichsten Dank.

Witwe Franke u. Kinder.

### Dankfagung.

Für die vielen Beweise liebevoller Teilnahme und auhergewöhnlich zahlreicher Kranzspende bei der Beerdigung meines leider so früh dahingegangenen unvergesslichen Mannes, des Hehgerbers

### Paul Kühne

sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten, dem Verband der Lederarbeiter, sowie dem Kaufklub „Zur Brüderkassa“ meinen innigsten Dank.

Witwe Minna Kühne.

### Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.

Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz, 10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

### Ausflüglern

empfehlen wir folgende

### Spezial-Karten

der

### Umgebung Berlins.

Bernau-Biesenthal, Ranke-Liepnitz und Wandlitz-See . . . 1 Mk.  
Busow u. Umgegend mit angehängtem Jäger . . . . . 75 Pf.  
Eberswalde und Umgegend . . . 75 Pf. und 1 Mk.  
Erkner und Umgegend . . . . . 75 Pf.  
Freienwalde-Gallenberg . . . . . 75 Pf.  
Freienwalde, Wietzen, Oberberg, Trobin . . . . . 1 Mk.  
Friedrichshagen, Köpenick, Grünau, Schmöckwitz . . . . . 75 Pf.  
Grünowald und westliche Vororte, 2., 3., 5. u. 6. Bezirk, 25, 50, 75 Pf. und . . . . . 1 Mk.  
Königs-Busterhausen und Umgegend Harzig . . . . . 1,50 Mk.  
Körschliche Vororte, Spanbau, Tegel usw. . . . . 1 Mk.  
Potsdam und Umgegend . . . . . 75 Pf.  
Potsdam und Berder . . . . . 1 Mk.  
Rixdorf, Rixdorf, Umgegend von Rixdorf u. Erkner 75 Pf.  
Spreeemal mit prächtigen Touristenführer . . . . . 75 Pf.  
Strausberg u. der Blumental 1 Mk.  
Tegel und Umgegend . . . . . 75 Pf.

Ferner empfehlen wir:

Wanderbuch für die Mark Brandenburg. 3 Bände. Zusammen . . . . . 6,00 Mk.  
I. Teil: Nähere Umgebung Berlins, umfaßt die Gegenden von Potsdam, Spanbau, Draniendura, Königs-Busterhausen . . . 1,50 Mk.  
II. Teil: Westliche Hälfte der Umgebung Berlins bis Brandenburg a. N., Stendal, Tangermünde, Neu-Ruppin, Neu-Strelitz 2,00 Mk.  
III. Teil: Ostliche Hälfte der Umgebung Berlins bis Eberswalde, Frankfurt a. O., Schwedt, Rastin, Lübben, Spreeemal, Rudow 2,50 Mk.

Diese Wandrbücher bieten prächtige Schilderungen der Mark, viele detaillierte Karten und Pläne und sind so dem Wanderer ein unverlässiger Führer und Berater. 294/15

### 100 Ausflüge um Berlin

mit 12 Illustrationen und 20 Karten.

Von **Georg Siegert.**

Preis 1,50 Mk.

### Expedition des Vorwärts

BERLIN SW. 68  
Friedrichstraße 69 (Radem).